



**Analytischer Bericht**  
der Gemeinderatssitzungen  
**Compte rendu analytique**  
des séances du conseil communal

**No 5/2024**

Sitzungen vom / Séance du 21.10.2024



VILLE DE  
LUXEMBOURG  
[www.vdl.lu](http://www.vdl.lu)



multiplicity



# TAGESORDNUNG

## der Sitzung vom Montag, dem 21. Oktober 2024

### IN ÖFFENTLICHER SITZUNG

I.	Fragen der Gemeinderäte	413
	1) Frage von Rätin Afonso zur Reduzierung von Unfällen auf dem Stadtgebiet	413
	2) Dringliche Frage von Rätin Miltgen bezüglich der Unterzeichnung von Konventionen mit der neuen Vereinigung HUT	413
	3) Frage von Rat Weidig bezüglich der Modelleisenbahn im Petrus-Tal	413
II.	Verkehr	414
III.	Konventionen	414
	Übergangskonventionen mit der Vereinigung „Hëllef um Terrain a.s.b.l.“ - Übernahme der Aktivitäten von Caritas	415
	Schriftliche Frage von Rätin Miltgen über die mit HUT abgeschlossenen Konventionen	417
IV.	Kostenvoranschläge	420
	1) Projekt betr. die Renovierung und den Umbau von zwei Gemeindehäusern gelegen 6 und 6a, Rue de la Barrière in Merl	420
	2) Definitives Projekt betr. die Renovierung und den Umbau von zwei Einfamilienhäusern gelegen 6 und 7, Rue du Château in Dommeldingen	420
	3) Berichtiger Kostenvoranschlag betr. den Bau einer Fußgänger- und Fahrradbrücke Cents - Neudorf - Weimershof	421
	4) Projekt betr. Infrastrukturarbeiten in der Rue Cents	424
	5) Infrastrukturarbeiten in der Rue de Beggen	424
V.	Urbanismus	425
	1) Einstufung des Gebäudes Nr. 17, Place d'Armes als nationales Kulturerbe	425
	2) Neuordnung von Bauland	426
VI.	Finanzielle Beihilfen an Nichtregierungsorganisationen für Entwicklungshilfeprojekte	426
VII.	AIMF	427
VIII.	Änderung der Satzung der ALAC	427
IX.	Definitive Schulorganisation 2024/2025	428

X.	Politischer Urlaub	430
XI.	Motion zur Verbesserung der Lebensqualität im Bahnhofsviertel	431
XII.	Anpassung des Reglements über die Friedhöfe	438
XIII.	Sozialamt: aktualisiertes Organigramm	438
XIV.	Sozialamt: Schaffung eines Postens	438
XV.	Gerichtsangelegenheiten	438
XVI.	Schaffung / Streichung von Posten	439

#### **IN NICHTÖFFENTLICHER SITZUNG**

XVII.	Beratende Kommissionen: Ersetzung von Mitgliedern	439
XVIII.	Sozialamt: Personalangelegenheiten	439
XIX.	Personalangelegenheiten der Stadt Luxemburg	439

Zum Livestream-Archiv  
der Sitzungen des  
Gemeinderates:



Bürgermeisterin Lydie POLFER leitet die Sitzung. Der Namensaufruf ergibt die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates.

### In öffentlicher Sitzung

#### Zur Tagesordnung

**Rat François BENOY (déi gréng):** Kollegin Linda Gaasch hat am Freitagmorgen eine Dringlichkeitsfrage zum Thema „Minettkompost“ eingereicht – das Thema war Gegenstand eines Artikels in einer Tageszeitung –, mit der Bitte, in der heutigen Sitzung eine Antwort zu erhalten.

Im Juni 2024 hatte unsere Fraktion eine Motion zum Thema Verkehrsberuhigung im Bereich von Grundschulen der Stadt Luxemburg eingereicht. In der Mobilitätskommission fand eine Diskussion darüber statt. Aufgrund der Grundlage dieser Diskussion wurde die Motion angepasst und fristgerecht für die heutige Sitzung des Gemeinderats erneut eingereicht. Die Motion steht heute jedoch nicht auf der Tagesordnung. Daher meine Bitte, die Motion nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen.

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Ob es sich um eine Dringlichkeitsfrage handelt oder nicht, hängt nicht davon ab, ob das Thema von der Presse aufgegriffen wurde. Die betreffende Frage wird heute nicht behandelt. Rat Benoy sollte uns mittlerweile so gut kennen, um zu wissen, dass wir in unseren Antworten auf alle Elemente eingehen und sicher sein wollen, dass die Antworten inhaltlich richtig sind. In einer nächsten Sitzung werden wir sowohl auf den juristischen als auch auf den politischen Aspekt der Frage eingehen.

Dies erlaubt mir, auf ein Schreiben von verschiedenen Vertretern der Opposition einzugehen. Darin wurde darum gebeten, die Tagesordnungen der Gemeinderäte im Rahmen des Möglichen etwas zu kürzen, um zu lange Sitzungen zu vermeiden. Für die heutige Sitzung haben wir eine Sitzungsdauer bis etwa 18.30 Uhr vorgesehen. Sollten wir bis dahin nicht alle Tagesordnungspunkte abgehandelt haben, werden wir die restlichen Punkte – und nur diese Punkte – in einer nächsten Sitzung behandeln.

Wünschen *déi gréng* eine Abstimmung darüber, ob die Motion heute behandelt werden soll?

**Rat François BENOY (déi gréng):** Mit der für die heutige Sitzung vorgesehenen Dauer bin ich ganz einverstanden. Mir ist klar, dass die Motion erst am Ende der Sitzung vorgesehen würde und somit davon auszugehen ist, dass es heute nicht zur Abhandlung der Motion kommen wird. Es sei aber erneut darauf hingewiesen, dass der Antrag, die Motion als Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, innerhalb der vorgegebenen Frist eingereicht wurde, und dass das Thema kommunaler Natur ist. Es ist meiner Meinung nach also nicht im Einklang mit dem Gemeindegesetz, wenn Sie diese Motion heute nicht auf der Tagesordnung zulassen.

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Wir schreiten zur Abstimmung.

Mit den Stimmen der Vertreter von DP und CSV wird beschlossen, die Motion nicht auf die Tagesordnung der laufenden Sitzung zu setzen. Die Vertreter von *déi gréng*, LSAP, *déi Lénk* und ADR haben dafür gestimmt.

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Den unter Punkt IV angeführten Kostenvoranschlag betreffend die Kinemathek werden wir heute leider nicht behandeln können. Seit Jahren arbeiten die Stadt Luxemburg und das Kulturministerium zusammen an diesem Dossier. Groß war daher unser Erstaunen, als am 8. Oktober 2024 ein Schreiben des Kulturministeriums bei uns

einging, in dem verschiedene Punkte in Frage gestellt wurden. Eine Unterredung mit dem Minister und seinen Mitarbeitern ist für die kommenden Tage vorgesehen. Ich hoffe, dass es zu einer Klärung möglicher Missverständnisse kommen wird und wir dem Gemeinderat das Dossier in einer nächsten Sitzung werden unterbreiten können.

## I. FRAGEN DER GEMEINDERÄTE

### 1) Frage von Rätin Afonso zur Reduzierung von Unfällen auf dem Stadtgebiet

**Rätin Antonia Afonso (LSAP):** In der Stadt Luxemburg besteht ein großer Mangel an Radwegen, Bürgersteigen, automatischen Radaranlagen und Fahrbahnschwellen. Zusätzliche Einrichtungen dieser Art würden dazu beitragen, die Zahl der Unfälle zu minimieren. Welche Lösungen werden von der Stadt in Betracht gezogen?

**Schöffe Patrick GOLDSCHMIDT:** Ihre Frage ist sehr allgemein gehalten, dafür aber nicht weniger wichtig. Die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer und die Förderung des Radfahrens sowie des Zufußgehens in der gesamten Hauptstadt liegen den politisch Verantwortlichen der Stadt Luxemburg sehr am Herzen. Die Infrastruktur für Radfahrer und Fußgänger wird schrittweise verbessert und an die geltenden Normen und Empfehlungen angepasst, was in der Regel im Rahmen der Infrastrukturarbeiten zur Renovierung der unterirdischen Netze geschieht. Der Mobilitätsplan der Stadt Luxemburg, der vor einigen Monaten vorgestellt wurde, sieht auch die Entwicklung eines Konzeptes für sanfte Mobilität vor. Fußgänger- und Radwege werden analysiert und Vorschläge zur Verbesserung gemacht. Der Entwurf dieses Konzeptes soll im Frühjahr 2025 vorliegen, so dass er der zuständigen beratenden Kommission und dem Gemeinderat dann vorgelegt werden kann.

In Bezug auf die Aufstellung von automatischen Radaranlagen muss festgestellt werden, dass dies in die ausschließliche Zuständigkeit des Ministeriums für Mobilität und öffentliche Arbeiten (MMTP) fällt. Die Stadt steht mit diesem in regelmäßigem Kontakt, doch es ist das Ministerium, das die Standorte für die Aufstellung derartiger Geräte bestimmt.

Die Stadt steht Ihnen für die Beantwortung von Fragen zur Sicherheit an bestimmten Orten zur Verfügung.

### 2) Dringliche Frage von Rätin Miltgen bezüglich der Unterzeichnung von Konventionen mit der neuen Vereinigung HUT

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Da der Gemeinderat heute mit mehreren Konventionen befasst wird, die mit HUT abgeschlossen werden sollen, schlage ich vor, dass Rätin Miltgen ihre Anfrage unter Punkt III der Tagesordnung einbringt.

### 3) Frage von Rat Weidig bezüglich der Modelleisenbahn im Petrus-Tal

**Rat Tom WEIDIG (ADR):** Die Modelleisenbahn, die früher im Petrus-Tal installiert war, war immer eine Freude für die Kinder und ihre Familien, aber auch für die sehr engagierten Personen, die den Betrieb der Modelleisenbahn sicherstellen. Die Eisenbahn war auch sehr erfolgreich, als sie im Jahr 2023 vorübergehend auf dem Place Guillaume II aufgestellt wurde. Leider wurden die Gleise des 5-Zoll-Zuges im Petrus-Tal im Jahr 2023 für die LUGA 2025 abgebaut. Ist es geplant, die Gleise der Modelleisenbahn wiederaufzubauen? Wenn ja, an welchem Standort und wann?

**Schöffe MAURICE BAUER:** Rat Weidig hat zu Recht darauf hingewiesen, dass diese Modelleisenbahn viele Menschen glücklich gemacht hat. Der Zug wurde nicht wegen der LUGA entfernt, sondern im Rahmen der Arbeiten zur Renaturierung der Petrus. Derzeit befindet sich die Eisenbahn in einem Lagerhaus und wir suchen nach einem geeigneten Ort, um sie wieder zur Geltung zu bringen. Dieser Ort ist noch nicht gefunden, aber wir möchten die Modelleisenbahn auf jeden Fall wieder der Öffentlichkeit zugänglich machen, dies im Rahmen unserer guten Zusammenarbeit mit den Personen, die sich mit Leib und Seele für diese Eisenbahn einsetzen.

## II. VERKEHR

**Rat François BENOY (déi gréng):** Verschiedene Regelungen betreffen den Place de la Constitution. Ich nutze die Gelegenheit, um Informationen über die weitere temporäre Nutzung des Platzes und ein Update in Bezug auf dessen geplante Neugestaltung zu erhalten.

Im Rahmen des Pilotprojektes „Kuelebiërg“ werden derzeit verkehrsberuhigende Maßnahmen getestet. Bürger, die dort täglich unterwegs sind, haben mir heute Morgen erneut mitgeteilt, dass die temporären Maßnahmen nicht optimal seien. Zum einen stehen die Pfosten zum Teil nicht in den dafür vorgesehenen Quadraten, sondern dort, wo die Radfahrer fahren sollten. Zum anderen parken Autos manchmal so, dass Radfahrer kaum noch Platz haben. Es sollten daher regelmäßig Kontrollen durchgeführt werden. Dies alles zeigt die Grenzen der provisorischen Maßnahmen auf. Wir brauchen dringend definitive Lösungen, um den Verkehr im Bereich des „Kuelebiërg“ tatsächlich zu beruhigen und die Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern besser zu gewährleisten.

**Schöffe Patrick GOLDSCHMIDT:** Die Stadt Luxemburg hatte angekündigt, dass der Place de la Constitution von parkenden Autos befreit werden würde, sobald der Parking Knuedler wieder geöffnet sei. Wir haben Wort gehalten. Im Frühjahr und im Sommer haben wir den Platz mit einfachen Mitteln gestaltet, eine Initiative, die 2025 fortgesetzt werden soll, dies in Erwartung des geplanten Neugestaltungsprojektes. Der Place de la Constitution ist in staatlichem Besitz. Der Staat und die Stadt Luxemburg arbeiten an einem Projekt zu dessen Neugestaltung. Ende des Jahres wird der „Chrëschtmaart“ erneut auf dem Place de la Constitution stattfinden. Für die Frühjahr- und Sommermonate 2025 wird ein Aktivitätsprogramm für den Platz ausgearbeitet. Die Aktivitäten, die in diesem Jahr dort stattgefunden haben, wurden allgemein positiv von den Bürgern angenommen. Verbesserungen kann es immer geben und wir werden bemüht sein, daran zu arbeiten.

Sinn und Zweck eines Pilotprojektes ist es, das Projekt nach einer gewissen Zeit zu bewerten, zu sehen, wie die Akzeptanz der Maßnahmen ist. Ich habe viele positive Echos erhalten: Die Maßnahmen hätten dazu beigetragen, die Verkehrssituation zu beruhigen. Der eine oder andere Radfahrer hat auch darauf hingewiesen, dass dieses oder jenes noch nicht so optimal sei. In den kommenden Wochen wird eine Bewertung des Pilotprojektes durchgeführt, woraufhin wir dann sehen werden, welche Verbesserungen noch möglich sind, bzw. welche Maßnahmen definitiv sein werden. Von den Anwohnern wurde mir nur eine kritischere Bemerkung zugetragen. Die übrigen Reaktionen waren durchwegs sehr positiv.

*Temporäre Maßnahmen und definitive Änderungen an der kommunalen Verkehrsordnung werden einstimmig gutgeheißen.*

## III. KONVENTIONEN

- 1) Zwei Einwohner treten unentgeltlich eine Parzelle (0,03 Ar) („place voirie“) in der Rue des Sources an die Stadt Luxemburg ab. Zweck: Regularisierung der Grund- und Bodenverhältnisse (Bürgersteig und Straße).
- 2) Die Gesellschaft *VBM Promotion s.à.r.l.* tritt unentgeltlich eine Parzelle (0,84 Ar) („place voirie“) im Val des Bons Malades an die Stadt Luxemburg ab. Zweck: Regularisierung der Grund- und Bodenverhältnisse (Bürgersteig und Straße).

*Die vorangehenden Konventionen werden einstimmig gutgeheißen.*

- 3) Im Rahmen der Auflösung des Pachtvertrags betreffend ein Geschäftslokal in der Residenz „Le Charles VI“ übt die Stadt Luxemburg ihr Vorkaufsrecht aus. In der Sitzung vom 16. November 2019 hatte der Gemeinderat dem Beschluss des Schöffenrates zugestimmt, der Gesellschaft *Alima Immobilière s.a.* im Rahmen eines Erbpachtvertrags bis zum 31. Dezember 2058 einen Anteil von 210,120 „Millièmes“ an einem Grundstück abzutreten, auf dem ein Gebäude mit der Bezeichnung *Résidence Le Charles VI* (1 und 3, rue Charles VI sowie 1A-1B, rue du Fort Wallis) errichtet wurde.

Die Stadt Luxemburg beruft sich auf ihr Vorkaufsrecht, das damals zu ihren Gunsten festgelegt wurde, und erklärt, dass sie die in der Konvention aufgeführten Immobilien und Rechte zurückkaufen wird. Der vorgenannte Erbpachtvertrag wird daher im gegenseitigen Einvernehmen der Parteien mit sofortiger Wirkung und ohne Entschädigung von beiden Seiten aufgelöst.

Die Gesellschaft *Alima Immobilière s.a.* verkauft der Stadt Luxemburg „en propriété privative et exclusive“ die Lose 107, 108, 109, 110 und 112 sowie „en copropriété et indivision forcée“ 210,120 „Millièmes“ der Gemeinschaftsbereiche. Ein Teil des genannten Gebäudes ist an die Gesellschaft *Panord s.a.* mit Sitz in Roodt/Syr (Industriezone Rothericht) vermietet. Die Stadt Luxemburg wird zur neuen Vermieterin. Der Verkauf erfolgt zum Preis von 2.700.000 €. Der von der Gesellschaft *Alima Immobilière s.a.* gezahlte Anteil an der Erbpacht für das Jahr 2024 beläuft sich auf 16.958,86 €, was einen Restbetrag von 2.683.014,14 € ergibt. Zweck: Umsetzung des Flächennutzungsplans der Stadt Luxemburg durch die Aufrechterhaltung einer dem Flächennutzungsplan entsprechenden Aktivität im Erdgeschoss des Gebäudes.

**Rat François BENOY (déi gréng):** Wir begrüßen den Umstand, dass die Stadt Luxemburg ihr Vorkaufsrecht ausübt, um das Geschäftslokal, in dem sich bislang das Geschäft *Alima* befand, zu erwerben. Es ist wichtig, dass die Stadt noch mehr Mittel vorsieht, um den Handel zu beleben. Im Bahnhofsviertel ist es besonders wichtig, dass keine Geschäftslokale leer stehen. Wir haben jedoch in der beratenden Kommission keine Informationen über das Nutzungskonzept erhalten. Was ist vorgesehen?

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Die Schließung des *Alima* im Bahnhofsviertel ist zu bedauern. Es freut uns zu hören, dass *déi gréng* es begrüßen, dass die Stadt Luxemburg ihr Vorkaufsrecht ausübt. Wir werden versuchen, die beiden Stockwerke des Gebäudes bestmöglich im Interesse des Stadtteils zu nutzen, um hier Menschen zusammenzubringen, z.B. durch Aktivitäten für junge Menschen, ältere Menschen, auf sportlicher und kultureller Ebene. In Bonneweg werden

Arbeiten in verschiedenen kulturellen Institutionen durchgeführt. In einer kommenden Sitzung wird der Gemeinderat mit dem Projekt zur Neugestaltung des großen Saales im Konservatorium sowie mit dem

Projekt zur Neugestaltung der Kinemathek befasst werden. In den von der Stadt erworbenen Räumlichkeiten werden keine Büros entstehen, sondern sie werden für Aktivitäten im Interesse des Stadtteils und der Bürger genutzt werden. Der Mietvertrag eines anderen Ladens, der noch vor Ort betrieben wird, wird erst in einem Jahr auslaufen. Wir werden diese Zeit nutzen, um zu prüfen, welche Aktivitäten wir schnellstens in den erworbenen Räumlichkeiten anbieten werden.

*Die Konvention wird einstimmig gutgeheißen.*

- 4) Die Stadt Luxemburg gewährt der Gesellschaft *Creos Luxembourg s.a.* unentgeltlich eine Dienstbarkeit, die *Creos* berechtigt, während der Dauer ihrer Konzessionen unterirdische Stromkabel mit Reserveschläuchen zu verlegen und zu unterhalten. Der Firma wird zudem der freie Zugang bei Tag und Nacht zu den Ladestationen für Elektrofahrzeuge im Parking Fort Neipperg gewährt.
- 5) Die Stadt Luxemburg gewährt *Creos Luxembourg s.a.* eine entsprechende Dienstbarkeit bezüglich des P&R Cloche d'Or/Stade.
- 6) Die Stadt Luxemburg gewährt *Creos Luxembourg s.a.* eine entsprechende Dienstbarkeit bezüglich des Trafopostens in der Rue Albert Uden.
- 7) Die Stadt Luxemburg gewährt *Creos Luxembourg s.a.* eine entsprechende Dienstbarkeit bezüglich des Trafopostens „E-Bus Engelbert“ in der Rue Engelbert Neveu.
- 8) Die Stadt Luxemburg gewährt *Creos Luxembourg s.a.* eine entsprechende Dienstbarkeit bezüglich der Ladestationen für Elektrofahrzeuge am Standort des Parking Rocate.
- 9) Die Stadt Luxemburg gewährt *Creos Luxembourg s.a.* eine entsprechende Dienstbarkeit bezüglich der Ladestationen für Elektrofahrzeuge im Parking Knuedler.
- 10) Die Stadt Luxemburg gewährt *Creos Luxembourg s.a.* eine entsprechende Dienstbarkeit bezüglich der Ladestationen für Elektrofahrzeuge in der Rue de Strasbourg.
- 11) Die Stadt Luxemburg gewährt *Creos Luxembourg s.a.* eine Dienstbarkeit bezüglich der Ladestationen für Elektrofahrzeuge im Parking Bouillon (im Bereich der Rue Im Ahl und der Rue de Bouillon).
- 12) Die Stadt Luxemburg gewährt *Creos Luxembourg s.a.* eine Dienstbarkeit bezüglich der Ladestationen für Elektrofahrzeuge im Parking Tramsschapp (im Bereich der Rue Ermesinde).
- 13) Konvention über die Kündigung eines Erbpachtrechts und den Verkauf vom 19. September 2024, mit welcher die Stadt Luxemburg von einer Einwohnerin ein Apartment (77,42 qm) mit einem Schlafzimmer, Keller und Innenstellplatz im Gebäudekomplex „Livingstone 1 / Livingstone 2“ (27, Rue Evy Friedrich) erwirbt. Preis: 233.284,14 €. Zweck: Vermarktung von Wohnungen zu erschwinglichen Preisen.
- 14) Die Stadt Luxemburg erwirbt von einer Einwohnerin ein Apartment mit einem Schlafzimmer, Keller und Innenstellplatz (Nutzfläche: 78,34 qm) in einem Immobilienkomplex gelegen 42-56, Rue Charles Darwin. Preis:

579.295,16 €. Zweck: Vermarktung von Wohnungen zu erschwinglichen Preisen.

*Vorangehende Konventionen werden einstimmig gutgeheißen.*

- 15) Konvention zwischen der Stadt Luxemburg und der Vereinigung „Mérite Elsy Jacobs“ über die Organisation der Ausgaben 2024-2026 des „Mérite Elsy Jacobs“. Es handelt sich dabei um einen Förderpreis für die Gleichstellung der Geschlechter im Sport, der seit vielen Jahren von einem Komitee an Sportlerinnen und Sportler verliehen wird. Der Preis wurde früher anlässlich der Pressekonferenz zur Ankündigung des Elsy-Jacobs-Radsportfestivals verliehen. Seit 2023 wird in Zusammenarbeit mit der Stadt Luxemburg eine separate Preisverleihung organisiert, und der Preis wird an zwei Preisträger verliehen. Die vorliegende Konvention mit einer Laufzeit von drei Jahren legt den Rahmen und die Modalitäten der Zusammenarbeit bei der Organisation der Preisverleihung fest. Die finanzielle Beteiligung der Stadt beläuft sich auf maximal 6.000 € pro Jahr.

**Rätin Claudie REYLAND (déi gréng):** Der Förderpreis „Mérite Elsy Jacobs“ wird alljährlich zur Förderung der Chancengleichheit im Sport verliehen. Bis 2022 wurde der Preis anlässlich der Pressekonferenz zur Ankündigung des Elsy-Jacobs-Radsportfestivals verliehen, erhielt dabei jedoch nicht die Sichtbarkeit, die er verdiente. Seit 2023 findet ein größeres Event statt, und es gibt zwei Preisträger, ein nationaler und ein lokaler (mit direktem Bezug zur Stadt Luxemburg). Die Konvention wird für die Dauer von drei Jahren abgeschlossen. Wir können diese Konvention nur begrüßen, wird so doch die Sichtbarkeit und die Förderung der Chancengleichheit auch im Sport in den Vordergrund gerückt, dies vor dem Hintergrund, dass es leider immer noch große Chancenungleichheiten gibt. Die Preisverleihung wird am 6. November 2024 um 18.30 Uhr am Standort genannt „Schéiss“ stattfinden. Wir haben die Einladung für die Preisverleihung vor der Verabschiedung der Konvention erhalten. Es wäre doch schade gewesen, wenn das Event hätte abgeblasen werden müssen.

**Schöffe Maurice BAUER:** Vielen Dank an Rätin Reyland, Präsidentin der Chancengleichheitskommission, für ihre Erklärungen. Seit 2023 versuchen wir dem „Mérite Elsy Jacobs“ eine größere Sichtbarkeit zu geben. Es war eine schöne Feier. Es ist wichtig, dass wir die Freiwilligenarbeit und die Chancengleichheit im Sport unterstützen und noch sichtbarer machen. Es handelt sich hierbei um eine „kleine“, aber sehr wichtige Konvention, die uns sehr am Herzen liegt, da wir uns alle dafür einsetzen, dass die Chancengleichheit auch im Sport gefördert wird. Wir werden diesen Weg auch in Zukunft konsequent weitergehen. Vielen Dank für die breite Unterstützung.

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Wie Sie feststellen können, haben wir volles Vertrauen in den Gemeinderat, dass er der unterbreiteten Konvention zustimmen wird.

*Die Konvention wird einstimmig gutgeheißen.*

- 16) „Hëllef um Terrain“:

Übergangskonventionen mit der Vereinigung „Hëllef um Terrain a.s.b.l.“ - Übernahme der Aktivitäten von Caritas

Nach der einvernehmlichen Beendigung der Konventionen mit der „Fondation Caritas“ und der gemeinnützigen Vereinigung „Caritas Accueil et Solidarité“ mit Wirkung zum 30. September 2024 werden Übergangskonventionen mit der

gemeinnützigen Vereinigung „Hëllef um Terrain a.s.b.l.“ (HUT) vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 2024 geschlossen, dies mit dem Ziel, dass HUT die Aktivitäten der Caritas übernimmt, um die Kontinuität der Hilfsdienste für bedürftige Personen zu gewährleisten:

a) *Übergangskonvention bezüglich der Nothilfestruktur „Hotel Graace“*

Konvention zwischen der Stadt Luxemburg und HUT über die Bereitstellung einer Notunterkunft (betreutes Wohnen) für die vorübergehende Unterbringung von Personen, die vor dem Krieg in der Ukraine geflüchtet sind und zeitweilig internationalen Schutz genießen. Das als „Hotel Graace“ bekannte Gebäude mit 28 Zimmern und einer maximalen Aufnahmekapazität von 56 Personen wird HUT kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Vereinigung verpflichtet sich insbesondere, auf eigene Kosten eine sozialpädagogische Betreuung zu gewährleisten und den Alltag der Klienten so zu organisieren, dass sie ihn teilautonom meistern können. Die laufenden Mietkosten (Wasser-, Strom-, Heizungs-, usw.) werden von der Stadt getragen. Alle anderen Kosten werden ausschließlich von der Vereinigung getragen.

b) *Übergangskonvention bezüglich des Projekts „Betreutes Wohnen für Menschen mit verschiedenen Formen chronischer Abhängigkeit“*

Die Stadt Luxemburg unterstützt die Vereinigung HUT bei der Durchführung des Projekts „Betreutes Wohnen für Menschen mit verschiedenen Formen chronischer Abhängigkeit“. Die Organisation verpflichtet sich, die Teilnehmer in anerkannten Wohnstrukturen sozial zu betreuen, um ihnen im Rahmen ihrer Fähigkeiten ein autonomes Leben zu ermöglichen. Der Beitrag der Stadt (155.500 €) deckt die Personalkosten für vier Erzieher und einen jährlichen Pauschalbetrag von 7,5 % der Personalkosten für Verwaltungskosten. Alle anderen Kosten im Zusammenhang mit dem Projekt werden von der Vereinigung getragen.

c) *Übergangskonvention bezüglich des Nightshelters an der Adresse 15, Dernier Sol*

Diese Konvention betrifft das *Nightshelter* an der Adresse 15, Dernier Sol. Aufgenommen werden dort Obdachlose, die Probleme haben, sich in andere Nachtstrukturen zu integrieren. HUT verpflichtet sich, dieses Projekt in den von der Stadt gegen Zahlung eines symbolischen Euros zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten zu betreiben. Die Stadt beteiligt sich an allen Kosten, die der Vereinigung aufgrund der Durchführung der vorliegenden Konvention entstehen, mit Ausnahme der Personalkosten. Der Beitrag der Stadt deckt die Betriebskosten, die Kosten für Reinigung, Versicherungen und Verbrauchsmaterial sowie die Kosten für die Erstausrüstung (fest installiertes Mobiliar und Haushaltsgeräte), deren Wartung und gegebenenfalls deren Ersatz. Alle anderen Kosten werden von der Vereinigung getragen. Die Stadt zahlt der Vereinigung den Betrag von 5.000 € nach Inkrafttreten der Konvention.

d) *Übergangskonvention bezüglich des Streetwork bei Obdachlosen*

HUT übernimmt die Durchführung des Projekts „Streetwork bei Obdachlosen“. Die Vereinigung verpflichtet sich, den Personen, die sich im „Centre Ulysse“ aufhalten oder dessen Tageszentrum besuchen, eine Orientierung zu bieten, Streetwork für dieselben Personen zu leisten, ihnen einen Postlagerservice anzubieten sowie einen ständigen Dialog mit den Bewohnern und Institutionen der Viertel Bahnhof und Bonneweg zu führen. Die Konvention umfasst die Einstellung von drei Erziehern durch HUT. Die Stadt verpflichtet sich, die Kosten für das Personal sowie eine Pauschale von 7,5 % der Personalkosten für Verwaltungskosten zu übernehmen. Alle anderen Kosten im Zusammenhang mit dem Projekt werden

von der Organisation getragen. Die Stadt zahlt HUT einen Betrag von 122.000 €.

e) *Übergangskonvention über den Betrieb des sozialen Lebensmittelgeschäftes an der Adresse 21, Rue Michel Welter*

HUT verpflichtet sich, das Projekt „Épicerie sociale“ in den von der Stadt zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten an der Adresse 21, Rue Michel Welter gegen Zahlung eines symbolischen Euros zu betreiben. Das soziale Lebensmittelgeschäft versorgt Personen, deren Bedarf von den Sozialarbeitern des Sozialamtes oder von anerkannten Sozialdiensten festgestellt wurde, gegen eine angemessene Gebühr mit Lebensmitteln und Produkten des täglichen Bedarfs. Es ist montags, mittwochs und freitags von 14.00 bis 18.00 Uhr sowie dienstags und donnerstags von 10.00 bis 18.00 Uhr für die Klienten geöffnet. Neben der Bereitstellung der Räumlichkeiten verpflichtet sich die Stadt, sich an den folgenden Kosten zu beteiligen: Lohnkosten für zwei Vollzeitstellen, Kosten für die Einstellung einer Person mit Lehrvertrag, Verwaltungs- und Funktionskosten, Mietkosten sowie Kosten für Reinigung, Instandhaltung und Erstausrüstung (fest installierte Möbel und Haushalts- und elektronische Geräte), Wartung und Ersatz der vorgenannten Ausstattung, die Kosten für die Wartung und Reparatur der Räumlichkeiten und Gebäude sowie eine einmalige Vorauszahlung von 10.000 €, die nach Abschluss des Projekts zurückgezahlt werden muss und es der Vereinigung ermöglicht, die Gebühren für die „Spändchen“, die Versorgungszentrale des Netzwerks der sozialen Lebensmittelgeschäfte, zu bezahlen. Die Stadt übernimmt auch den jährlichen Verlust aus dem Kauf von Produkten und unverkauften Waren (gemäß einer separaten Abrechnung). Alle anderen Kosten im Zusammenhang mit dem Projekt werden von der Vereinigung getragen. Nach Inkrafttreten der Konvention zahlt die Stadt der Vereinigung einen Betrag von 55.750 €.

f) *Übergangskonvention über das Projekt „Para-Chute“*

Diese Konvention betrifft den Empfang und die Orientierung von umherstreifenden Personen (Obdachlose, Drogenabhängige, Alkoholiker, Prostituierte usw.) im Bahnhof Luxemburg. Über die Orientierung hinaus bietet HUT diesen Klienten folgende Leistungen an:

- Unterstützung bei Verwaltungsschritten;
- Unterstützung und Sofortdienste (persönliche Gespräche, Aufladen von Mobiltelefonen, usw.);
- Verteilung und Erläuterung der Sozialkartographie (Plan mit dem Standort des „Para-Chute“ und der Lage der Hilfsstrukturen, nützliche Kontakte, usw.);
- Austausch mit den im Bahnhofsviertel ansässigen sozialen Vereinigungen.

Die Konvention sieht die Einstellung eines Erziehers durch HUT vor. Die Stadt verpflichtet sich, die Personalkosten sowie eine Pauschale von 7,5 % der Personalkosten für Verwaltungskosten zu übernehmen. Alle anderen Kosten im Zusammenhang mit dem Projekt werden von der Vereinigung getragen. Die Stadt Luxemburg zahlt dieser einen Betrag von 25.000 €.

g) *Übergangskonvention bezüglich des „bistrot social Le Courage“*

HUT übernimmt auch die Verwaltung und Durchführung des Projekts „Le Courage“ (*bistrot social* an der Adresse 13 und 15, Dernier Sol) beauftragt. Die Vereinigung verpflichtet sich:

- die Zielgruppe von montags bis sonntags von 9 bis 19 Uhr in den von der Stadt gegen Zahlung eines

symbolischen Euros zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten zu empfangen

- und einen Erzieher in der Laufbahn PE3, zwei Mitarbeiter in der Laufbahn PE5 und fünf Mitarbeiter in der Laufbahn PE7 einzustellen.

Die Stadt verpflichtet sich, sich an den folgenden Kosten zu beteiligen:

- Personalkosten,
- jährliche Pauschale von 7,50 % der Personalkosten für Verwaltungskosten,
- Kosten für den Erwerb und die Instandhaltung von Mobiliar und Zubehör, Geschirr und kleinen Haushaltsgeräten, kleiner Ausrüstung, Audio-, Video- und Computerausrüstung,
- Mietkosten,
- Kosten für Reinigung und Wartung,
- Kosten für Lebensmittel, Pflege-, Hygiene- und Sanitärartikel, Medikamente und Erste-Hilfe-Artikel,
- Kosten für den Sicherheitsdienst.

Alle anderen Kosten im Zusammenhang mit dem Projekt werden von der Vereinigung getragen. Der Betrag von 268.500 € wird nach Inkrafttreten der Konvention von der Stadt an den Verein gezahlt.

*h) Übergangskonvention über die Verwaltung des „Haus 15“ und die soziale Betreuung der Mieter*

In Zusammenarbeit mit dem *Service Logement* der Stadt Luxemburg übernimmt HUT die tägliche Verwaltung des „Haus 15“ (15, Dernier Sol) sowie die soziale Betreuung der Mieter dieses Gebäudes. Die Auswahl der Mieter, die in das Haus 15 aufgenommen werden, erfolgt durch den *Service Logement*, ebenso wie die Erstellung und Aushändigung des Mietvertrags. HUT gewährleistet insbesondere:

- die Begleitung bei der Bewältigung des täglichen Lebens;
- regelmäßige Anwesenheit und Gespräche, um das Wohlbefinden der Mieter zu bewerten und zu unterstützen;
- Überwachung und Hilfe bei der Organisation von Arbeiten im Haushalt;
- eine maßgeschneiderte, mit dem Mieter abgestimmte und ausgehandelte Begleitung;
- Erleichterung des Zugangs zu Diensten für Pflege und/oder psycho-medizinische Behandlung;
- Wöchentliche Treffen mit den Mietern;
- zusätzliche Aufgaben bei Bedarf.

Um die ordnungsgemäße Überwachung der vorliegenden Konvention zu gewährleisten, wird ein Verwaltungsausschuss (*Comité de gérance*) eingerichtet, der mindestens zweimal im Jahr zusammentritt und von der Vereinigung oder der Stadt Luxemburg einberufen wird. Beide Parteien ernennen zu diesem Zweck jeweils zwei Vertreter. Der Verwaltungsausschuss kann jede Person einladen, in beratender Funktion an seinen Sitzungen teilzunehmen.

Die Stadt verpflichtet sich, die Personalkosten, einen Pauschalbetrag von 7,50 % der Personalkosten für Verwaltungskosten, die Betriebskosten sowie die Büroausstattung und das Büromaterial, d.h. die Informatikausrüstung, die Fahrtkosten des Personals, Versicherungen, Telefonkosten und die Kosten für Freizeit- und kulturelle Aktivitäten zu übernehmen (innerhalb des von der Stadt Luxemburg genehmigten Budgets). Die Stadt zahlt HUT nach Inkrafttreten dieser Konvention einen Vorschuss in Höhe von 57.750 €.

Schriftliche Frage von Rätin Miltgen über die mit HUT abgeschlossenen Konventionen

« Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

In einem derzeit besonders angespannten Kontext, der durch Vorwürfe der Nichteinhaltung des Arbeitsrechts bei der Einstellung von Arbeitnehmern durch die Vereinigung HUT gekennzeichnet ist, bitte ich Sie, gemäß Artikel 9 der Geschäftsordnung des Gemeinderats die folgenden dringenden Fragen auf die Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung zu setzen.

Nur einen Tag nach der Sitzung des Gemeinderats vom 30. September 2024 beschloss die Stadt Luxemburg, die Konvention mit Caritas zu kündigen und eine neue Konvention mit der neuen Vereinigung HUT zu unterzeichnen, ohne dass diese Entscheidung dem Gemeinderat zur Abstimmung vorgelegt wurde.

Aus diesem Grund möchte ich Ihnen die folgenden Fragen stellen:

1. Warum wurde die Kündigung der Konvention mit Caritas und die Unterzeichnung der neuen Konvention mit HUT nicht dem Gemeinderat vorgelegt und diskutiert?
2. Was ist der detaillierte Inhalt dieser neuen Konvention mit HUT, insbesondere in Bezug auf die Mission dieser Vereinigung und ihre Verpflichtungen gegenüber der Stadt? Kann die Bürgermeisterin die neue Konvention dem Gemeinderat zur Verfügung stellen?
3. Welche Garantien gibt HUT in Bezug auf die Einhaltung der Arbeitnehmerrechte und wie stellt die Stadt sicher, dass diese Bedingungen im Vergleich zu denen der Caritas fair sind?
4. Ändert das neue Abkommen die Finanzierungsbedingungen oder die Verpflichtungen der Stadt gegenüber der Caritas? Wenn ja, auf welche Weise?
5. Welche Kriterien wurden verwendet, um HUT als neue Partnervereinigung auszuwählen, und warum wurde diese Ausschreibung oder Änderung nicht transparent gemacht und im Gemeinderat diskutiert?
6. Welche Dauer ist für diese Konvention mit HUT vorgesehen und gibt es Klauseln, die eine Neubewertung oder Kündigung dieser neuen Zusammenarbeit ermöglichen? »

**Bürgermeisterin Lydie POLFER** : Das Wort hat zuerst Rätin Miltgen, die zu diesem Thema am 1. Oktober 2024 eine schriftliche Frage eingereicht hatte.

**Rätin Maxime MILTGEN (LSAP)**: Nur einen Tag nach der Sitzung des Gemeinderats vom 30. September 2024 kündigte die Stadt Luxemburg an, die Verträge mit der Caritas zu kündigen und neue Verträge mit der neuen Vereinigung HUT zu unterzeichnen, ohne dass der Gemeinderat über diese Entscheidung abgestimmt hatte. Die Entscheidung wurde in einem besonders angespannten Kontext getroffen, der durch

Anschuldigungen über die Nichteinhaltung des Arbeitsrechts bei der Einstellung von Arbeitnehmern durch die Vereinigung HUT gekennzeichnet war.

In einer Sitzung der Sozialkommission wurden viele Fragen transparent und gut beantwortet, so dass wir verstehen konnten, warum alles so schnell gehen musste. Wir sind dankbar, dass die Entscheidungen so schnell getroffen wurden, sowohl im Interesse der Klienten als auch des Personals. Wir bedauern jedoch, dass der gesamte Prozess nicht transparenter ablief und dass der Gemeinderat nicht zumindest vorab informiert wurde. Warum wurde die Kündigung der Verträge mit Caritas und der Abschluss der neuen Verträge mit HUT nicht am Vortag im Gemeinderat behandelt? Selbst wenn es keine Abstimmung darüber gegeben hätte, wäre dies ein Zeichen der Transparenz gewesen. Meine zweite Frage bezieht sich darauf, ob die Verträge mit HUT befristet sind oder nicht. In der Kommission wurde mir geantwortet, dass in der Pressemitteilung der Stadt Luxemburg darauf hingewiesen wurde, dass die Verträge zeitlich begrenzt seien, dass diese Information aber nicht in der ersten Pressemitteilung enthalten war.

**Rätin Emilie COSTANTINI (CSV):** Nach der Aufkündigung der Verträge mit Caritas zum 30. September 2024 wurden mit HUT Übergangsverträge für den Zeitraum vom 1. Oktober bis 31. Dezember geschlossen. Wir begrüßen, dass die Kontinuität der Dienste für benachteiligte Menschen somit gewährleistet werden kann. Die vorliegenden Konventionen betreffen eine Reihe von Strukturen und Projekten, darunter die Einrichtung „Hotel Graace“, wo Flüchtlinge aus der Ukraine vorübergehend untergebracht werden können, das Wohnprojekt für chronisch abhängige Personen, das Nightshelter-Projekt für Obdachlose, das Streetwork-Projekt, den sozialen Lebensmittelladen in der Rue Michel Welter sowie die Projekte „Para-Chute“, „Le Courage“ und „Haus 15“.

Dank dieser Initiative können die hervorragenden Dienste, die bislang von Caritas geleistet wurden, fortgesetzt werden. Die Konventionen mit HUT ermöglichen es insbesondere, das qualifizierte und motivierte Personal der Caritas, das eine hervorragende Arbeit leistet, zu erhalten. Es stehen 340 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Ohne die Hilfe von HUT wären diese Menschen arbeitslos geworden. Warum die Vereinigung HUT? Zu den Gründern gehören u.a. die *Fondation Félix Chomé* und die *Fondation La Luxembourgeoise*, zwei Stiftungen, die sich schon immer stark engagiert haben. Wir freuen uns daher sehr über die Fortsetzung der Aktivitäten.

**Rätin Colette MART (DP):** Leider konnte ich nicht an der Sitzung der Sozialkommission teilnehmen, so dass ich die Dokumentation mit großem Interesse gelesen habe. Ich bin froh, dass wir schnell reagiert haben und dass alle sozialen Dienste, die Caritas für die Stadt geleistet hat, auf diese Weise fortgesetzt werden können. Ich kenne alle diese Einrichtungen, die wir zum Teil mit Frau Cahen, der damaligen Familienministerin, eröffnet haben. Was das Hotel Graace betrifft, so wollten wir damals als Schöfferrat schnell und effizient reagieren, um den ukrainischen Flüchtlingen zu helfen.

Der Caritas-Skandal lenkte unsere Aufmerksamkeit einmal mehr auf die benachteiligten Menschen und die zahlreichen Hilfsangebote, die es in der Hauptstadt gibt. Der Skandal hat uns auch gezeigt, wie anfällig unsere Gesellschaft für kriminelle Aktivitäten ist, wie intransparent Geldtransfers geworden sind und wie exponiert wir alle sein können - auch eine große, traditionsreiche Vereinigung wie Caritas.

Alle Aktivitäten wurden eins zu eins von HUT übernommen. Dies ermöglicht es dem „Hotel Graace“, dem sozialen Lebensmittelladen, den Nachtstrukturen, dem Bistro „Le Courage“, dem betreuten Wohnen für suchtkranke Menschen, dem Projekt „Para-Chute“, dem Streetwork und dem „Haus 15“ weiter zu arbeiten.

Diese Konventionen erinnern uns daran, wie viele Menschen am Rande unserer Gesellschaft leben - oft, weil sie nicht das Glück hatten, in einer Familie aufzuwachsen, die sie in jeder Situation unterstützt hätte. Wir sehen auch einmal mehr die Komplexität des Problems der Armut, die von Generation zu Generation weitergegeben wird, der Armut im Zusammenhang mit Migration, dem Flüchtlingsproblem oder der Drogenabhängigkeit, die viel Elend für den Einzelnen und seine ganze Familie mit sich bringt. Diese Konventionen zeigen auch, dass wir unsere Sozialpolitik auf diesem Weg fortsetzen müssen, dass wir weiterhin in möblierte Zimmer und kleine, einfache Wohnungen investieren und eine sensible Betreuung für verletzliche Personen gewährleisten müssen.

Wir sehen auch, dass die psychische Gesundheit uns alle betrifft. Viele notleidenden Menschen haben psychische Probleme und können sich nicht in die Gesellschaft integrieren.

Ich werde selbstverständlich alle diese Konventionen unterstützen und hoffe, dass wir mit HUT weiterhin in diese Richtung arbeiten und gute Erfahrungen mit HUT machen werden.

**Rätin Christa BRÖMMEL (déi gréng):** Die Aufregung war groß, als im Sommer der Betrugsfall bei Caritas bekannt wurde und eine große, anerkannte und kompetente Organisation aus dem sozialen Bereich von einem Tag auf den anderen aufgelöst wurde.

Um die Hilfe und Begleitung der Empfänger weiterhin zu gewährleisten, werden acht Konventionen mit HUT als Nachfolgeorganisation abgeschlossen. Es ist sehr wichtig, dass die Hilfsdienste nicht unterbrochen werden und dass kein Begünstigter unter diesem Betrugsfall leiden muss. Wir unterstützen die Bemühungen der Stadt, dies zu gewährleisten, aber wir sind nicht ganz einverstanden mit der Art und Weise, wie dies geschah, nämlich im Schnellverfahren. Wie es scheint, haben die Vertreter der Stadt Luxemburg die Verantwortlichen von HUT vor der Unterzeichnung der acht zeitlich begrenzten Konventionen nicht einmal getroffen, und die Vereinbarung sowie ihre grundlegenden Überzeugungen und Ziele waren nicht einmal richtig bekannt. In der Kommission haben wir keine Satzung von HUT gesehen. Die Konvention wurde am 1. Oktober 2024 unterzeichnet, d.h. bevor sie der Kommission und dem Gemeinderat vorgelegt wurde. Ich kann die in der Kommission gegebene Erklärung nicht akzeptieren, dass es zeitlich nicht möglich war, dem Ausschuss die Konventionen vorab vorzulegen. Wir sind heute praktisch gezwungen, die Konventionen zu befürworten, weil niemand die Kontinuität der Dienstleistungen gefährden will. Der Begriff *Multiplicity* umfasst auch Menschen, denen es nicht gut geht, die am Rande der Gesellschaft leben und die erwähnten sozialen Strukturen benötigen.

Wie gedenkt die Stadt angesichts der sehr kurzen Frist bis zum 1. Januar 2025 vorzugehen, wenn sie die Konventionen nicht einfach verlängern will? Wie will sie überprüfen, ob die Bestimmungen eingehalten werden? Wann wird der Gemeinderat im Detail über die Ideen von HUT informiert?

Wir hoffen, dass HUT die gleichen Kompetenzen und Werte wie Caritas an den Tag legen wird. Caritas hat der Stadt Luxemburg manchmal ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen gesagt, was sie für wichtig hält. Auf diese Weise konnten Projekte wie das „Hotel Graace“ und Unterkünfte für Obdachlose entstehen. Wir können HUT nur wünschen, dass sie die Arbeit der Caritas in diesem Sinne fortsetzt, im Interesse der Klienten und des Personals.

**Rätin Marie-Marthe MULLER (LSAP):** Es wurde bereits vieles gesagt. Wir haben nur einige Fragen zu diesem Thema. Wie viele Empfänger erreicht die Stadt mit diesen acht Konventionen? Ist der Schöfferrat der Ansicht, dass diese Angebote angesichts des nahenden Winters und der wachsenden Armut

ausreichend sind? Muss die Stadt erneut eine Erstausrüstung zur Verfügung stellen, da keine Unternehmensübertragung stattgefunden hat? Was ist gegebenenfalls mit der alten Ausstattung geschehen? Erhält die Stadt Geld zurück? Aufgrund der Kündigung der Konventionen mit Caritas frage ich mich, ob die Stadt Geld für Projekte, die nicht mehr fortgesetzt werden können, verloren hat. Die Lesbarkeit der Konventionen könnte durch eine zusammenfassende Tabelle verbessert werden, in der die wichtigsten Elemente aufgeführt sind, insbesondere die Anzahl der übernommenen Mitarbeiter und die Gesamtkosten der Maßnahmen, die die Stadt für die am stärksten gefährdeten Personen durchführt.

**Rat David WAGNER (déi Lénk) :** Wir werden diesen Vereinbarungen ebenfalls zustimmen, auch wenn es uns Bauchschmerzen bereitet. Dieser Fall zeigt, dass viele Bedürftige Gefahr laufen, dass sich ihre Lage über Nacht verschlechtert, wenn eine NGO wie Caritas plötzlich verschwindet. Armut wird ebenso wie Reichtum vererbt, was das Problem in unserem Wirtschaftssystem ist. Umso schlimmer ist es, wenn NGOs Aufgaben übernehmen müssen, die die öffentliche Hand selbst übernehmen könnte – insbesondere, wenn die öffentliche Hand so reich ist wie in Luxemburg.

Was uns Bauchschmerzen bereitet, ist, dass man der neuen Vereinigung HUT aufgrund der Art und Weise, wie der Übergang stattgefunden hat, nicht traut. Es wurde keine Unternehmensübertragung vorgenommen, obwohl dies nach Ansicht vieler Beobachter, einschließlich Juristen, möglich gewesen wäre. Der Schöffenrat ist natürlich nicht dafür verantwortlich. Wir bedauern jedoch, dass die Arbeitnehmer praktisch gezwungen wurden, ihre alten Arbeitsverträge zu kündigen und neue Verträge zu unterzeichnen, mit denen wir uns wahrscheinlich auf nationaler Ebene befassen müssen. Ich bin nicht der einzige, der kein Vertrauen hat. In der Abgeordnetenversammlung haben wir einen Sonderausschuss eingerichtet – einstimmig, wenn ich mich recht erinnere. Wenn das nicht ausreicht, muss sogar eine Untersuchungskommission eingesetzt werden. Das Vertrauen ist nicht groß, nicht nur bei der Opposition hier in Luxemburg. Denn die Krise wurde geschaffen. Die Krisenmanager haben sie nur verschärft.

Es stellt sich die Frage, wie es weitergehen soll. Wir können die Initiativen nicht einfach fallen lassen. Es wäre besser gewesen, wenn auf nationaler Ebene eine andere Lösung gefunden worden wäre, doch dafür bestand kein politischer Wille. Wir müssen nun sehen, wie sich die Dinge entwickeln werden, auch in Bezug auf die Arbeitsverträge, wissend, dass es für einige vorteilhafter ist, unter einem SAS-Vertrag zu arbeiten und für andere, bei der Stadt Luxemburg zu arbeiten.

**Schöffin Corinne CAHEN :** Dieser Fall bereitet allen Bauchschmerzen. Die im sozialen Bereich tätigen Vereinigungen haben in den vergangenen Monaten einen alarmierenden Rückgang der Spenden verzeichnet. Das Rote Kreuz spricht von einem Rückgang um 80 %. Sowohl die Regierung als auch der Schöffenrat haben ihr Bestes getan, um nicht nur sicherzustellen, dass sozial benachteiligte Menschen weiterhin die Hilfe erhalten, die sie benötigen, sondern auch, um die auf dem Spiel stehenden Arbeitsplätze zu erhalten.

Es ist schwierig zu sagen, wie viele Menschen Hilfe erhalten, da die Angebote sehr vielfältig sind. Sie reichen vom Sozialladen über das „Bistrot social Le Courage“ bis hin zu *Nightshelters*. Für uns war es wichtig, dass die Dienste weiterhin funktionieren. Es wäre in der Tat besser gewesen, dies in der vergangenen Sitzung des Gemeinderates zu besprechen, aber die Kündigung der Konventionen mit Caritas und die Unterzeichnung der Konventionen mit HUT sind erst am folgenden Tag erfolgt. Wir haben die Verträge mit HUT der Sozialkommission vorgelegt, in deren Rahmen wir auch die Fragen von Frau Miltgen beantwortet haben.

Man kann das Glas immer halb voll oder halb leer sehen. Was die Frage betrifft, was nach dem 1. Januar 2025 passieren wird, so hoffe ich, dass HUT sich als vertrauenswürdiger Partner erweisen wird. Und ich habe keinen Grund, daran zu zweifeln. Der zeitlich begrenzte Charakter der Konventionen würde es uns ermöglichen, uns aus ihnen zurückzuziehen, wenn es Probleme gibt – was ich nicht hoffe. Es ist umso wichtiger, dass die Dienste jetzt funktionieren, da der Winter kommt und HUT den Teil der *Winteraktioun* übernimmt, der zuvor von der Caritas durchgeführt wurde.

Was die Frage betrifft, ob das bestehende Angebot ausreichend ist: Ja und Nein. Das bestehende Angebot wurde von HUT übernommen. Wenn wir einen zusätzlichen Bedarf feststellen, können wir schnell reagieren. Beispielsweise haben wir ohne viel Aufhebens einer Gruppe junger Obdachloser eine Unterkunft zur Verfügung gestellt. Mit solchen Angeboten versuchen wir, den Menschen dauerhafte Lösungen zu bieten, damit sie einen Lebensentwurf entwickeln können. Oftmals ist es für die Betroffenen nicht einfach, Hilfe anzunehmen, z.B. wenn eine physische oder psychische Erkrankung oder eine Sucht vorliegt.

Unsere Aufgabe ist es, ausreichende Strukturen zu schaffen und sozusagen den Sozialarbeitern zu helfen, den Menschen zu helfen. Beispielsweise besteht eine der Herausforderungen darin, die bestehenden Klienten der *Nightshelters* in dauerhafteren Unterkünften unterzubringen.

Die Erstausrüstung befindet sich immer noch in den Büros, die bislang von der Caritas genutzt wurden. Wir haben keine diesbezügliche Vereinbarung mit HUT abgeschlossen. Die Stadt zahlt nicht mehr als zuvor und hat kein Geld verloren. Am Ende des Jahres wird eine Abrechnung erstellt.

Es hat ein Gespräch zwischen den Vertretern der Stadt und HUT stattgefunden. Ich bin erleichtert, dass die Dinge so gelaufen sind. Eine Reihe von Fragen, z.B. in Bezug auf das „plaidoyer politique“, müssen an anderer Stelle diskutiert werden, insbesondere in der Abgeordnetenversammlung.

**Bürgermeisterin Lydie POLFER :** Ich danke Schöffin Cahen für die Beantwortung aller Fragen. Ich möchte noch hinzufügen, dass ich alle Behauptungen zurückweisen möchte, die den Eindruck erwecken könnten, dass wir untätig geblieben wären. Als wir im Juli die schreckliche Nachricht erhielten, dass 61 Millionen Euro verschwunden waren und die Zukunft der rund 340 Mitarbeiter der Caritas ab September ungewiss war, haben wir uns sofort mit den betreffenden Akteuren zusammengesetzt und versucht, gemeinsam Lösungen zu finden.

Ich bin schockiert über die Art und Weise, wie einige die Personen behandelt haben, die sich voll und ganz dafür eingesetzt haben, innerhalb von zwei Monaten eine Lösung zu finden, damit die Dienstleistungen fortgesetzt und die Gehälter der Mitarbeiter weitergezahlt werden können. Ich denke dabei insbesondere an Herrn Billon, den Vorsitzenden der neuen Vereinigung HUT. Einige haben ihm vorgeworfen, keine soziale Ader zu haben. Ich möchte darauf hinweisen, dass Herr Billon seit vielen Jahren Vorsitzender des CNDS (*Comité national de défense sociale*) ist, das unter anderem die Struktur *Abrigado* verwaltet. Es handelt sich hierbei um Personen, die sich für die Ärmsten der Armen einsetzen.

Es musste schnell gehandelt werden. Genau am 30. September 2024, dem Datum der jüngsten Sitzung des Gemeinderates, wurden die meisten Verträge zwischen HUT und den ehemaligen Mitarbeitern der Caritas unterzeichnet. Dies war die Voraussetzung dafür, dass HUT uns die Fortsetzung der Dienste garantieren konnte.

Der Schöffenrat sprach auch mit Vertretern der Caritas, darunter die Vorsitzende, Frau Marie-Josée Jacobs, die ebenfalls schockiert war über das, was mit dem Lebenswerk vieler Menschen geschehen ist. Ich möchte den Menschen danken, die es geschafft haben, in nur zwei Monaten eine Lösung zu finden. Ich freue mich, dass alle Mitglieder des Gemeinderats diese Lösung unterstützen. Bis zum Ende des Jahres werden wir sehen, was die Zukunft bringt. Ich hoffe, dass alles unverändert weitergehen kann. Wenn nicht – wenn beispielsweise ein Teil des Personals nicht in der neuen Struktur arbeiten möchte – müssen wir gemeinsam die bestmöglichen Lösungen finden.

Um auf eine Frage von Rätin Müller zu antworten, möchte ich hinzufügen, dass 18 Stellen übernommen wurden. Am 1. August 2024 hatte die Stadt 2,379 Millionen Euro gezahlt, während 2,5 Millionen Euro im Haushalt vorgesehen waren. Selbstverständlich wird bis Ende des Jahres eine Abrechnung über die erbrachten Dienstleistungen erstellt und die entsprechenden Informationen werden der zuständigen beratenden Kommission zur Verfügung gestellt.

#### IV. KOSTENVORANSCHLÄGE

##### 1) Projekt betr. die Renovierung und den Umbau von zwei Gemeindehäusern gelegen 6 und 6a, Rue de la Barrière in Merl

Der Gemeinderat ist aufgerufen, seine Zustimmung zu dem vom Architekturbüro Valente s.à r.l. ausgearbeiteten Projekt zu geben, das die Renovierung und den Umbau von zwei Gemeindehäusern gelegen 6 und 6a, Rue de la Barrière in Merl betrifft, die als Mietwohnungen genutzt werden sollen. Da die Gebäude als nationales Kulturerbe eingestuft sind, wurde das Projekt in Zusammenarbeit mit dem INPA sorgfältig ausgearbeitet. Es sieht die Erhaltung der Außenfassaden und tragenden Mauern vor, während die Bodenplatten komplett erneuert werden.

Das Haus Nr. 6 mit einer Gesamtfläche von 101 qm und mit einem 42 qm großen Dachboden ist mit einer Küche, einem Wohnzimmer, drei Schlafzimmern, einem Duschaum, einem separaten WC und einer Toilette ausgestattet.

Haus Nr. 6a hat eine Gesamtfläche von 134 qm und 19 qm Dachboden. Es ist mit einer Küche, einem Wohnzimmer, drei Schlafzimmern, einem Duschaum, einem WC und einem Badezimmer ausgestattet. Die derzeitige Garage wird in einen Gemeinschaftsraum umgewandelt, in dem die technischen Räume, Fahrräder, Kinderwagen und Mülltonnen sowie ein Trockenraum untergebracht werden.

Die Außenanlagen:

- eine kleine Terrasse;
- ein neuer Zaun für die Umzäunung;
- ein neues Gartenhaus;
- Reparatur und Neuverfugung der bestehenden Pflasterung;
- Renovierung der Pforte zur Straßenseite.

Die beiden Häuser werden als Niedrigenergiehäuser konzipiert. Die Beheizung erfolgt über eine Luft-Wasser-Wärmepumpe. Zur Unterstützung der Warmwasserbereitung werden drei Solarmodule installiert. Die Häuser werden mit einer Fußbodenheizung mit individueller Regelung ausgestattet.

Zudem wird eine kontrollierte Belüftung mit Wärmerückgewinnung in Form einer Zentralheizung installiert. Eine energetische Sanierung ist auch durch die Innenisolierung der alten Mauern mit Mineralplatten vorgesehen. Die beiden Häuser werden die Energieeffizienzklasse B und die Wärmedämmklasse C haben. Der Zeitplan sieht einen Baubeginn im Februar 2025 und ein Ende der Arbeiten für Mai 2026 vor. Das Projekt geht zu Lasten des außerordentlichen Budgets für das Haushaltsjahr 2024 und folgende.

##### 2) Definitives Projekt betr. die Renovierung und den Umbau von zwei Einfamilienhäusern gelegen 6 und 7, Rue du Château in Dommeldingen

Der Gemeinderat ist aufgerufen über das definitive Projekt des Büros *n-lab architects s. à r. l.*, das die Renovierung und den Umbau von zwei Einfamilienhäusern gelegen 6 und 7, Rue du Château in Dommeldingen vorsieht, zu befinden. Die Gebäude sind im „secteur protégé“ von Dommeldingen gelegen.

###### Gebäude Nr. 6, Rue du Château

Das Projekt sieht die Renovierung und den Umbau des Einfamilienhauses mit Scheune (erbaut Ende des 19. Jahrhunderts) vor, um darin zwei Wohnungen zu schaffen. Der linke Giebel ist an das Nachbargebäude (8, Rue du Château) angebaut, das ebenfalls der Stadt gehört. Entlang des rechten Giebels befindet sich ein Weg, der zum Garten führt, in dem sich ein weiteres Gebäude befindet. Das Gebäude mit der Energieeffizienzklasse B-C-B ist vertikal in zwei Bereiche unterteilt.

Der linke Teil des Gebäudes umfasst im Erdgeschoss einen Wohnbereich, eine Waschküche und eine Küche mit Zugang zum Garten. Über eine Treppe vom Eingang aus gelangt man in den ersten Stock mit einem großen Schlafzimmer und einem Badezimmer. Im Dachgeschoss befindet sich ein weiteres Schlafzimmer sowie ein Abstellraum unter der Dachschräge.

Der rechte Teil des Gebäudes beherbergt im Erdgeschoss einen Wohnbereich, eine Küche, ein separates WC und eine Waschküche. Die ehemalige Scheune wird ebenfalls in Wohnraum umgewandelt und der rechten Wohneinheit zugeordnet. Über eine Treppe gelangt man in den ersten Stock, wo sich ein Schlafzimmer und ein Badezimmer befinden. Ein weiteres Stockwerk mit zwei Schlafzimmern wird durch den Einbau einer Decke in der Scheune geschaffen. Ein weiteres Schlafzimmer sowie ein zusätzliches Duschbad sind auf dem Dachboden vorgesehen.

Der Technikraum befindet sich im freistehenden Anbau, in dem auch ein Abstellraum, Fahrradstellplätze und der Raum für die Mülltonnen untergebracht sind.

Das Projekt sieht eine energetische Sanierung in Form einer Dachisolierung, einer Innenisolierung der Wände und einer Isolierung unter der Bodenplatte vor. Die neuen Fenster werden mit einer Dreifachverglasung ausgestattet. Als Heizsystem ist eine Luft/Wasser-Wärmepumpe mit Solarkollektoren geplant. Jede Wohneinheit des Gebäudes wird mit einem neuen Belüftungssystem ausgestattet.

Die Vorderfassade und die bestehende Struktur des Satteldachs sind in einem guten Zustand und sollen erhalten und restauriert werden. Es sind zusätzliche Öffnungen im Giebel, in der Rückfassade und im Dach sowie der Einbau von elektrischen Rollläden geplant. Das Projekt sieht auch die Renovierung des Zugangs zwischen der Hauptstraße und dem Garten sowie die Schaffung eines separaten Zugangs zum Garten vor.

Die Bauarbeiten sollen im April 2025 beginnen und im Februar 2027 abgeschlossen sein.

Gebäude Nr. 7, Rue du Château

Das Projekt sieht die Renovierung und den Umbau des Einfamilienhauses für den Bau einer Wohnung vor. Die Vorderseite des Gebäudes, das sich in einer kleinen Seitenstraße befindet, verläuft entlang der Straße, während die hintere Fassade direkt an den Garten des Nachbarn angrenzt. Die Giebel des Hauses sind an die Gebäude des Nachbarn angebaut.

Das Projekt sieht im Erdgeschoss das Wohn- und Esszimmer mit einer offenen Küche, ein WC und einen Abstellraum vor. Im ersten Stock, der über eine Treppe erreichbar ist, befinden sich drei Schlafzimmer, ein Technik-/Waschraum und ein Duschbad. Durch das Einziehen einer Decke über dem Waschraum wird zusätzlicher Stauraum unter dem Dach geschaffen. Die zum Gebäude gehörende Garage auf der gegenüberliegenden Straßenseite wird als Abstellraum für die Mülltonnen genutzt.

Das Gebäude mit der Energieeffizienzklasse D-D-D wird energetisch saniert, indem ein neues isoliertes Dach, eine Innenisolierung der Wände und eine Isolierung unter der Bodenplatte eingebaut werden. Die neuen Fenster werden mit einer Dreifachverglasung ausgestattet. Als Heizsystem ist ein Gas-Brennwertkessel mit Warmwasserspeicher vorgesehen. Das Gebäude wird außerdem mit einem integrierten Warmwasserspeicher ausgestattet.

Die Vorder- und Rückseite der Fassade werden erhalten und restauriert. Das Dach wird vollständig renoviert und isoliert. Zusätzliche Fenster sind im Dach und in der Vorderfassade vorgesehen.

Der Zeitplan sieht einen Baubeginn im August 2025 und ein Bauende im November 2026 vor.

Der Gesamtpreis für die beiden Projekte beläuft sich auf 3.204.326,76 €. Das Projekt wird über das außerordentliche Budget 2024 und folgende finanziert.

**Rat Robert PHILIPPART (DP):** Wenn Sie erlauben, werde ich sowohl auf die beiden kommunalen Gebäude in der Rue de la Barrière als auch auf die beiden Einfamilienhäuser in der Rue du Château eingehen.

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Das ist selbstverständlich möglich. Wir werden nachher nur separat über jedes Projekt abstimmen.

**Rat Robert PHILIPPART (DP):** Der Kostenpunkt für beide Projekte ist hoch, doch handelt es sich aus einer Reihe von Gründen um gut investierte Gelder. Die Vorgehensweise der Stadt Luxemburg ist zu begrüßen. Sie investiert in die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum, um ein Angebot von Mietwohnungen zu schaffen. Sie investiert in historisches Patrimonium, ganz gleich, ob die Bauten auf nationaler Ebene als schützenswert eingestuft sind (wie hier in Merl) oder ob sie auf Initiative der Stadt im „secteur protégé communal“ eingeschrieben sind (wie hier in Dommeldingen). Die Stadt Luxemburg trägt entsprechend der Vorgaben des Flächennutzungsplanes dazu bei, die Authentizität und die Integrität der Stadtteile Merl und Dommeldingen zu erhalten.

Die Projekte sind umso wertvoller, als sich die erhaltenen Gebäude innen in einem relativ desolaten Zustand befinden. Eine tiefgreifende Sanierung der Gebäude ermöglicht eine Neuaufteilung der Funktionen. Eine Scheune kann so umgebaut werden, dass hier zusätzlicher Wohnraum entsteht, ohne dabei vorhandene Volumen zu ändern. Wichtig zu erwähnen ist auch, dass es gelungen ist, effiziente energetische Sanierungen vorzusehen, ohne den Charakter der Gebäude (Fassaden) zu beeinträchtigen. Auch der sanften Mobilität wird Rechnung getragen: Es sind Räume für die Aufbewahrung der Fahrräder vorgesehen. Die Stadt Luxemburg zeigt, dass es möglich ist, Gebäude, die innen in einem schlechten Zustand

sind, nicht abzureißen, sondern sie zu sanieren, zu modernisieren und Wohnraum zu schaffen und dabei auch den Aspekt der sanften Mobilität zu berücksichtigen.

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Rat Philippart hat die Beweggründe der Stadt Luxemburg zur Renovierung und Sanierung der genannten Gebäude sehr gut dargelegt.

*Das Projekt betr. die Renovierung und den Umbau von zwei Gemeindehäusern gelegen 6 und 6a, Rue de la Barrière wird einstimmig gutgeheißen.*

*Das definitive Projekt betr. die Renovierung und den Umbau von zwei Einfamilienhäusern gelegen 6 und 7, Rue du Château in Dommeldingen wird einstimmig gutgeheißen.*

### 3) Berichtigter Kostenvoranschlag betr. den Bau einer Fußgänger- und Fahrradbrücke Cents - Neudorf - Weimershof

Der Gemeinderat ist aufgefordert, über den berichtigten Kostenvoranschlag in Höhe von 40.100.000 € für die Ausführung der Bauarbeiten für eine Fußgänger- und Fahrradbrücke, die die Stadtteile Cents, Neudorf und Weimershof verbinden wird, zu entscheiden. Am 13. Dezember 2021 hatte der Gemeinderat einen Kostenvoranschlag in Höhe von 24.100.000 € für die Ausführung der genannten Bauarbeiten verabschiedet.

Der *Service Ouvrages d'art* hat alsdann ein europäisches Ausschreibungsverfahren für den Auftrag zum Bau der Brücke eingeleitet. Bei der Eröffnung des Verfahrens wurde eine Überschreitung in Höhe von 16.000.000 € festgestellt. Die Überschreitung ist zurückzuführen auf:

- Nachträge in Höhe von 2.500.000 € (Optimierung des Projekts und Verstärkung der Infrastrukturen);
- zusätzliche gesetzliche Erhöhungen und die Entwicklung des Marktpreises für Materialien (vor allem für Stahl) in Höhe von 12.500.000 €;
- Honorare und Unvorhergesehenes: 1.000.000 €.

Die Abstimmung über einen berichtigten Kostenvoranschlag von 40.100.000 € ist daher notwendig, um den Auftrag erteilen zu können. Das Projekt geht zu Lasten von Artikel 4/621/221313/19030 des *Service Ouvrages d'art* des außerordentlichen Budgets für die Jahre 2024 und folgende.

**Rat Claude RADOUX (DP):** Das Projekt betr. den Bau einer Fußgänger- und Fahrradbrücke, welche die Viertel Cents, Neudorf und Weimershof miteinander verbinden wird, beschäftigt uns seit langem. Im Dezember 2021 hat der Gemeinderat einen Kostenvoranschlag in Höhe von 24.100.000 € für die Ausführung der genannten Bauarbeiten verabschiedet. Das Projekt wurde ausgeschrieben. Die bei der Gemeinde eingegangenen Angebote lagen substantiell höher als der Kostenvoranschlag. Hinzu kam die Erhöhung des Baupreisindex und weitere zusätzliche Kosten. Somit stehen wir heute vor der Frage: Wollen wir das Projekt umsetzen oder nicht?

Sinn und Zweck des Projektes werden nicht in Frage gestellt. Es gab das Engagement von drei vorangehenden Schöffenräten, das Projekt umzusetzen. Wir alle hätten uns ein weniger kostspieliges Projekt gewünscht. Fakt ist jedoch, dass dessen Umsetzung zu einem billigeren Preis nicht möglich sein wird. Würden wir hingehen und leichte Anpassungen vornehmen,

würde sich die Umsetzung des Projektes nur verzögern und aller Wahrscheinlichkeit nach würde der Kostenpunkt der gleiche bleiben oder gar noch steigen. Aus diesen Überlegungen heraus besteht der allgemeine Konsens, in den sauren Apfel zu beißen, den berechtigten Kostenvorschlag gutzuheißen, die Ausschreibungen fortzusetzen und mit den Arbeiten zu beginnen.

**Rat François BENOY (déi gréng):** Der Bau einer Fußgänger- und Fahrradbrücke und eines Aufzugs ist wichtig, um die Stadtteile Cents, Neudorf und Weimershof miteinander zu verbinden. Das Projekt ist auch im Sinne des Klimaschutzes.

Der berichtigte Kostenvorschlag in Höhe von rund 40 Millionen Euro ist unter anderem, allerdings nicht nur, auf Preisteuerungen zurückzuführen. Kosten in Höhe von 3,5 Millionen Euro sind auf Nachträge und auf Honorarerhöhungen zurückzuführen. Letztgenannte Kosten sind zum Teil einer ungenügenden Vorbereitung des Dossiers durch den Schöffenrat zuzuschreiben.

Es sei daran erinnert, dass der Gemeinderat bereits im Jahr 2008 über den Bau einer Fußgänger- und Fahrradbrücke abgestimmt hatte. Damals lagen die Kosten bei 18 Millionen Euro, d.h. das Projekt war um einiges billiger. Auch wenn damals ein anderer Standort zurückbehalten worden war und die Brücke länger war. Dann kam die Finanzkrise, wobei das Projekt auch von einer politischen Seite blockiert wurde, während die andere Seite versuchte, das Projekt voranzutreiben. Und es gab viel Hin und Her um den Standort der Brücke. Dann meinten Einige, es müssten auch Rettungsdienste über die Brücke fahren können. Heute lässt sich festhalten, dass jede wichtige Investition in Infrastrukturen oder Klimaschutz, die nicht getätigt oder vertragt wird, uns später teurer zu stehen kommen wird.

**Rätin Maxime MILTGEN (LSAP):** Die Fußgänger- und Fahrradbrücke Cents – Neudorf – Weimershof hat bereits in der Vergangenheit für Diskussionen gesorgt. Verschiedene Bürger sind vom Projekt begeistert, andere überhaupt nicht. Davon abgesehen, kann unsere Fraktion das Projekt auf dem Papier an sich gutheißen, weil es im Sinne einer Förderung der sanften Mobilität ist. Es stellt sich jedoch die Frage, zu welchem Preis wir das Projekt umsetzen wollen.

Im Dezember 2021 hat der Gemeinderat einem Kostenvorschlag in Höhe von 24 Millionen Euro zugestimmt. Knapp drei Jahre später, ohne dass ein einziger Zementsack von rechts nach links befördert wurde, sind wir mit einem berechtigten Kostenvorschlag von 40,1 Millionen Euro befasst. Es ist davon auszugehen, dass, wenn die Arbeiten erst einmal ange laufen sind, weitere berichtigte Kostenvorschläge folgen werden. Warum wird trotz Kostenexplosion und obwohl seit jahrelangen Planungen keine Fortschritte erkennbar sind, am vorliegenden Projekt festgehalten?

Dies wirft auch die Frage auf, warum man nicht am ursprünglichen Projekt von vor 12 Jahren für den Bau einer Fußgänger- und Fahrradbrücke an einem anderen Standort festgehalten hat. Was geschieht mit den Grundstücken (60 Ar), die der Brauerei-Eigentümer damals an die Stadt Luxemburg abgetreten hat? Ich zitiere: « (...) destinés à l'aménagement d'un chemin public menant vers la future passerelle reliant les quartiers de Cents et de Weimershof ».

Welche Maßnahmen sind vorgesehen, um den Stadtteil Cents und vorab den Stadtteil Weimershof radfahrerfreundlich zu gestalten, wissend, dass die Straße im Bereich der Zufahrt zur Brücke in Weimershof eine starke Steigung aufweist, die Straßen eng sind, es morgens und mittags wegen der dort angesiedelten Sainte-Sophie-Schule ein hohes Verkehrsaufkommen gibt und die Anwohner ihre Autos auf beiden Seiten parken? Es drängt sich der Verdacht auf, dass das ursprüngliche Konzept aus den Augen verloren wurde und die

steigenden Kosten zu keiner Verbesserung führen. Ist es tatsächlich im Interesse der Allgemeinheit, diese Investition, die in der Zwischenzeit zu einem „Nice to have“-Projekt geworden ist, zu verteidigen? In Zeiten, in denen Infrastrukturprojekte auf Effizienz und Notwendigkeit geprüft werden müssen und im Voraus nicht quantifiziert werden kann, wie viele Personen die Brücke tatsächlich nutzen werden, gilt es zu hinterfragen, ob die Brücke in ihrer aktuellen Form tatsächlich einen so großen Mehrwert bringen wird, dass die enorme finanzielle Belastung gerechtfertigt ist. Gäbe es nicht eine Alternative, die mehr als nur zwei Stadtteile verbindet und vielleicht sogar eine zusätzliche Verbindung mit umliegenden Gemeinden schaffen würde? Bei einer solchen Alternative wäre der Preis gerechtfertigt, da sie vielen Bürgerinnen und Bürgern zugutekäme und einem modernen Mobilitätskonzept gerecht würde.

Aus den genannten Gründen wird sich unsere Fraktion, wie bereits im Jahr 2021, beim Votum enthalten.

**Rat Bob BIVER (CSV):** Der berichtigte Kostenvorschlag liegt in der Tat weit über den im Jahr 2021 veranschlagten Kosten. Die zusätzlichen Kosten sind auf die verschiedenen Preisteuerungen, vor allem bei den Rohstoffen, zurückzuführen.

Die zuständige Kommission hat sich mit dem berichtigten Kostenvorschlag befasst. Die Mitglieder der Kommission haben mit 10 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen ein positives Gutachten erteilt.

Die zusätzlichen Kosten belaufen sich auf rund 16 Millionen Euro, davon rund 3 Millionen Euro für Verbesserungen, insbesondere, da die Brücke sich in einer Windschneise befinden wird, wodurch Lärm entstehen kann. Es wurde geprüft, wie sich diese Unannehmlichkeiten unterbinden lassen, was auch im Interesse der Anwohner ist.

In Genf wird neben der Mont-Blanc-Brücke auf einer Länge von 234 m und einer Breite von 4,80 m eine Brücke nur für Fußgänger gebaut. Das Projekt wurde im August vergangenen Jahres gutgeheißen. Veranschlagter Kostenpunkt: 54,6 Millionen Euro. Der Bau eines Aufzugs ist nicht vorgesehen. Dies zeigt, dass die Rohstoffpreise nicht nur in Luxemburg, sondern in ganz Europa hohe Kosten verursachen.

Der Bau der Brücke wird einen Mehrwert nicht nur für zwei, sondern für drei Stadtteile darstellen. Die Einwohner des Stadtteils Neudorf werden dank des Aufzugs einfacher nach Kirchberg und Cents gelangen. Damit wird der Zugang zu den in Kirchberg gelegenen Institutionen – Philharmonie, Coque, Nationalbibliothek, Museum... – sowie zum INS vereinfacht. Die Brücke wird auch den Einwohnern der neuen Wohnungen, die in Cents und auf Kirchberg entstehen, von Nutzen sein.

Unsere Fraktion wird den berichtigten Kostenvorschlag mittragen.

Der Aufzug Pfaffenthal-Oberstadt wird einmal monatlich gewartet und ist während dieser Zeit für die Benutzer geschlossen. Es sollte erwogen werden, in den Wartungsvertrag für den Aufzug in Neudorf einzuschreiben, dass die Wartungsarbeiten zwischen 10.00 und 16.00 Uhr stattfinden müssen, damit die Bürger den Aufzug noch nutzen können, um morgens zur Arbeit und abends nach Hause zu fahren.

**Rat Tom WEIDIG (ADR):** Die Fußgänger- und Fahrradbrücke ist ein leidiges Thema, über das bereits viel und lange diskutiert wurde – wenn auch nicht 35 Jahre lang, wie beim Projekt „Place de l'Etoile“. Unsere Fraktion kritisiert, dass hier ein Projekt, koste es was es wolle, durchgeboxt werden soll. Eine richtige Kosten-Nutzen-Analyse wurde nicht durchgeführt. Mit einer Steigerung der Kosten um 16 Millionen Euro (+ 66 %) wird sich die Kosten-Nutzen-Bilanz noch weiter verschlechtern.

Bei einem Gespräch haben mich die Einwohner des Stadtteils Neudorf darauf hingewiesen, dass Rat Radoux damals gesagt habe, dass die DP eine Fußgänger- und Fahrradbrücke wegen des hohen Kostenpunktes und der fehlenden Möglichkeit, Minibusse darüber fahren zu lassen, nicht mittragen werde. Wieso hat Rat Radoux seine Meinung geändert?

In der Kommission hat Schöffe Mosar erklärt, dass die zusätzlichen Kosten in der Hauptsache auf die Erhöhung des Baupreisindexes zurückzuführen seien. Das ist Augenwischerei. Die Baukosten sind nicht um 66 % gestiegen. Bei der Ausarbeitung des Kostenvoranschlags sind ganz klar Fehler unterlaufen. Mit den Abholzungsarbeiten wurde bereits begonnen. In der Kommission wurde darauf hingewiesen, dass der Bau des Aufzugs besonders teuer zu stehen kommt und im Rahmen der Ausschreibungen nur eine einzige Aufzugbau-firma ein Angebot eingereicht hat. Dies riecht nach Monopolstellung und ich hoffe, dass nicht absichtlich darauf verzichtet wurde, bei anderen Firmen nachzufragen.

Ich stelle des Weiteren fest, dass auf die Einwände und Vorschläge der Mehrheit der Einwohner des Stadtteils sowie des lokalen Interessenvereins nicht gehört wurde. Es ist daher nicht verwunderlich, dass es nun eine Forderung nach einem Baustopp gibt und viele Einwohner des Viertels Neudorf unzufrieden sind. Die Stadt hätte die Einwohner in die Entscheidungen einbinden müssen und nicht über ihre Köpfe hinweg entscheiden dürfen.

Aus den genannten Gründen wird die ADR den berechtigten Kostenvoranschlag nicht mittragen.

**Rat David WAGNER (déi Lénk):** Für die Vorbereitung meiner Intervention habe ich nachgelesen, was mein Vorgänger Guy Foetz, ein begeisterter Radfahrer, zu diesem Projekt gesagt hat. Er hat damals zurecht darauf hingewiesen, dass eine gute Idee, die schlecht umgesetzt wird, manchmal keinen Sinn ergibt. Würde ich das Thema ideologisch angehen – *déi Lénk* unterstützen die Förderung der sanften Mobilität –, müssten wir den berechtigten Kostenvoranschlag mittragen. Wir werden uns jedoch beim Votum enthalten, nicht aus Spaß und auch nicht, um Opposition zu machen, sondern weil im Rahmen der Diskussion häufig davor gewarnt wurde, dass der zurückbehaltene Standort wegen des felsigen Untergrunds, des Wasserflusses usw. problematisch sein könne. Es ist demnach nicht verwunderlich, dass wir es heute mit beachtlichen Mehrkosten zu tun haben. In Bezug auf den zurückbehaltenen Standort gibt es auch eine Reihe von Umweltbedenken. In unserer Fraktion haben wir viel über die voraussichtliche Nutzungsrate der Brücke diskutiert. Ich persönlich habe hier keine feste Religion. Als Frau Tanson für das Ressort Mobilität zuständig war, wurde wohl ein Büro damit beauftragt, zu prüfen, was der Nutzen einer Brücke sein würde. Eine regelrechte Verkehrsstudie wurde jedoch meines Wissens nicht durchgeführt. Die Art und Weise, wie das Dossier vom Schöffenrat angegangen wurde, trägt nicht dazu bei, das Interesse für die sanfte Mobilität zu wecken und kann sogar gefundenes Fressen für jene Bürger sein, die keine Fußgänger- und Fahrradbrücke wollen.

Mehrkosten können wir mittragen, wenn auf politischer Ebene keine Fehler unterlaufen sind. Im vorliegenden Dossier verhält es sich so, dass das Projekt nicht so angegangen wurde, wie es eigentlich hätte angegangen werden sollen.

**Schöffe Laurent MOSAR:** Vorweg möchte ich allen Rednern für ihre Intervention und für die gestellten Fragen danken. Ich für meinen Teil werde mich auf den finanztechnischen Bereich beschränken.

Zuerst eine allgemeine Bemerkung. Auch der Schöffenrat hat Bauchschmerzen, wenn wir mit einer erheblichen Erhöhung der ursprünglich geplanten Kosten konfrontiert werden. Im Schöffenrat haben wir uns lange mit dem berechtigten

Kostenvoranschlag befasst, genauso wie wir uns mit anderen Überschreitungen von Kostenvoranschlägen befassen, und es wird leider auch nicht der letzte berichtigte Kostenvoranschlag sein, mit dem uns werden befassen müssen. Niemand ist erfreut, wenn es bei Projekten, an denen lange Jahre gearbeitet wurde, und nachdem man sich von kompetenten Expertenbüros beraten gelassen hat, zu Kostenüberschreitungen kommt.

Den Vorwurf von Rat Benoy, dass von den kommunalen Dienststellen und vom Schöffenrat in diesem Dossier keine gute Arbeit geleistet worden sei, weise ich entschieden zurück. Unsere Dienststellen haben eine Top-Arbeit geleistet und ich sehe nicht, was man ihnen oder dem Schöffenrat vorwerfen könnte. Wie bei allen größeren Projekten wurde auch hier im Rahmen des Architektenwettbewerbs ein Architekturbüro mit einem Projekt zurückbehalten. Das Projekt wurde den Anwohnern der betroffenen Stadtteile vorgestellt. Die verschiedenen Varianten wurden diskutiert. Letztendlich wurde die vorliegende Variante zurückbehalten. Unsere Dienststellen und die Architekten haben kompetente Expertenbüros hinzugezogen. Aufgrund der Studien dieser Büros wurden die Pläne ausgearbeitet und der Kostenvoranschlag berechnet.

Die Mehrkosten belaufen sich auf 16 Millionen Euro. Davon sind allein 12,5 Millionen Euro auf gesetzlich bedingte Erhöhungen zurückzuführen. Diese Mehrkosten fallen derzeit bei fast allen Projekten an und wir können nichts daran ändern. Weitere Zusatzkosten sind auf einen Preisanstieg bei Baustoffen zurückzuführen. Die Stahlpreise treiben die Preise auf dem Bau in die Höhe. Stahlpreise unterliegen einer relativ großen Preisvariation auf dem Markt. Honorare und Unvorhergesehenes machen unter den Zusatzkosten lediglich eine Million Euro aus.

Im Schöffenrat haben wir lange darüber diskutiert, wie wir nun vorgehen sollen. Wir haben uns gegen eine Neuausschreibung entschieden, weil dadurch noch mehr Zeit verloren gegangen wäre. Auch hätte niemand uns versichern können, dass das Projekt dadurch weniger teuer geworden wäre, und wir hätten gar riskiert, dass die Kosten noch höher als 40 Millionen Euro ausgefallen wären. Im Schöffenrat waren wir der Ansicht, dass das Projekt weiter vorangetrieben werden muss. Wie Sie wissen, wurde vor Gericht gegen das Projekt geklagt. Wir hoffen, dass die Kläger vor Gericht nicht durchkommen.

Den einzelnen Beiträgen – mit Ausnahme der Intervention von Rat Weidig – konnte ich entnehmen, dass es im Gemeinderat eine befürwortende Haltung gibt, was das Prinzip betrifft, und lediglich die gestiegenen Kosten – und von einigen wenigen auch die Vorgehensweise – kritisiert werden. Im Großen und Ganzen sind alle damit einverstanden zu sagen, dass der Bau der Fußgänger- und Fahrradbrücke Sinn macht.

Nicht später als heute Morgen habe ich als Vertreter der Stadt Luxemburg in einer Arbeitsgruppe im Innenministerium erneut auf die Notwendigkeit einer Überarbeitung des Gesetzes über das öffentliche Auftragswesen hingewiesen. An der Tatsache, dass nur eine einzige Aufzugbau-firma – die im Übrigen auch nur Subunternehmer war – ein Angebot einreichen konnte, können wir nichts ändern. Der aktuelle Gesetzestext erlaubt es der Gemeinde nicht, anders vorzugehen.

Auch wenn uns allen heute Nachmittag mit dem berechtigten Kostenvoranschlag etwas unwohl ist, stellt ein positives Votum die einzig richtige Lösung dar, weshalb ich allen danken möchte, die den berechtigten Kostenvoranschlag mittragen werden.

**Schöffe Patrick GOLDSCHMIDT:** Ich danke Schöffe Laurent Mosar für die Erklärungen bezüglich des finanziellen Bereichs. Ich danke auch allen Rednern für ihre Bemerkungen, wobei ich mich mehr freuen würde, wenn der berichtigte Kostenvoranschlag von allen Fraktionen mitgetragen würde.

Rat Biver möchte ich dafür danken, das Beispiel der Stadt Genf angeführt zu haben. Dort wird für mehr als 50 Millionen Schweizer Franken eine Fußgängerbrücke gebaut, damit auf der Mont-Blanc-Brücke ein Bürgersteig entfernt und ein Radweg verbreitert werden kann. Wissend, dass die Personalkosten in der Schweiz ebenfalls hoch sind, ist es normal, dass Brückenbauprojekte teurer als anderswo werden.

Im Dezember 2021 hat der Gemeinderat einem von den Expertenbüros errechneten Kostenvoranschlag in Höhe von 24,1 Millionen Euro zugestimmt. Eine öffentliche Ausschreibung hatte zu dem Zeitpunkt noch nicht stattgefunden. Im Jahr 2023 wurde dem Gemeinderat eine aktualisierte Version vorgelegt, wobei die geschätzten Kosten sich auf 31,1 Millionen Euro beliefen. Den einzigen Vorwurf, den man uns vielleicht machen könnte, ist der, dass wir uns im Jahr 2017 für den Bau einer Fußgänger- und Fahrradbrücke entschieden haben. In meinen Augen war es jedoch eine gute und richtige Entscheidung, sind wir doch davon überzeugt, dass die Brücke gebraucht wird.

Im Jahr 2006 hatte die Stadt Luxemburg das deutsche Expertenbüro „Planungsgemeinschaft Verkehr“ mit der Ausarbeitung eines Radverkehrskonzeptes beauftragt. Da die Stadt Luxemburg sehr hügelig ist, hat das Büro festgehalten, dass es auf dem Gebiet der Hauptstadt eine Reihe von Standorten gibt, an denen der Bau einer Fußgänger- und Fahrradbrücke Sinn machen würde. Dabei wurde u.a. vorgeschlagen, die Stadtteile Cents, Neudorf und Weimershof durch eine Brücke miteinander zu verbinden.

Alsdann wurden 10 verschiedene Standorte im Stadtteil Neudorf analysiert. Dann kam die Finanzkrise und es folgten lange Diskussionen über die Breite der Brücke. Auch wenn der Kostenpunkt nun höher liegt als erwartet, so kann doch festgehalten werden, dass der Projektentwurf nun perfekt ist und wir es mit einem Kunstwerk zu tun haben.

Im Weimershof gibt es viele Steigungen. Es sei daran erinnert, dass, als wir die Diskussion vor zehn Jahren geführt haben, noch nicht so viele Radfahrer mit einem E-Bike unterwegs waren. Die Fußgänger- und Fahrradbrücke macht Sinn. Auf dem Kirchberg-Plateau arbeiten viele Menschen. Firmen, die Coque, die Nationalbibliothek, die Philharmonie, um nur diese zu nennen, sind hier angesiedelt. Die Einwohnerzahl des Stadtteils Kirchberg wächst, die Tram fährt hier, der Radweg ist an die Trambahn angebunden. Die Stadt Luxemburg beteiligt sich an Projekten, um die Wege, die zur Fußgänger- und Fahrradbrücke führen, zu verbessern. Im Hamm befindet sich ein weiteres Plateau, wo viele Dienstleistungsbetriebe mit vielen Angestellten angesiedelt sind bzw. noch angesiedelt werden. Hier verläuft ein nationaler Radweg aus Richtung Sandweiler / Contern kommend, der bis nach Pulvermühle verlängert wird. Mit einer Brücke für Fußgänger und Radfahrer zwischen dem Bahnhof Cents und dem Industriegebiet Hamm, wie sie die Stadt Luxemburg angedacht hat, könnte die Nutzung alternativer Verkehrsmittel weiter gefördert werden.

Wir sind überzeugt, dass an dem Tag, an dem die Fußgänger- und Fahrradbrücke Cents – Neudorf – Weimershof eingeweiht wird, auch jene Mitglieder des Gemeinderates anwesend sein werden, die heute angekündigt haben, den berichtigen Kostenvoranschlag nicht mittragen zu wollen. Daher mein Appell an diese Kollegen, dieser wichtigen und einmaligen Investition im Sinne der Förderung des sanften Verkehrs zuzustimmen.

Die jährlichen Kosten für den Aufzug werden auf 90.000 Euro geschätzt. Die Wartung wird 11 Mal pro Jahr erfolgen. Wir werden darum bemüht sein, dass die Wartungsarbeiten nachts durchgeführt werden, um die Unannehmlichkeiten für die Bürger auf ein Minimum zu reduzieren. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir mit der Brücke und dem Aufzug einen Mehrwert für die genannten Viertel schaffen werden. Wir werden auch das Bestmögliche tun, um die Unannehmlichkeiten oder Belästigungen für die Einwohner in Neudorf, die

in der Nähe wohnen, auf ein Minimum zu reduzieren bzw. zu erreichen, dass es überhaupt keine Beeinträchtigungen gibt.

**Rat François BENOY (déi gréng):** In den Unterlagen werden Mehrkosten in Höhe von 2,5 Millionen Euro für Nachträge am Projekt angeführt. Hätten diese nicht bereits im initialen Kostenvoranschlag eingeplant werden können? Wir meinen, dass der Betrag in Höhe von 1.000.000 € für Honorare ebenfalls bereits hätte mit einberechnet werden können.

Es wurden Entscheidungen aufgeschoben. Bereits vor 20 Jahren war sich der Gemeinderat darüber einig, dass der Bau einer Fußgänger- und Fahrradbrücke ein wichtiges Projekt sei. Würden wir hingehen und die vielen Arbeitsstunden des Personals zusätzlich rechnen, läge der Preis noch höher. Wären die Entscheidungen nicht aufgeschoben worden, wäre das Projekt weitaus billiger geworden.

**Schöffe Laurent MOSAR:** Rat Benoy tut so, als ob die zusätzlichen Kosten durch falsche Berechnungen seitens unserer Dienststellen bedingt wären. Fakt ist, dass die Expertenbüros nun festgestellt haben, dass die initial vorgesehenen Stahlquantitäten nicht ausreichen. In der Kommission wurde über die Möglichkeit, die Studienbüros in Haftung zu nehmen, diskutiert. Es sei erneut darauf hingewiesen, dass diese Berechnungen nicht von unseren Dienststellen durchgeführt werden, sondern von Expertenbüros. Wenn sich Expertenbüros irren, so finden auch wir das nicht erfreulich, damit haben unsere Dienststellen jedoch nichts zu tun.

*Der berichtigte Kostenvoranschlag wird mit der Gegenstimme von Rat Weidig (ADR) und bei Enthaltung der Fraktionen LSAP und déi Lénk gutgeheißen.*

#### 4) Projekt betr. Infrastrukturarbeiten in der Rue Cents

Der Gemeinderat hat über den Kostenvoranschlag in Höhe von 6.543.000 € für die Ausführung der Arbeiten zur Neugestaltung der Rue Cents (letztes Los) abzustimmen. Die Arbeiten werden im Viertel Cents zwischen dem Boulevard Charles Simonis und dem Boulevard Nelson Mandela durchgeführt. Folgende Straßen sind direkt vom Projekt betroffenen: Rue Cents, Boulevard Charles Simonis, Allée du Carmel, Rue Camille Polfer, Op der Heed, Rue Pierre Kohner und Boulevard Nelson Mandela. Das Projekt ist Teil des mehrjährigen Programms des „Service Coordination des chantiers“. Ein Kredit von 100.000 € wird im außerordentlichen Haushalt der Dienststelle Serco für das Haushaltsjahr 2024 bereitgestellt. Der Restbetrag von 6.443.000 € ist auf die jeweiligen Artikel des außerordentlichen Haushalts der betreffenden Dienststellen in den folgenden Haushaltsjahren anzurechnen.

#### 5) Infrastrukturarbeiten in der Rue de Beggen

Der Gemeinderat hat über den Kostenvoranschlag in Höhe von 14.836.000 € für die Durchführung von Infrastrukturarbeiten in der Rue de Beggen N7 auf dem Abschnitt zwischen der Rue du Travail und der Rue du Pont, angrenzend an das Gebiet der Gemeinde Walferdingen, zu befinden.

Die „Division de la Voirie de Luxembourg“ der „Administration des ponts et chaussées“ wird sich nicht an dem Projekt beteiligen, um den Oberbau zu erneuern bzw. umzugestalten. Da die Rue de Beggen jedoch Teil des vom Staat verwalteten nationalen Straßennetzes ist, wird die Straßenbauverwaltung die Lieferung der zu ersetzenden Oberbauelemente (Bordsteine, Pflastersteine und Abfluss) aufgrund der Erneuerung der Straßeninfrastruktur sicherstellen.

Das vorliegende Projekt wurde von Creos S.A. (Gas) initiiert und entspricht dem vorrangigen Handlungsbedarf dieses

Betreibers sowie des Kanalamtes und des Wasserwerks. Die Dienststelle Serco wird die Koordination des Projekts und der Bauarbeiten übernehmen.

Ein Kredit von 100.000 € wird in Artikel 4/130/221313/20004 des außerordentlichen Haushalts der Serco-Dienststelle für das Haushaltsjahr 2024 eingeschrieben. Der Restbetrag von 14.736.000 € ist auf die jeweiligen Artikel des außerordentlichen Haushalts der betreffenden Dienststellen in den folgenden Haushaltsjahren anzurechnen

**Rat Robert PHILIPPART (DP):** Bei beiden Projekten sind Arbeiten zur „régularisation des armoires d'éclairage public et TIC“ vorgesehen. Die ganze Stadt ist mit diesen technischen Infrastrukturen und Kabelverteilerschränken übersät. Es ist technisch erwiesen, dass man diese Infrastrukturen nicht immer unterirdisch installieren kann. Auch die Installation in Kellern von Privatgebäuden, wie manch einer es vorgeschlagen hat, ist nicht möglich. Beispiele in der Avenue de la Liberté, aber auch in der Altstadt, zeigen, wie man diese notwendigen Infrastrukturen zusammenlegen und diskret behandeln kann, sie als Kunstwerk maskieren kann. Eine Arbeitsgruppe des Kulturministeriums hat im Jahr 2019 Empfehlungen herausgegeben, wie man solche technischen Infrastrukturen im Umfeld von geschützten Bauten diskret installieren kann. Daran können wir uns auch für unsere Wohngebiete inspirieren, denn die Qualität des öffentlichen Raumes hat einen großen Einfluss auf unser Lebensgefühl. Form, Funktion und Integration in den Raum gehören zusammen, und ich würde mich freuen, wenn die Stadt dies bei Infrastrukturarbeiten berücksichtigen könnte.

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Rat Philippart hat die guten Initiativen, die bereits ergriffen wurden, unterstrichen. Wir wollen diese guten Erfahrungen fortsetzen. Im Park, im Bereich der Avenue de la Porte Neuve, wurde ein großer Verteilerschrank ebenfalls als Kunstwerk maskiert. Creos ist nicht abgeneigt, in diese Richtung zu gehen.

**Rat Nicolas BACK (déi gréng):** Die Arbeiten in der Rue de Beggen sind auf zwei Jahre angesetzt. In der Kommission wurde uns mitgeteilt, dass keine oberirdischen Arbeiten vorgesehen seien, weil die staatliche Straßen- und Brückenbauverwaltung keinen entsprechenden Antrag gestellt habe. Diese Antwort hat mich dann doch erstaunt, bin ich doch der Ansicht, dass die Stadt Luxemburg ihre Forderungen im Interesse der Bürger durchsetzen sollte. Es scheint, dass im Vorfeld keine Überlegungen zur Verbesserung der Mobilität angestellt wurden. Selbst wenn es sich um eine Staatsstraße handelt, hätte die Stadt sich an die staatliche Behörde wenden können, um Ideen in diesem Sinne vorzubringen. Aus diesem Grund werden *deï gréng* sich beim Votum enthalten.

**Rat Bob BIVER (CSV):** In der technischen Kommission haben wir uns mit dem vorliegenden Projekt befasst. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Kommission das Projekt einstimmig positiv begutachtet hat.

**Rat Claude RADOUX (DP):** In der Kommission haben wir ausführliche Erklärungen von den Vertretern der Dienststellen erhalten. Es werden Arbeiten an der Oberfläche durchgeführt, u.a. wird die Trennung von Parkstreifen und Fahrbahn anders gestaltet. Die Kante wird entfernt und die Trennung durch Pflastersteine markiert. In der Kommission wurde gefragt, ob Bäume angepflanzt werden. Die Antwort lautete, dass es sich um ein Projekt der staatlichen Straßen- und Brückenbauverwaltung handele, das auch auf Antrag von Creos durchgeführt werde. Zudem sei die Pflanzung von Bäumen dort nicht möglich, da es an Platz mangle und unterirdische Leitungen dort verlaufen. Es gilt auch zu beachten, dass die Rue de Beggen einen für den Verkehr aus dem Norden des Landes und auch für den städtischen Verkehr wichtige Straße ist und nicht beliebig viel Platz zur Verfügung steht, um zusätzliche Elemente, die es dort noch nicht gibt, vorzusehen. Die Erklärungen der Dienststellen haben die Mitglieder der Kommission

zufriedengestellt, was denn auch seinen Ausdruck in einem positiven Votum gefunden hat.

**Schöffin Simone BEISSEL:** Für große Straßen, wo der *Lead* bei der staatlichen Straßen- und Brückenbauverwaltung liegt, gibt es Regeln, wer wozu berechtigt ist. Die Stadt Luxemburg arbeitet eng mit der staatlichen Straßen- und Brückenbauverwaltung, Creos und der Post zusammen.

Die Rue de Beggen ist eine vielbefahrene Straße. Sie ist eine der Hauptverkehrsachsen, die in die Stadt hineinführen. In der Rue de Beggen stehen viele Häuser, die keine Garage haben. Die Anwohner stellen ihren Wagen demnach auf dem Parkstreifen ab. Die Leitungen werden auf beiden Seiten ersetzt. Hinzu kommt, dass der große Kanalkollektor ebenfalls hier verläuft. Es ist demnach wegen technischer Zwänge, dass Verschiedenes nicht möglich ist. In der Kommission wurde die Frage nach Bäumen und nach einem Radweg aufgeworfen. Es ist erwiesen, dass Wurzeln von Bäumen unterirdische Infrastrukturen beschädigen und die meisten Bäume auch keine Chance haben, dort zu gedeihen. Ich werde nicht müde zu sagen, dass wir alles unternehmen, um unsere Stadt so viel wie möglich zu begrünen, doch muss es technisch machbar sein.

Zum einen ist die Rue de Beggen eine vielbefahrene Straße, auf der es nicht angenehm ist, als Radfahrer unterwegs zu sein. Zum anderen ist das Anlegen eines nationalen Radweges vorgesehen, ein Projekt, an dem sich die Stadt Luxemburg beteiligt. Dieser Radweg wird hinten entlangführen, wo die Radfahrer bequem und unter besseren Bedingungen werden fahren können.

*Beide Projekte werden bei Enthaltung der Vertreter von LSAP und déi gréng gutgeheißen.*

## V. URBANISMUS

### 1) Einstufung des Gebäudes Nr. 17, Place d'Armes als nationales Kulturerbe

Mit Schreiben vom 5. August 2024 hat der Kulturminister der Stadt mitgeteilt, dass er beabsichtige, das Gebäude gelegen 17, Place d'Armes als nationales Kulturerbe einzustufen. Im grafischen Teil des Flächennutzungsplans ist das Gebäude mit einem Sternchen gekennzeichnet, was den höchsten Grad des kommunalen Schutzes darstellt. Das Gebäude befindet sich außerdem in der Pufferzone der Stätten, die in die Liste des Unesco-Weltkulturerbes aufgenommen wurden.

Der Ursprung des Gebäudes kann bis in die zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts zurückverfolgt werden, als die Festung verstärkt wurde und die Bewohner der Montée du Grund und der Montée du Pfaffenthal umgesiedelt wurden. Der Boitard-Plan von 1802 zeigt, dass die Gebäude Nr. 17, Place d'Armes und Nr. 1, Avenue Monterey ursprünglich ein einziges Gebäude waren. Der Eingang und die Treppe, die sich die beiden Gebäude heute teilen, zeugen davon. Die beiden Gebäude sind eng miteinander verbunden, auch in Bezug auf den Zugang und die Aufteilung der Kellerräume. Im Laufe der Jahrhunderte wurde das Gebäude mehrmals umgebaut. Das eklektische Aussehen der Fassade stammt aus dem Ende des 19. Jahrhunderts. Es zeugt von den verschiedenen Epochen der Stadtentwicklung. Die verschiedenen Bauperioden sind gut erkennbar und das Gebäude ist in seiner Gesamtheit gut erhalten. Die Urbanismus-Dienststelle der Stadt Luxemburg und das *Institut national pour le patrimoine architectural* (INPA) stehen mit dem Eigentümer und seinem Architekten in Kontakt.

Da das Gebäude eng mit dem Gebäude 1, Avenue Monterey verbunden ist und die beiden Gebäude ähnliche architektonische Merkmale sowie einen gleich hohen Wert in Bezug auf das kulturelle Erbe haben, bedauert der Service Urbanisme, dass nur das Gebäude 17, Place d'Armes, unter Denkmalschutz gestellt werden soll, und nicht ebenfalls das Nachbargebäude.

*Der Gemeinderat erteilt einstimmig ein positives Gutachten.*

## 2) Neuordnung von Bauland

Folgende Anträge zur Neuordnung von Bauland werden *einstimmig* gutgeheißen:

- 18, Rue de Kirchberg und 29 und 31, Rue de Laroche: Aufteilung der Parzellen 354/4187, 356/3917, 356/4144, 356/4304 und 445/4305 zwecks Schaffung von 8 neuen Bauplätzen auf denen jeweils ein Neubau entstehen kann; 5 Lose werden in den öffentlichen Besitz integriert;
- 87, Fond St Martin: Zusammenführung der Parzellen 37/1515 und 37/5364 zwecks Schaffung eines Bauplatzes im Rahmen eines Projektes für den Umbau des Gebäudes gelegen 87, Fond St Martin;
- Avenue Joseph Sax, Rue Nicolas Liez und Avenue Pasteur : Zusammenlegung der Parzellen 610/4678, 611/4340, 74/4341, 74/4342 und 74/4343 zwecks Schaffung eines neuen Bauplatzes;
- 235, Rue de Cessange: Aufteilung der Parzellen 107/1433 und 106/1432 zwecks Schaffung von zwei Bauplätzen, auf denen jeweils ein Neubau entstehen kann; ein Los bleibt übrig;
- 123, Rue Cyprien Merjai: Aufteilung der Parzellen 321/2986 und 321/3128 zwecks Schaffung eines Bauplatzes;
- 26, Rue des Carrières: Teilung der Parzelle 352/5493 zwecks Schaffung von zwei Losen; ein Los wird mit der angrenzenden Parzelle 352/5538 zusammengeführt;
- 88, Rue des Maraîchers: Zusammenführung der Parzellen 451/4214 und 452/3579 zwecks Schaffung eines neuen Bauplatzes auf dem ein Neubau entstehen kann;
- 266, Avenue Gaston Diderich: Aufteilung der Parzellen 238/2472 und 250/6421 zwecks Schaffung eines Bauplatzes und eines Loses, das in den öffentlichen Besitz integriert wird.;
- 96, Avenue Gaston Diderich: Teilung der Parzelle 617/4227 zwecks Schaffung von zwei Bauplätzen auf denen jeweils ein Neubau entstehen kann.

### VI. FINANZIELLE BEIHILFEN AN NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN FÜR ENTWICKLUNGSHILFEPROJEKTE

**Rätin Sylvia CAMARDA (DP):** Es ist zu begrüßen, dass die Stadt Luxemburg schnell reagiert und die Entscheidung getroffen hat, die für die Vereinigung Caritas vorgesehenen Gelder (27.207,71 €) auf die übrigen Nichtregierungsorganisation zu

verteilen. Ich möchte mich dafür bei unseren Dienststellen bedanken.

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Wir werden diese Dankesworte an die Dienststellen weiterleiten.

**Rätin Christa BRÖMMEL (déi gréng):** Den Worten von Rätin Camarda schließe ich mich an. Ich möchte auch begrüßen, dass das Thema klar und deutlich formuliert war. Der Zugang zu Wasser ist ein wichtiges Thema und es freut mich, dass die Thematik auch im Zusammenhang mit den Aufgaben der Gemeinden steht. Ich weiß um die Arbeit für die Dienststelle, die eingegangenen Projekte durchzulesen. In der Kommission werden die verschiedenen Projekte einzeln durchgenommen. Ich hoffe, dass wir den einen oder anderen Aktivitätsbericht auch genauer lesen werden, um zu erfahren, wie die Gelder eingesetzt werden.

**Rätin Emilie COSTANTINI (CSV):** Wir begrüßen die Initiative der Stadt Luxemburg, weiterhin Projekte, die von luxemburgischen Nichtregierungsorganisationen getragen werden, zu unterstützen. Dieses Jahr handelt es sich um Projekte, die den Zugang zum Wasser unterstützen. Zur Unterstützung der Projekte ist ein Budget von 500.000 € vorgesehen, die unter 20 Nichtregierungsorganisationen verteilt werden. Die Projekte der NGOs wurden in der Kommission als konform zum vorgegebenen Thema anerkannt. Die Beträge, die den 20 NGOs zugutekommen werden, haben einstimmig ein positives Gutachten erhalten.

**Rätin Antonia AFONSO (LSAP):** Wir unterstützen diese Projekte, möchten jedoch wissen, welches die Kriterien für die Verteilung der Gelder auf die verschiedenen NGOs sind. Wie ist der Unterschied zwischen der Summe, die dem Roten Kreuz zukommen wird, und der Summe, die anderen Organisationen zukommen wird, zu erklären?

**Rat Tom WEIDIG (ADR):** Das Hilfsprojekt des Roten Kreuzes in der Ukraine zielt auf die Verbesserung des Zugangs zum Wasser im Norden von Donezk ab. Prinzipiell bin ich damit einverstanden, dass es wichtig ist, die Ukraine finanziell zu unterstützen, möchte aber darauf hinweisen, dass die Russen mehr und mehr in dieses Gebiet eindringen und es sich demnach quasi um ein Kriegsgebiet handelt. Auf ihrem Wege zerstören die Russen alle Infrastrukturen, weshalb es etwas komisch anmutet, dort ein Projekt umzusetzen, dies vor dem Hintergrund einer politisch sehr unklaren Situation und einer Situation, die von Tag zu Tag ändern kann. Im Falle eines Friedensvertrags zwischen der Ukraine und Russland wäre das Projekt sehr sinnvoll und dann würden wir uns sicher wünschen, dass noch mehr Gelder zur Unterstützung dorthin fließen würden.

**Schöffin Corinne CAHEN:** Die Stadt Luxemburg gibt sich ein Budget. Die Gelder werden auf die verschiedenen NGO-Projekte, die alle geprüft wurden, verteilt. Für jene Gelder, die der Caritas hätten zugutekommen sollen, wurde die Entscheidung getroffen, sie auf die übrigen NGOs aufzuteilen. Im Rahmen ihres Antrags bitten die NGOs um einen gewissen Geldbetrag für ein von ihnen ausgesuchtes Projekt. Diese Vorgehensweise war in einer Kommissionssitzung besprochen und einstimmig gutgeheißen worden.

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Das vom Roten Kreuz eingereichte Projekt wurde geprüft und in der Kommission vorgestellt. Es stimmt, dass die Umsetzung des Projektes in einer Konfliktzone vorgesehen ist, wodurch die Hilfe ja eigentlich noch dringlicher wird.

**Schöffin Corinne CAHEN:** Die ADR-Vertreterin in der Kommission hat das Projekt mitgetragen.

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Wir alle hoffen, dass der Krieg einmal ein Ende nehmen wird. In der Zwischenzeit

benötigen die Menschen im betroffenen Gebiet dringend Unterstützung und Zugang zu Wasser.

Folgenden Nichtregierungsorganisationen werden einstimmig finanzielle Beihilfen zur Umsetzung der eingereichten Projekte gewährt:

ONG	Subside
<b>Action Solidarité Tiers Monde</b> Promotion de pratiques agroécologiques dans la commune de Doufelgou, Togo	13.146,80 €
<b>Aide Internationale de la Croix Rouge Luxembourgeoise</b> Permettre un accès sécurisé à l'eau dans la partie nord de la région de Donetsk, Ukraine	145.835,90 €
<b>Care Luxembourg</b> Soutenir l'accès à l'eau potable dans l'Etat de Southern Shan, Myanmar	30.340,68 €
<b>Eng oppen Hand fir Malawi</b> Amélioration des conditions de vie de la population (volet eau) dans la région de B'wathalika, Malawi	9.722,39 €
<b>Entwécklong duerch gerechten Handel</b> Promouvoir la participation des jeunes et des femmes dans la gouvernance (soutien de 30 agricultrices) en l'Etat de Karnataka, Inde	4.569,53 €
<b>Fondation Chrëschte mam Sahel</b> Améliorer l'accès à l'eau potable à travers la réalisation de forages au Burkina Faso	9.004,18 €
<b>Fondation Follereau</b> Promotion de la santé par l'amélioration de l'accès à l'eau, l'assainissement et l'hygiène au Togo	25.706,79 €
<b>Fondation Partage</b> Autonomisation et amélioration de la sécurité alimentaire par l'accès à l'eau de la communauté de Turkana, Kenya	35.000,62 €
<b>Iles de Paix Luxembourg</b> Amélioration des conditions de vie et résilience à travers l'accès à l'eau et l'appui aux systèmes alimentaires durables à Arusha, Tanzanie	11.666,87 €
<b>Objectif Tiers Monde</b> Amélioration de l'accès à l'eau à usage agricole et à usage domestique dans la commune de Carrefour, Haïti	52.963,67 €
<b>PADEM</b> Soutien des enfants et adolescents et de leurs familles pour faire face au changement climatique à Poroma, Bolivie	37.770,26 €
<b>SOS Faim – Action pour le développement</b> L'eau : fondement de la riziculture nigérienne	7.777,92 €
<b>Aide à l'Enfance de l'Inde et du Népal</b> Approvisionnement en eau potable dans le village de Parseni, Népal	13.241,90 €

<b>Aide au Bénin</b> Appui à l'éducation, eau, hygiène et assainissement dans l'école primaire publique de Lokozoun, Bénin	7.291,80 €
<b>Action pour un Monde Uni</b> Création d'un système de collecte des eaux de pluie et installation de jardins agro-écologiques à Cochabamba, Bolivie	20.699,71 €
<b>Frères des Hommes</b> Renforcement des communautés rurales face aux crises climatiques, sociopolitiques, économiques et sanitaires à Matagalpa, Nicaragua	7.291,80 €
<b>Kindernothilfe</b> Zugang zu sauberem Wasser für benachteiligte Kinder und Jugendliche in M'mbelwa, Malawi	14.583,59 €
<b>ONGD FNEL</b> Accès renforcé à l'eau potable et à des sanitaires dans 41 écoles rurales communautaires de Hupsekot, Népal	7.558,60 €
<b>SOS Sahel International Luxembourg</b> Accès à l'eau pour les activités maraîchères en vue de l'amélioration des revenus des femmes du village de Belgué, Burkina Faso	15.789,65 €
<b>SOS Villages d'Enfants Monde Luxembourg</b> Accompagnement des communautés à l'accès à l'eau potable dans le village d'Anagbo, Bénin	30.037,34 €

## VII. AIMF

Das Projekt der AIMF zum Aufbau eines dezentralen Trinkwasserversorgungssystems in Luang Prabang (Laos) wird *einstimmig* mit 30.000 € unterstützt.

## VIII. ÄNDERUNG DER SATZUNG DER ALAC

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Die *Agence luxembourgeoise d'action culturelle* (ALAC) wurde im Jahr 1996, nachdem die Stadt Luxemburg zum ersten Mal europäische Kulturhauptstadt war, ins Leben gerufen. Die Zusammenarbeit zwischen dem Luxemburger Staat und der Stadt Luxemburg, die sich daraus ergeben hat, war sehr positiv. Diese gute Zusammenarbeit wollen wir fortsetzen.

Die ALAC wird finanziell zu 50 % vom Staat und zu 50 % von der Stadt Luxemburg unterstützt. Mit der vorangehenden Regierung haben wir der Einfachheit halber beschlossen, eine Trennung vorzunehmen, da es sich herausgeschält hatte, dass es auf der einen Seite die Aktivitäten des Staates gibt und auf der anderen Seite die Aktivitäten der Stadt Luxemburg (die im Cercle Cité stattfinden). Die diesbezüglichen Verhandlungen wurden in aller Freundschaft und Offenheit geführt.

Mit Schreiben vom 15. Januar 2024 hat das Kulturministerium die ALAC davon in Kenntnis gesetzt, dass am 27. November 2011 eine wirtschaftliche Interessenvereinigung mit dem Namen „Luxembourgticket GIE“ gegründet wurde. Diese übernimmt die Aufgaben, die von der ALAC im Auftrag des Staates ausgeführt wurden.

Das Kulturministerium hat uns mitgeteilt, dass der Staat als Mitglied der ALAC austritt und die Gemeindeverwaltung der Stadt Luxemburg somit das einzige Mitglied der ALAC bleibt. Angesichts des Austritts des Staates war die Stadt gezwungen, die Satzung der ALAC an die neuen praktischen Modalitäten anzupassen, um die Kontinuität und den reibungslosen Betrieb der Vereinigung zu gewährleisten. Gleichzeitig wurde die ALAC-Satzung an die neuen Bestimmungen des Gesetzes vom 7. August 2023 über Vereinigungen angepasst.

Die Aktivitäten der Stadt Luxemburg werden wie bisher von der ALAC ausgeführt. Mit einer vollen Inbetriebnahme eines künftigen kulturellen Zentrums „Schluechthaus“ ließe sich in Erwägung ziehen, die dortigen Aktivitäten ebenfalls der ALAC anzuvertrauen.

**Rätin Sylvia CAMARDA (DP):** Es freut uns, dass die ALAC sich weiterhin um die Programmierung der Aktivitäten im Cercle Cité kümmern wird. Hier wird eine hervorragende Arbeit geleistet. Die Aktivitäten im Ratskeller erfreuen sich einer großen Beliebtheit. Ich möchte dabei die Ausstellungen „Prix Pictet Human“ und „CeCiL's Box by Nika Schmitt“ erwähnen. Die Filme, die gezeigt werden, sind ebenfalls sehr interessant. Zurzeit läuft ein Filmprogramm zum Thema „Screenings on inclusion – Should we all be feminists?“. Über die Aktivitäten werden viele verschiedene aktuelle Themen angesprochen. Die ALAC organisiert Konzerte, Konferenzen und Auftritte. Im Cercle Cité werden auch viele Aktivitäten für Kinder angeboten. Der Cercle Cité ist ein besonderer Ort, das Herz der Stadt Luxemburg, das durch die vielen Aktivitäten lebt. Daneben finden auch private Veranstaltungen statt. Im Konferenzzentrum fanden an 180 Tagen pro Jahr Veranstaltungen statt. Die Programmierung all dieser Events ist mit viel Arbeit verbunden, weshalb es mich freut zu hören, dass die Stadt Luxemburg die Zusammenarbeit mit der ALAC fortsetzen wird. Das ALAC-Team ist sehr engagiert, weshalb ich fest davon überzeugt bin, dass es auch in Zukunft eine interessante Programmierung geben wird.

**Rätin Claudie REYLAND (déi gréng):** Ich kann mich den Worten von Rätin Camarda nur anschließen. Es stellt sich jedoch die Frage, ob eine Komplementarität von ALAC und der Dienststelle „Coordination culturelle“ der Stadt Luxemburg Sinn macht, oder ob es nicht doch sinnvoll wäre, die ganze Koordination irgendwann an einer Stelle zu zentralisieren. Es ist dies eine Überlegung, die man im Hinterkopf behalten sollte.

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Wir blicken offen in die Zukunft. Die Dienststelle „Coordination culturelle“ ist ebenfalls im Cercle Cité untergebracht. Die Zusammenarbeit zwischen ALAC und genannter Dienststelle ist hervorragend. Der Standort „Schluechthaus“ wird bereits bespielt, dies auf eine sehr interessante Art und Weise. Frau Vanessa Cum, „Coordinatrice culturelle“, kümmert sich derzeit zusammen mit einer Vereinigung um die Programmierung im „Schluechthaus“. Mit der vollen Inbetriebnahme des „Schluechthaus“ wird die Programmierung einen Ausbau erfahren. Der Schöfferrat verschließt sich keiner Idee. Solange es gut funktioniert und zusammen alles gut klappt, werden wir so fortfahren. Der große Vorteil, den die jetzige Handhabung bietet, ist die große Flexibilität. Im Rahmen der jährlichen Budgetdebatten werden wir stets die Gelegenheit haben, darüber zu sprechen.

*Der Gemeinderat stimmt einstimmig der Änderung der Satzung der ALAC zu.*

## IX. DEFINITIVE SCHULORGANISATION 2024/2025

**Schöffe Paul GALLES:** Wir haben hier eine gut gefüllte Mappe mit vielen Dokumenten vorliegen, auch wenn es sich um eine fast automatisierte Prozedur handelt. Die Informationen, die bei der Abstimmung über die provisorische Schulorganisation noch fehlen, liegen bei der Abstimmung über die definitive Schulorganisation vor. Zum einen geht es um Anpassungen auf der Ebene der Schulklassen. So wurden z.B. am Standort Gare 3.1 und Hollerich 2.1 Klassen zusammengelegt, was darauf zurückzuführen ist, dass es nicht genügend Schüler gibt, um separate Klassen zu bilden. Werden Klassen zusammengelegt, bedeutet dies, dass ein Klassentitular für andere Posten freigestellt wird. Anpassungen werden auch aufgrund von Demissionen und Pensionierungen vorgenommen. Andere Faktoren, die ins Spiel kommen, sind die Urlaube, die „décharges“ und die „plans de surveillance“. Es handelt sich also eigentlich um eine Formalität.

**Rätin Colette MART (DP):** „D'Schoul ass eng aal Tatta“ („Die Schule ist ein altes Tantchen“). Dieser provokatorische und gleichzeitig etwas defätistische Satz hat vor mehr als 20 Jahren ein Lehrer in einem von mir geführten Interview gesagt. Seither hat sich vieles in der Schulpolitik getan. Im Jahr 2009 ist ein neues Schulgesetz in Kraft getreten und in den vergangenen zehn Jahren wurde so manches bewegt und innoviert. Es wurde nach Antworten in der Erziehung gesucht, in einer Gesellschaft, die sich verändert, die heterogener geworden ist, in der Kinder und Jugendliche aus allen Ländern ihre Chance erhalten müssen, prinzipiell kein Kind hängen gelassen werden sollte, in der neben dem schulischen Wissen auch Zusammenleben, Empathie und Respekt gefördert werden sollen, Werte, die nicht mehr jedem Kind von zuhause aus mit auf den Weg gegeben werden.

Wir bewegen uns immer weiter weg von der sogenannten „schwarzen Pädagogik“, die meine Generation noch kannte, als Schüler noch mit dem Rohrstock auf die Finger geschlagen wurden, man in die Ecke musste oder vor die Tür geschickt wurde, als noch nicht versucht wurde, jedes Kind einzeln zu verstehen und dort bei der Hand zu nehmen, wo es gerade steht.

Die wichtigen Neuerungen in den letzten zehn Jahren in der Stadt Luxemburg sind sicherlich die Schaffung von internationalen Schulen, die Zusammenarbeit zwischen Schule und Schulfoyer, die Tatsache, dass viele Kinder den ganzen Tag in einer Struktur betreut werden. Hinzu kommt, dass die Gesellschaft fordernder und härter geworden ist, dass die Anforderungen der Arbeitswelt hochgeschraubt werden und neben den sprachlichen, fachlichen und wissenschaftlichen Kompetenzen auch die Informatik zu einem Must geworden ist, ohne die kein junger Mensch mehr seinen Platz auf dem Arbeitsmarkt finden würde. Mit der KI treten wir in eine neue Phase und es stellt sich die Frage: Was nützt sie unseren Kindern in unseren Schulen? Wie führen wir unsere Kinder langsam an diese neue Welt heran, ohne dabei aus den Augen zu verlieren, dass weiterhin auch die schulischen Anstrengungen, das Lernen, Mitmenschlichkeit, Solidarität, Freundschaft und Sensibilität das Leben mitbestimmen?

Unsere Schulen und auch die Schulen der Stadt Luxemburg können also seit Langem nicht mehr als „aal Tatta“ bezeichnet werden. Dies ist der Verdienst der nationalen Politik, aber auch der Stadt Luxemburg, die seit Jahrzehnten die Zeichen der Zeit immer erkannt und einen Rahmen geschaffen hat, in dem die Kinder sich gut entwickeln können und in dem auch den Eltern geholfen wird. Es freut mich, dass es auch für die Rentrée 2024/2025 eine Reihe von innovativen Ansätzen gibt.

In der Schulkommission wurde das neue Programm „Activités Nature“ vorgestellt. Das Projekt „Schoul dobaussen“ steht

nunmehr allen Schulen als Möglichkeit offen. Der Gemeinderat hat grünes Licht für das Projekt „Mombel-Klein-Haff“ gegeben. Hier haben bereits Aktivitäten für die Kinder stattgefunden. „Bëschklassen“ gibt es an verschiedenen Standorten und auch die „Bëschpillschoul“ ist weiterhin sehr beliebt. Im neuen Viertel „Kuebeberg“ sollen Schul- und Naturpädagogik sehr eng miteinander verbunden werden. In der Schule Gare wird das Projekt „UpFoundation“ fortgesetzt und soll alle sozialen Akteure im Viertel besser vernetzen. 2024/2025 werden wir auch im „Makerspace“ aktiv werden können und hier ist sicherlich auch der richtige Platz, um über die KI-Herausforderung und die Medienerziehung nachzudenken.

Die Förderung von Sport, die Zusammenarbeit mit der LASEP, die Sensibilisierung für die Musik werden ebenfalls fortgesetzt und es freut mich, dass ein Koordinator zur Gestaltung der Schulhöfe eingestellt wird. Die ist wichtig für unsere Schulkinder, aber auch für unsere Stadtteile, wissend dass die Schulhöfe auch öffentliche Spielplätze sind, wo Kinder sich treffen. In diesem Zusammenhang sei an ein Projekt erinnert, das ich in meiner Funktion als Schöffin noch in die Wege geleitet hatte, damit die Kinder der Schule Rue Gellé, wenn sie von der Grundschule in die Sekundarschule wechseln, noch bis zum Alter von 14 Jahren das Schulfoyer besuchen können, um dort betreut und vom Angebot der Hausaufgabenhilfe profitieren zu können. Die Vereinigung Inter-Actions hatte ihre Zusammenarbeit für dieses Projekt angeboten.

Dem neuen Schulschöffen Paul Galles wünsche ich viel Erfolg und viel Energie, gute Ideen, um weiterhin innovative Wege zu gehen. Ich möchte mich auch bei allen bedanken, die an der Erstellung der definitiven Schulorganisation mitgearbeitet haben und selbstverständlich werde ich die definitive Schulorganisation 2024/2025 mittragen.

**Rätin Christa BRÖMMEL (déi gréng):** Die definitive Schulorganisation zeichnet sich vor allem durch Zahlen in Bezug auf Posten usw. aus. Es freut uns festzustellen, dass alle Posten besetzt sind und der Betrieb läuft. Die Anstrengungen, die unternommen wurden, damit dem so ist, möchte ich ausdrücklich anerkennen und vor allem auch dem Schuldienst für seinen Einsatz danken.

Ich werde nicht alles wiederholen, was ich im Rahmen der Diskussion zur provisorischen Schulorganisation gesagt habe, was nicht bedeutet, dass meine Aussagen nicht weiterhin Bestand haben.

Auf Nachfrage der Schulkommission wurden Informationen über die Zahl der diplomierten Lehrpersonen im Vergleich zur Zahl der nicht brevetierten Lehrpersonen nachgereicht. Es ist positiv, dass im ersten Schulzyklus 80 % der Posten mit brevetiertem Personal besetzt sind und diese Quote in den Schulzyklen 2 bis 4 94 % erreicht.

Den nachgereichten Zahlen ist nicht zu entnehmen, wie sich die Situation in den besonders kritischen Klassen, sprich im Schulzyklus 2.1, wo die Kinder lesen und schreiben lernen, und im Schulzyklus 4.2, wo die Kinder auf den Wechsel in die Sekundarschule vorbereitet werden, darstellt. Steht diesen Klassen brevetiertes Personal vor? Im Rahmen einer Diskussion zur Permutationsregelung ist deutlich geworden, dass in verschiedenen Schulen, z.B. im Viertel Eich und im Bahnhofsviertel mehrere Posten noch nicht besetzt sind. Steht diesen Klassen nun brevetiertes Lehrpersonal vor? Für die beiden Schulen, wo im Sommer noch viele Posten offenstanden, hoffe ich, dass der Schuldienst sie stärker begleiten kann, um die neuen Lehrerinnen und Lehrer halten zu können, damit sie auch im Schuljahr 2025/2026 noch dabei sein werden. Wir alle sind uns bewusst, dass die Stabilität der Teams auch ein Qualitätskriterium darstellt.

Schöffe Galles hat auf Klassenzusammenlegungen hingewiesen, u.a. im Bahnhofsviertel. Was war der Grund für die

Klassenzusammenlegungen? War es, weil die Zahl der Kinder nicht ausreichte, um zwei Klassen zu schaffen, oder weil der Schultourismus zugenommen hat? Wann werden die Arbeiten zur Neugestaltung des Schulhofs in der Rue du Commerce abgeschlossen sein? Bei der Begrünung und Umgestaltung von Schulhöfen braucht es mehr Anstrengungen. Es bleibt zu hoffen, dass es mit der Einstellung einer Person, die mit dem Dossier zur Umgestaltung von Schulhöfen befasst wird, schneller mit dem Projekt weitergehen wird. Sind in den Sommerferien weitere Spielgeräte in Schulhöfen installiert worden? Ich für meinen Teil finde die meisten Schulhöfe weiterhin eher lieblos. Mehr Begrünung und eine mehr nach den Bedürfnissen der Kinder ausgerichtete Gestaltung der Schulhöfe würde der Qualität unserer Schule gut zu Gesicht stehen.

Auf meine Frage betreffend die Asbestsanierung in der Schule in Gasperich habe ich eine Antwort erhalten. Bedauerlicherweise ist die Schule, anders als vorgesehen, noch nicht in Betrieb. Welches sind die Gründe hierfür? Das Lehrpersonal der Schule interessiert auch, wie es perspektivisch mit der Nutzung der Gebäude weitergehen soll, dies vor dem Hintergrund, dass die Zahl der Klassen beeindruckend hoch ist. Die Schule Gasperich zählt allein 10 Kindergartenklassen. Im Rahmen der Diskussion zur Schulorganisation war von einem Vorprojekt für ein neues Gebäude die Rede. Ist bereits gewusst, wann dieses Vorprojekt mit dem Lehrpersonal der Schule Gasperich besprochen werden soll? In der Schulkommission war darauf hingewiesen worden, dass es Sinn mache das Lehrpersonal und auch die Kinder bei den Planungen von neuen Gebäuden von Anfang an einzubinden.

Die Alphabetisierung in französischer Sprache wird uns vor Herausforderungen stellen. Wir alle erwarten uns von einer Alphabetisierung in französischer Sprache eine größere Chancengleichheit und vielleicht auch, dass der Schultourismus zurückgeht. Schöffe Galles sagte, dass er dies auf dem Schirm habe. Wäre es möglich, Ende des Schuljahres 2024/2025 mit näheren Informationen darüber zu dienen, wie die Stadt dabei vorzugehen gedenkt? Sollen im Vorfeld Umfragen in Bezug auf die Bedürfnisse durchgeführt werden? Soll geprüft werden, was diese Neuerung für die Infrastrukturen und auch in Bezug auf den Personalschlüssel bedeutet? Wie soll die Kommunikation mit den Eltern funktionieren?

Es ist wichtig, dass die Schulentwicklungspläne (PDS) als Instrument genutzt werden, dass eine Bewertung vorgenommen wird, dass sie den Eltern vorgestellt werden und auf der Internetseite der Schulen zugänglich sind.

Die Motion von Rat Benoy im Zusammenhang mit der Schulsicherheit hätte sehr wohl ihren Platz in der Diskussion, die wir heute führen, gehabt. Dies wurde leider so nicht zurückbehalten. Vor dem Hintergrund, dass die verschiedenen Aspekte in der Kommission besprochen werden, würde ich mir wünschen, dass wir konkret erfahren, was vorgesehen ist, was unternommen wird und bis wann beispielsweise der Kinderstadtplan oder die „Coupes scolaires“ in den einzelnen Stadtteilen eingesetzt werden.

An meinen Aussagen vom Sommer werde ich festhalten, mit dem Appell, die Qualität verstärkt in den Mittelpunkt zu stellen.

Schöffe Galles hatte in Aussicht gestellt, dass die Schulkommission sich mit den Daten des Unterrichtsministeriums betr. die „épreuves standardisées“ befassen könnte, um zu erörtern, wie wir den Einsatz des Personals für das Schuljahr 2025/2026 faktenbasiert stützen können. Die Infrastrukturen (Schulgebäude, Schulhöfe) müssen mit den uns zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln konkret in Angriff genommen werden. Es müssen auch die nötigen Anstrengungen unternommen werden, um das Lehrpersonal zu unterstützen, damit wir das Schulpersonal länger im Sinne einer stabileren Schulgemeinschaft halten können.

Vielen Dank an alle, die an der Ausarbeitung der Schulorganisation mitgearbeitet haben! Den Schülerinnen und Schülern und dem Lehrpersonal wünsche ich viel Erfolg im Schuljahr 2024/2025.

**Schöffe Paul GALLES:** Ich danke Rätin Mart und Rätin Brömmel für ihre Interventionen zur definitiven Schulorganisation 2024/2025. Es wurden eine Reihe von Fragen – auch tiefgreifendere – aufgeworfen. Hinter einer Schulorganisation verstecken sich demnach auch viele prinzipielle Fragen, die weit über Fragen die Klassenzahlen betreffend hinausgehen. Zur Schule gehören auch die Gebäude, Schulhöfe, der Schulweg, usw. Es ist ein sehr spannendes und komplexes Themenfeld.

Rätin Mart möchte ich für die ermutigenden Worte danken. Angesichts der bestehenden und bevorstehenden Herausforderungen erweist es sich als gut, dass unsere Schule kein „altes Tantchen“ ist, sondern ein « *jonke Spréngerléck* » (eine junge Person voller Dynamik). Ich kann Ihnen versichern, dass alle, die auf den verschiedenen Ebenen engagiert sind, mit Herz und Seele dabei sind. Dem Dank an die Adresse des Lehrpersonals schließen wir uns selbstverständlich an. Das Lehrpersonal und die vielen anderen Akteure, die Eltern, die Schulkomitees, die Regionaldirektion, unser Schuldienst und die verschiedenen Abteilungen, sie alle leisten eine hervorragende Arbeit. Wir arbeiten aktiv daran, dass es unseren Schulen und den Kindern, die unsere Schulen besuchen, so gut wie nur möglich geht.

Die innovative Idee eines „Foyer de transition“ für Kinder bis 14 Jahre wurde angesprochen. Ziel ist es, Kinder in Phasen, die für sie schwieriger sind, begleiten und spezifischer auf ihre Bedürfnisse eingehen zu können.

Rätin Brömmel hatte sich nach der Besetzung der Posten im Zusammenhang mit den Klassen C 2.1 und C 4.2 in Eich und im Bahnhofsviertel erkundigt. Ich werde Rätin Brömmel diese Informationen nachreichen. Auch diese Klassen unterliegen der Permutationsregelung. Es kommt immer wieder vor, dass Lehrpersonen, die noch nicht so lange in der Stadt Luxemburg Schule halten oder den Lehrerberuf noch nicht so lange ausüben, z.B. einer C 4.2 Klasse vorstehen, was mit besonderen Herausforderungen verbunden ist. Aufgrund unserer eigenen Erfahrungen und der Informationen, die wir von der Regionaldirektion erhalten, gehen wir immer davon aus, dass sie gute Arbeit leisten.

Rätin Brömmel hat erneut die Frage nach der Möglichkeit aufgeworfen, anhand der Ergebnisse der „épreuves standardisées“ Vergleiche zwischen den Schulen anzustellen. Ich setze mich derzeit beim Ministerium dafür ein. Der Ball liegt beim Ministerium. Es handelt sich um einen längeren Prozess, da die Ergebnisse meiner Kenntnis nach nicht dafür bestimmt sind, öffentlich diskutiert zu werden, sondern lediglich den betreffenden Lehrern und den Eltern für ihre jeweiligen Kinder mitgeteilt werden.

Neue Lehrerinnen und Lehrer werden von der Regionaldirektion empfangen und erhalten Informationen über die Angebote der Regionaldirektion und des Schuldienstes der Stadt Luxemburg. Als Schulschöffe nehme ich an dieser Veranstaltung teil und biete den Lehrerinnen und Lehrern an, sich bei uns zu melden, falls es weitere Fragen geben sollte. Es ist demnach ein proaktives Vorgehen. Anfang November werde ich mit dem „Comité de cogestion“, das die Anliegen des Lehrpersonals sammelt, zusammenkommen, um gemeinsam zu erörtern, welches die großen Schritte sein werden, um die Aufgaben des Lehrpersonals in der Schule weiter zu erleichtern. In diesem Zusammenhang war auch das Problem der Kopiermaschinen aufgeworfen worden. Anlässlich dieser Sitzung werden wir eine Lösung anbieten können.

Mit den Arbeiten zur Neugestaltung des Schulhofs in der Rue du Commerce soll in den Ferien begonnen werden. Meinen Informationen zufolge sollen die Arbeiten bis zur *Rentrée* 2025/2026 abgeschlossen sein. Die Arbeiten werden während der Schulferien durchgeführt, um den Schulbetrieb nicht zu stören. Die Stadt Luxemburg beabsichtigt, die Stelle eines Schulhof-Koordinators zu schaffen, um Projekte in diesem Bereich, der eine ganze Reihe von kommunalen Dienststellen betrifft, rascher umsetzen zu können.

Rätin Brömmel hat sich nach den Gründen für die Verzögerung der Arbeiten bezüglich der Schule Gasperich erkundigt. Ich werde dies nachfragen und ihr die Antwort mitteilen. Die betroffenen Akteure werden so weit wie möglich eingebunden.

Meinen Informationen zufolge war die Zahl der Anmeldungen in der Schule Gare rückläufig. Informationen, dass es mehr Fälle von Schultourismus gibt, liegen mir nicht vor und es scheint daher auch nicht der Grund dafür zu sein, dass Klassen zusammengelegt wurden. Wir stehen in einem intensiven Dialog mit den verschiedenen Akteuren, die auch nicht zögern, an uns heranzutreten, um uns mitteilen, welches die Bedürfnisse vor Ort sind.

Kürzlich hat eine erste Gesprächsrunde stattgefunden, um die Herausforderung der Alphabetisierung in französischer Sprache anzugehen. Ich werde mir demnächst ein Pilotprojekt in der Gemeinde Düdelingen ansehen. Die Alphabetisierung in französischer Sprache wirft unter anderem die Frage auf, ab welcher Größe der Schule eine Verdoppelung der Klassen wahrscheinlich wird. Bei großen Schulen wird dies wenig wahrscheinlich, bei kleineren Schulen wird die Herausforderung größer sein. Es wird sich auch die Frage nach der Verfügbarkeit von Klassensälen stellen und die Frage, wie formale und non-formale Bildung sich Räumlichkeiten teilen können. Es scheint, dass in Düdelingen diesbezüglich eine gute Lösung gefunden wurde, weshalb wir Interesse daran gezeigt haben, das Pilotprojekt in Düdelingen besser kennenzulernen. Die Planungen in Zusammenarbeit mit der Regionaldirektion sind demnach angelaufen.

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Ich danke Schöffe Paul Galles für die ausführlichen Darlegungen.

*Die definitive Schulorganisation 2024/2025 wird einstimmig gutgeheißen.*

## X. POLITISCHER URLAUB

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** An der Regelung des politischen Urlaubs für Kommunalpolitiker wurden Änderungen vorgenommen. Die neuen Maßnahmen tragen der Diversifizierung der Funktionen der Kommunalpolitiker Rechnung und sollen deren unverzichtbares Engagement für die Gemeinden erleichtern. Das Stundenkontingent pro Gemeinderatssitzung belief sich bisher auf 9 Stunden. Mit der neuen Regelung wird die Zahl der Stunden auf 15 Stunden erhöht. Wir haben Gespräche im Schöffenrat und ich habe Gespräche mit allen politischen Fraktionen geführt. Die verschiedenen Fraktionen haben in ihren jeweiligen Gremien diskutiert. Hier nun die Vorschläge, die mir von den Fraktionen unterbreitet wurden:

- CSV: 5 Stunden, wovon 3 Stunden an Herrn Bauer und 2 Stunden an Herrn Biver gehen würden;
- DP: 5 Stunden, wovon 3 Stunden an Herrn Goldschmidt und 2 Stunden an Herrn Radoux gehen würden;

- *déi gréng*: 3 Stunden, wovon 2 Stunden an Herrn Benoy und 1 Stunde an Frau Gaasch gehen würde;
- LSAP: 2 Stunden, wovon 1 Stunde an Frau Miltgen und 1 Stunde an Herrn Boisante gehen würde.

Diese Verteilung wurde im Einverständnis mit Herrn Wagner (*déi Lénk*) und Herrn Weidig (ADR) zurückbehalten.

*Der Gemeinderat erklärt sich einstimmig einverstanden.*

## XI. MOTION ZUR VERBESSERUNG DER LEBENSQUALITÄT IM BAHNHOFSVIERTEL

*Diese Motion wurde von déi gréng eingereicht.*

**Rätin Christa BRÖMMEL (*déi gréng*):** In dieser Motion beschäftigen wir uns mit einer Problematik, die nach wie vor sehr aktuell ist. Eingereicht wurde die Motion vor etwas mehr als einem Jahr, als wir die Kommunalwahlen gerade hinter uns hatten. Die DP-CSV-Majorität wurde bei den Wahlen bestätigt, konnte die Bürgerinnen und Bürger des Bahnhofsviertels jedoch allem Anschein nach nicht genug beruhigen, denn es fand ein großer Protestmarsch statt. In der Motion werden auch Forderungen angeführt, die bereits vorgebracht worden waren (Neugestaltung der Rue de Strasbourg, Dezentralisierung der sozialen Dienstleistungen, mehr Polizeipräsenz, Belegung des Handels, usw.). Es sind dies Punkte, die bereits in der vorangehenden DP-CSV-Mandatsperiode deutlicher hätten in Angriff genommen werden können.

In der Motion wird festgestellt, dass die Situation im Bahnhofsviertel nach wie vor problematisch ist und dies für viele Einwohner zu einer schlechten Lebensqualität führt. Die Ursachen für diese Situation sind komplex, weshalb es auch vielfältiger Lösungen bedarf, die zusammen mit vielen Akteuren, aber auch auf Ebene der Stadt Luxemburg gesucht werden müssen. Lösungen dürfen nicht auf Kosten der Schwächsten gehen. Auch sie verdienen es, dass dies im Respekt vor der Würde des Menschen erfolgt.

In der Motion wird ebenfalls auf die bereits ergriffenen Initiativen und die erfolgten Entwicklungen hingewiesen. Bei der Präsentation der Motion im September 2023 habe ich deutlich zum Ausdruck gebracht, dass es unser Anliegen ist, dass die Motion von allen Fraktionen mitgetragen werden kann, um ein Zeichen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger des Bahnhofsviertels zu setzen. In diesem Sinne haben *déi gréng* sich bereit erklärt, gegebenenfalls Textänderungen vorzunehmen, damit ein breiter Konsens erreicht werden kann.

In den Sitzungen der verschiedenen beratenden Kommissionen fand ein großer Informationsaustausch statt.

Schöffin Cahen sieht keinen Bedarf zur Schaffung eines „coordinateur du quartier“. Auch wenn wir der Ansicht sind, dass ein „coordinateur de quartier“ eine wichtige Rolle spielen kann, könnten wir uns dazu bereit erklären, auf diese Forderung zu verzichten. In der Kommission wurde von vielen Mitgliedern darauf hingewiesen, dass man die Einrichtung einer WhatsApp-Gruppe nicht mit der Schaffung eines „coordinateur de quartier“-Postens vergleichen könne.

Die Forderung nach einer „antenne hygiène“ will die Arbeit des Hygienedienstes der Stadt Luxemburg auf keinen Fall schlecht reden. Wir sehen darin vor allem eine begleitende Maßnahme, damit Privatleute und Geschäftsleute einen

direkten Ansprechpartner vor Ort haben. Die Antenne wäre rund um die Uhr verfügbar, würde systematisch Reinigungsarbeiten durchführen und/oder könnte kontaktiert werden, um verschmutzte Stellen umgehend zu reinigen, z. B. den Eingang eines Privatgebäudes oder den Bürgersteig vor einem Geschäft oder einer Bus-/Tramhaltestelle.

Im Zusammenhang mit der Forderung, mehr Hygiene-Infrastrukturen (Toiletten, Duschen) vorzusehen, hat Schöffin Cahen uns wissen lassen, dass diesbezügliche Maßnahmen vorgesehen seien. Wie weit sind diese Planungen gediehen? Solche Infrastrukturen werden zu einer Verbesserung der Situation führen, sowohl für die Anwohner als auch für jene Menschen, die nicht über ein privates Badezimmer verfügen.

Im Zusammenhang mit der Forderung nach einer Dezentralisierung der sozialen Strukturen ist gewusst, dass sich etwas tut. Die Eröffnung einer neuen Abrigado-Struktur ist vorgesehen. Schöffe Cahen versäumt es nicht, immer wieder darauf hinzuweisen, dass neue Housing-First-Strukturen geschaffen werden. Im Rahmen der Dezentralisierung können wir uns weitere Lösungen, die sich auch an andere Zielgruppen richten, vorstellen.

Soweit zu den Diskussionen, die in der Sozialkommission geführt wurden. Im Folgenden möchte ich auch auf die in der Urbanismuskommission geführten Diskussionen eingehen. Ich begrüße den Umstand, dass uns viele Initiativen in der Kommission vorgestellt wurden, von denen wir keine Kenntnis hatten und wir diese demnach auch nicht in unserer Motion berücksichtigen konnten.

In Bezug auf den wirtschaftlichen Bereich kann ich feststellen, dass, nachdem wir unsere Motion eingereicht hatten, Maßnahmen in die Wege geleitet wurden und Einstellungen erfolgt sind. Diese Entwicklung ist zu begrüßen. Allerdings könnte die DP-CSV-Majorität nun argumentieren, die Motion sei hinfällig geworden, weil bereits Maßnahmen getroffen wurden. Dies betrifft auch die Pop-Up-Stores: Schöffe Bauer hat uns in der Kommission mitgeteilt, dass eine Bewertung dieses Projekts durchgeführt wurde. Die Ergebnisse dieser Bewertung wurden uns nicht vorgestellt.

Im Zusammenhang mit der Gestaltung des öffentlichen Raumes hat der Schöffenrat darauf hingewiesen, dass im Hinblick auf die Umgestaltung des Place de la Gare Kontakt mit der Luxemburger Eisenbahngesellschaft (CFL) aufgenommen worden sei. Inwieweit weitere Initiativen zur Gestaltung des Place Wallis ergriffen wurden, ob bereits Pläne vorliegen, entzieht sich meiner Kenntnis. Mir scheint, dass sich der Schöffenrat der Notwendigkeit bewusst ist, dass auch hier Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Im Zusammenhang mit der Forderung, die Installation von „Urban Art“ zu fördern, wurden seitens des Schöffenrates viele Initiativen genannt, Maßnahmen, die wir selbstverständlich unterstützen.

Zum Thema Verkehr hat Kollege François Benoy in der Kommission Stellung bezogen.

Schlussfolgernd ließe sich festhalten, dass der Schöffenrat die von *déi gréng* eingereichte Motion sehr wohl mittragen könnte, womit wir dann eine gute Grundlage im Interesse des Bahnhofsviertels geschaffen hätten und wir uns zusammen in der Verantwortung sähen. Daher mein Appell an den Schöffenrat und an alle Fraktionen, die vorliegende Motion zu unterstützen und anzuerkennen, dass wir es mit einer vielschichtigen Problematik zu tun haben und viele Akteure an der Ausarbeitung von vielschichtigen und diversen Lösungen mitarbeiten müssen, wissend, dass die Probleme nicht von heute auf morgen gelöst werden können.

**Motion**

« Le Conseil communal de la Ville de Luxembourg,

- Reconnaissant que le quartier de la Gare fait face à plusieurs problématiques menant à une dégradation de la qualité de vie dans ce quartier, en l'occurrence :
  - un grand nombre de bâtiments en rénovation;
  - des chantiers d'envergure qui s'ensuivent depuis la fin du chantier du tram et le réaménagement de la place de Paris, la rue de Strasbourg, le parking Martyrs, et la place de la Gare;
  - des commerces inoccupés et un marché hebdomadaire peu attractif;
  - la concentration d'une offre de services de santé et dusocial et, par conséquence, la présence de leur clientèle qui sont des personnes marginalisées et vulnérables;
  - les phénomènes de la vente de drogues illicites et de la prostitution;
- Constatant que les actes de vandalisme et d'incivilités nourrissent un sentiment d'insécurité parmi les commerçant.es et les habitant.es du Quartier Gare;
- Reconnaissant la responsabilité et le devoir politique de la Ville de Luxembourg (VdL) de garantir la sécurité et la qualité de vie possible pour celles et ceux qui vivent, travaillent, visitent et traversent le quartier de la Gare;
- Comprenant le mécontentement exprimé aussi bien par les habitant.es que par les commerçant.es du Quartier Gare par rapport à la situation;
- Rappelant que la VdL, après consultation des citoyen.nes du quartier de la Gare, a mis en place des mesures comme le service pour citoyen.nes « À vos côtés »;
- Saluant l'augmentation des effectifs de la Police et soulignant que la présence renforcée de la police ayant seul le pouvoir de maintien de l'ordre public reste toujours importante;
- Rappelant que sur base de la loi du 27 juillet 2022 relative aux sanctions administratives communales et à l'élargissement des compétences des agents municipaux et du règlement de la Police de la Ville de Luxembourg, la formation de nouveaux agents municipaux dont les compétences d'intervention ont été augmentées est en cours;
- Reconnaissant que la VdL finance des initiatives et services des acteurs conventionnés (CNDS, Croix-Rouge Luxembourgeoise, InterActions et Caritas), qui accueillent et prennent en charge des personnes touchées par le sans-abrisme, la toxicomanie, la prostitution et la détresse psychologique;
- Référant vers le monitoring social réalisé lors de la dernière législature, qui doit guider les politiques de la VdL en fonction des situations et besoins différenciés des quartiers;
- Soulignant la volonté de la Ville de Luxembourg de favoriser le commerce dans tous les quartiers et d'apporter une plus-value importante aux habitant.es et visiteur.es de la Ville ;

Demande au collège échevinal :

- De créer au sein de la VdL le poste d'une/un coordonnateur.rice de quartier avec, pour fonction, de faire le lien entre l'administration communale et les habitant.es, commerçant.es et associations du quartier de la Gare (et d'autres quartiers). Le/la coordonnateur.rice du quartier va recueillir les questions et demandes du terrain, informer le terrain des initiatives et projets prévus par la VdL, organiser des échanges réguliers et faire remonter les problèmes et propositions directement aux services communaux concernés ;
- De mettre en place une « antenne hygiène » dans le Quartier Gare disponible 24h/24 et 7j/7, qui nettoie systématiquement et/ou peut être contactée pour faire nettoyer immédiatement des endroits salis, p.ex. une entrée (privée) ou un trottoir devant un magasin ou un arrêt de bus/tram, afin de réduire les nuisances liées à la saleté et la pollution ;
- De prévoir des services d'aide et des locaux permettant aux personnes dans le besoin d'aller aux toilettes, de se laver, de changer de vêtements et des emplacements permettant de déposer d'une manière hygiénisée des aiguilles ou autres ustensiles liés à la consommation de drogue et la prostitution (p.ex. via des poubelles spécifiques) ;

Quant à la situation des commerces dans le quartier de la Gare:

- De nommer une personne qualifiée de coordination des commerces au sein de la VdL dont la tâche est de chercher proactivement le contact direct avec les propriétaires des commerces et des locaux commerciaux, d'anticiper l'inoccupation des locaux, d'aider à trouver d'autres reprenant.es, de veiller au respect des réglementations en lien avec l'exploitation d'un commerce;
- De solliciter le Ministère de l'Économie pour réaliser une étude sur la situation du commerce dans les quartiers Gare et Ville-Haute sur base du pouvoir d'achat permettant alors de mieux aiguïser la politique communale en matière de soutien des commerces;
- D'évaluer le programme des Pop-Up Stores et de proposer des Pop-Up Stores dans les locaux commerciaux inoccupés dans le quartier de la Gare;

Quant à l'aménagement de l'espace public:

- De présenter au Conseil communal dans les meilleurs délais une proposition pour rendre la place Wallis et ses alentours plus attractifs. Cette proposition doit prioriser la mobilité douce, dévier la circulation motorisée vers la Rocade, promouvoir le vivre-ensemble et le commerce et ainsi améliorer la qualité de vie dans cet endroit;
- De réaliser l'aménagement de la Place de la Gare conjointement avec l'État et la Société nationale des chemins de fer luxembourgeois (CFL), même dans l'intermédiaire, dans le respect d'un urbanisme inclusif, accueillant et naturisé, et comprenant également un parking pour vélos en lien avec les besoins relevés par les CFL et le Ministère des Transports;
- De favoriser l'installation d'« urban art » dans les endroits enlaidis par les chantiers;
- De faire au Conseil communal une proposition pour un aménagement « culturel » du quartier, comprenant

des lieux culturels facilement accessibles pour l'ensemble des citoyens (tels que cinéma, petit théâtre, Tiers Lieux, Maison de quartier, ...);

Quant à la sécurité:

- D'élaborer, conjointement avec les acteurs concernés (VdL, Police, acteurs sociaux, habitants, commerçants, CFL, ...) un plan de sécurité pour le Quartier Gare qui intègre les volets prévention, accompagnement social et répression;
- De continuer à exiger à ce que des policiers en nombre suffisant soient affectés au commissariat de la Gare et que la présence de la Police soit effectuée plutôt à pied ou à vélo qu'en voiture;
- D'interdire l'établissement des cabarets et de sex shops dans le voisinage direct de l'école de la Gare;

Quant à la situation des personnes marginalisées:

- De décentraliser en concertation avec le Ministère de la Famille et le Ministère de la Santé, l'offre d'aide pour personnes toxicomanes en fonction des besoins spécifiques de ce groupe de personnes, comprenant des structures pluridisciplinaires de taille plus petite que l'Abrigado et située en dehors du quartier de la Gare et de Bonneweg, tout en restant facilement accessible;
- De donner priorité à la création des logements « housing-first » en nombre conséquent et situé en dehors du quartier de la Gare. »

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Rätin Brömmel hat die Motion ihrer Fraktion vorgestellt und gleichzeitig einen Überblick über die in den Kommissionen geführten Diskussionen gegeben. Nachdem *déi gréng* ihre Motion im September 2023 eingereicht hatten, wurde in der Tat viel in den Kommissionen gearbeitet.

**Rat Robert PHILIPPART (DP):** Es handelt sich um eine wichtige Motion, gleichwohl scheint sie verschiedene wichtige Punkte außer Acht zu lassen. Seit die Motion eingereicht wurde, sind zahlreiche bemerkenswerte Anstrengungen von der Stadt Luxemburg unternommen worden, die jedoch in ihrer Umsetzung behindert bzw. verzögert wurden. Ich denke hier etwa an die „sociétés de gardiennage“ oder an die Diskussion über die Installation von Überwachungskameras.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass es nicht reicht, eine Motion nur für eine Zielgruppe aufzusetzen, auch wenn die Initiative an sich löblich ist. Die *Apéri'tour* im Bahnhofsviertel hat alle Bürger des Viertels miteinbezogen, unabhängig von ihrer Herkunft sowie ihren politischen oder nicht politischen Interessen, und es war nicht das erste Mal, dass die Bürger des Bahnhofsviertels zusammengelassen sind, um ihre Anliegen vorzubringen.

Dem Verdichtungsfaktor kommt meiner Ansicht nach eine große Bedeutung zu. Wir haben es im Bahnhofsviertel mit einer Verdichtung der Arbeitsplätze (*Cité de la sécurité sociale*, CFL, weitere Geschäfte, in einigen Wochen wird ein großes Hotel am Place de la Gare öffnen...) zu tun. Dies bedeutet, dass es zu einer neuen Dynamik kommt. Ein Pop-Up-Store hat sich fest in der Avenue de la Gare angesiedelt. Ich denke auch an den „Creative Hub“ in der Rue de Hollerich und an jene Arbeitsplätze, die im Bereich der Rodeo entstehen werden. Es wird demnach zu einer Belebung des Viertels, zu einer neuen Durchmischung kommen. Es findet auch eine Wohnungsverdichtung statt. Die Projekte Paul Wurth, Dernier Sol und „Nei Hollerech“ werden zu einer Verdoppelung der

Fläche des Bahnhofsviertels führen. Die Bevölkerung wird wachsen. Dies alles hat auch einen Impact, wird jedoch in der Motion nicht erwähnt.

Ich hatte die Gelegenheit, mir das Abrigado anzusehen, und kann nur festhalten, dass dort nützliche und gute Dienstleistungen angeboten werden. Es ist zu begrüßen, dass die Struktur ausgebaut wird. In der Motion ist die Rede davon, mehrere kleine Strukturen dieser Art auf dem Stadtgebiet anzusiedeln. In diesem Zusammenhang denke ich an unser Gesundheitswesen, wo wir viele kleine Strukturen geschaffen haben, was durchaus gut und wichtig ist. Es kann jedoch durchaus vorkommen, dass die Strukturen sich mit einem Fall konfrontiert sehen, für den sie unzureichend aufgestellt sind. Daher muss alles gut durchdacht sein und mit allen Beteiligten diskutiert werden.

Wichtig ist, dass eine Bürgerbefragung stattgefunden hat, welche nicht nur die Anwohner, sondern auch alle die dort arbeiten, eingebunden hat, sowie dies auch im Rahmen der Touren durch die 24 Stadtviertel vorgesehen ist.

**Rat David WAGNER (déi Lénk):** Ich habe die Berichte der beratenden Kommissionen gelesen. In der Sozialkommission wurde viel diskutiert. Wir sind uns alle bewusst, dass es sich nicht nur um ein „Law and Order“-Problem, sondern um ein multifaktorielles Problem handelt. Es ist auch nicht neu, dass es im Bahnhofsviertel mehr Probleme gibt als in anderen Stadtteilen. Es mag sein, dass die Probleme sich in letzter Zeit ausgeweitet haben. Probleme gab es im Bahnhofsviertel bereits in den 70er und 80er Jahren – und bereits zuvor. Es handelt sich um einen Stadtteil, der wahrscheinlich oft vernachlässigt wurde, um den sich die Gemeinde historisch nicht ausreichend gekümmert hat, so dass sich die Probleme häufen.

Nichtsdestotrotz sollte man das Viertel nicht so darstellen, als ob es sich dort nicht mehr leben ließe. Im Bahnhofsviertel hat man den Eindruck, in einer Großstadt zu sein. Es ist ein sehr lebendiges Viertel mit vielen Einkaufsmöglichkeiten. Auf kultureller Ebene könnte das Angebot größer sein. Verkehrstechnisch ist das Bahnhofsviertel national und international gut angebunden. Andererseits gibt es Probleme, die nicht neu sind und die auf verschiedenen Ebenen anzutreffen sind.

Alle Fraktionen versuchen Vorschläge einzubringen, um die Situation zu verbessern. Niemand behauptet, dass alles gut läuft. In der von *déi gréng* eingereichten Motion finden sich auch Forderungen, welche *déi Lénk* bereits seit Langem mitbringen, und zu denen meine Kollegin Ana Correia bereits vor einigen Jahren anlässlich einer Pressekonferenz Stellung bezogen hat.

Über die Forderung zur Schaffung eines „coordinateur de quartier“ und welche seine Aufgaben sein könnten, lässt sich diskutieren. Die Argumente, die vom Schöffenrat angeführt werden, um zu sagen, dass es einen solchen Posten nicht brauche, haben mich dann doch stutzig gemacht. Eine WhatsApp-Gruppe kann keine seriöse Politik ersetzen. Der Schöffenrat argumentiert, dass er und die Dienststellen ohnehin mit den Einwohnern des Viertels in Kontakt stehen. Es ist nicht meine Absicht, dies in Frage zu stellen. Ich meine, dass es sehr wohl interessant wäre, einen „coordinateur de quartier“ zu haben. Es wäre dies eine Anlaufstelle für die Bürger und zu den Aufgaben des Koordinators könnte auch zählen, Treffen der Einwohner mit den sozialen Dienststellen, mit den Ordnungskräften... zu organisieren und den Schöffenrat bei seiner Arbeit zu unterstützen. Alle teilen die Ansicht, dass es Probleme im Bahnhofsviertel gibt, doch die politisch Verantwortlichen wiegeln ab, verweisen auf eine WhatsApp-Gruppe und scheinen diese für ausreichend zu halten. Es ließe sich auch über die Schaffung von Stadtviertel-Komitees diskutieren.

Der Schöffenrat argumentiert weiter, dass bereits eine „antenne hygiène“ funktioniere. Diese funktioniert jedoch nicht abends und auch nicht nachts. Genau dies wird jedoch in der Motion gefordert.

Wenn die DP-CSV-Majorität der Ansicht ist, dass die in der Motion vorgebrachten Forderungen ohnehin umgesetzt werden, so dürfte es für sie doch ein Leichtes sein, die Motion mitzutragen. *déi Lénk* werden die von *déi gréng* eingereichte Motion unterstützen.

**Rat Gabriel BOISANTE (LSAP):** Das Bahnhofsviertel liegt unserer Fraktion sehr am Herzen. Der Stadtteil leidet unter einer Stigmatisierung durch zahlreiche Probleme, die es in einer Gesellschaft geben kann, sei es im Bereich der Sicherheit, der Gesundheit, des sozialen Bereichs oder der Stadtentwicklung. Die LSAP-Fraktion ist stets bemüht, den Dialog zu suchen, dahingehend zu wirken, dass das Viertel seinen schlechten Ruf loswird und eine ganzheitliche und globale Herangehensweise an die Probleme zu entwickeln. Die in der Motion angeführten Forderungen betreffen verschiedene Ebenen, um die Situation im Bahnhofsviertel zu verbessern und ihm eine gute Zukunft zu geben. Unsere Fraktion wird die vorliegende Motion unterstützen.

**Rätin Emilie COSTANTINI (CSV):** Die in der Sozialkommission und in der Mobilitätskommission geführten Diskussionen waren interessant. Fakt ist, dass in der Zwischenzeit bereits viel unternommen wurde. Vor dem Hintergrund der bereits von der DP-CSV-Majorität unternommenen Aktionen, sind wir der Ansicht, dass die vorliegende Motion nicht benötigt wird.

**Rat François BENOY (déi gréng):** Wir können gerne bei den Einwohnern nachfragen, ob, wie es Rätin Costantini meint, die Probleme tatsächlich alle gelöst sind. Wir meinen, dass dies nicht der Fall ist. Wir wollen im Gemeinderat intensiv an der Lösung der vielfältigen Probleme, die auch vielfältige Lösungen benötigen, arbeiten. Wir haben versucht die Motion breit aufzusetzen, um einen Konsens im Gemeinderat finden zu können und gemeinsam an Lösungen im Interesse des Viertels und seiner Einwohner zu arbeiten. Die Lösungen lassen sich nicht nur auf eine einzige Ebene reduzieren. Wir haben uns deshalb große Mühe gegeben, all diese Aspekte in der Motion zu berücksichtigen, damit diese von allen Fraktionen mittgetragen werden kann, und um ein starkes Signal zu senden.

Die Aussage von Rat Philippart, dass die Motion vieles außer Acht lasse, hat mich denn doch überrascht und gleichzeitig enttäuscht. Herr Philippart hätte konkrete Textvorschläge einbringen können, für die wir sicherlich offen gewesen wären. Im Rahmen der in der Mobilitätskommission geführten Diskussion habe ich am 11. März 2024 in einer E-Mail an Rätin Costantini, Rat Biver, Schöffe Goldschmidt und Schöffin Cahen konkrete Textvorschläge gemacht, welche die Überlegungen und Meinungen aller Mitglieder der Kommission widerspiegelten. *déi gréng* versuchen, konstruktiv zu arbeiten, mit der Majorität zusammenarbeiten und Lösungen für unsere Stadt zu finden. Eine Antwort auf diese E-Mail habe ich bisher nicht erhalten. Wir haben versucht, den Wortlaut der Motion so anzupassen, dass sie den Befindlichkeiten aller beteiligten Akteure Rechnung trägt. Verschiedene Textpassagen, die Anlass zur Diskussion gegeben hatten, wurden gestrichen oder allgemeiner formuliert. Wir haben diese Textanpassungen in einem konstruktiven Dialog eingebracht. Im Interesse einer guten Zusammenarbeit sind wir nach wie vor offen, uns auf weitere Textanpassungen einzulassen. Sollten Sie sagen, dass die Forderung nach einem „coordinateur de quartier“ für Sie nicht tragbar ist, wären wir bereit, diese Textpassage zu streichen – selbst, wenn wir der Ansicht sind, dass es sich um eine wichtige Maßnahme handelt. Lassen Sie uns zusammen ein gut geschnürtes Maßnahmenpaket erarbeiten, um die Situation im Bahnhofsviertel zu verbessern! Die Aussage von

Rätin Costantini, dass alle Probleme gelöst seien, können wir allerdings nicht in die Motion aufnehmen. Unsere Fraktion fordert weiterhin großen Einsatz für das Bahnhofsviertel.

**Rat Claude RADOUX (DP):** Die Stadt Luxemburg zählt 24 Stadtteile. In der Schöffenratserklärung haben wir angekündigt, im Jahr 2024 in die 24 Viertel gehen zu wollen, denn der Schöffenrat sieht sich in der Verantwortung, die Politik sämtlicher Dienststellen zu koordinieren, die transversal im Interesse der Stadt und ihrer Bürger arbeiten. Die Dienststellen arbeiten im Interesse aller Stadtteile. Vor diesem Hintergrund sieht die DP-CSV-Majorität nicht den Sinn und Zweck eines „coordinateur de quartier“-Postens. Es gibt eine vertikale und eine horizontale Organisation. Geht man hin und setzt eine Person in einer horizontalen Funktion ein, hat diese Person keine Entscheidungsgewalt, sondern ihre Aufgabe besteht darin zu koordinieren. Unseren Dienststellen tragen bereits eine große Verantwortung.

Es würde keinen Sinn machen und nicht von einer effizienten Organisation zeugen, wenn man ihnen noch Koordinatoren zur Seite stellen würde, deren Rolle sich im Wesentlichen darauf beschränken würde, hin und wieder nachzufragen, ob dieses oder jenes bereits angegangen wurde, und diese Information an den Schöffenrat weiterleiten würden, damit dieser darauf einwirkt, dass etwas unternommen wird.

Erste Priorität der *Cellule Développement commercial et économique* ist es, die Geschäftszentren Oberstadt und Bahnhofsviertel weiterzubringen. Wir könnten hingehen und bei jeder Dienststelle nachfragen, was sie in jedem Stadtteil im Laufe dieses Jahres und des Jahres 2025 als Maßnahme umsetzt. Würden wir dies tun, müssten wir für jede beratende Kommission 20 Sitzungen ansetzen, in denen die Vertreter der einzelnen Dienststellen uns darlegen, welches die Maßnahmen sind, die in jedem Stadtteil durchgeführt werden. Ich sehe darin keinen Nutzen. In der Kommission sind die Vertreter der Dienststellen eingehend auf die verschiedenen Bauprojekte im Bahnhofsviertel eingegangen. Es hat keine Motion gebraucht, damit diese Projekte zustande gekommen sind und umgesetzt werden.

Außer, dass die Motion die Möglichkeit bietet, eine breit angelegte Diskussion zu führen, bringt sie keinen Mehrwert in der Orientierung der Arbeit unserer Dienststellen, des Schöffenrates und der DP-CSV-Majorität. Das einzige, mit dem ich einverstanden sein könnte – und in diesem Punkt stehen Sie in völligem Gegensatz zu dem, was Sie in den letzten Jahren auf kommunaler und nationaler Ebene gesagt haben – wäre der Wortlaut „*reconnaissant la responsabilité et le devoir politique de la Ville de Luxembourg (VdL) de garantir la sécurité*“, wobei jedoch darauf hinzuweisen ist, dass wir diese Verantwortung und politische Verpflichtung juristisch gesehen nicht haben. Der Bürgermeister hat keine Polizeigewalt, außer in Krisensituationen. Die Polizei untersteht dem Innenministerium. Nichtsdestotrotz erwarten die Bürger von der Stadt Luxemburg, dass, wenn Situationen von Unsicherheiten festgestellt werden, wir etwas unternehmen und nicht nur auf die Verantwortung des Ministers verweisen. Dies ist der Grund, wieso der Schöffenrat zusammen mit der DP-CSV-Majorität in den vergangenen Jahren Maßnahmen getroffen und private Sicherheitsdienste damit beauftragt hat an spezifischen Standorten zu patrouillieren, um den Menschen ein Gefühl der Sicherheit zu geben und zur Sicherheit an diesen Standorten beizutragen.

Die Vielfalt der Probleme im Bahnhofsviertel und die verschiedenen Themen – Sicherheit, Kultur, Handel, Soziales, usw. – werden in der Schöffenratserklärung angesprochen, und wir haben Vertrauen in den Schöffenrat und unsere Dienststellen, dass die darin angekündigten Maßnahmen umgesetzt werden. Im Sinne einer guten Zusammenarbeit hätten *déi gréng* die Schöffenratserklärung mittragen können. Die verschiedenen

darin eingeschriebenen Aktionen finden übrigens auch ihren Niederschlag im Budget, weshalb ich *déi gréng* jetzt schon einlade, die Budgetvorlage 2025 mitzutragen.

Ich bin seit langen Jahren im Gemeinderat und habe im Beisein der politischen Verantwortlichen an vielen Bürgerversammlungen im Bahnhofsviertel teilgenommen. Ich habe noch nie jemanden sagen hören, dass ein Bedarf an einem „coordinateur de quartier“ bestehe. Die Menschen haben andere Sorgen. Ich wurde vor kurzem von einer Frau angesprochen, die im Sozialsektor arbeitet und sowohl tagsüber als auch abends Hausbesuche abstattet, insbesondere im Bahnhofsviertel. Vergangene Woche wurde ihr Wagen aufgebrochen. Die Mitarbeiterinnen der mobilen Pflegedienste müssen in Hauseingängen über Drogenabhängige steigen, sehen halb nackte Personen, die sich Drogen injizieren... Die von mir erwähnte Frau, die ein ausgesprochen großes soziales Verantwortungsbewusstsein besitzt, sagte mir, dass sie und ihre Kolleginnen und Kollegen Angst hätten. Die in der vorliegenden Motion enthaltene Formulierung „*de continuer à exiger à ce que des policiers en nombre suffisant soient affectés...*“ entbehrt nicht einer gewissen Ironie, wenn sie ausgerechnet von *déi gréng* formuliert wird.

Vor dem Regierungswechsel haben wir jahrelang den Einsatz von mehr Polizisten vor Ort gefordert. Nichts ist passiert. Die Bürger wollten es, wir haben es immer wieder gefordert und selbstverständlich haben wir es zu einem unserer Wahlthemen gemacht. Es ist und bleibt nach wie vor ein Thema. Für die Menschen im Bahnhofsviertel ist es nicht greifbar, dass sich die Situation verbessert. Im Gegenteil, die Probleme verschärfen sich. Es werden immer mehr Drogenabhängige, es wird auf offener Straße gedealt und konsumiert und seit vergangener Samstag wissen wir, warum verschiedene Probleme nicht angegangen werden. Die wahren Probleme müssen angegangen werden, dies in Zusammenarbeit mit der Regierung, in deren Verantwortung die meisten Probleme liegen.

Unsere Fraktion wird die Motion von *déi gréng* nicht mittragen.

**Schöffin Corinne CAHEN:** In der Sozialkommission haben wir gute und interessante Diskussionen geführt, sind Punkt für Punkt durchgegangen. Es hat eine längere Diskussion über die Forderung nach einem „coordinateur de quartier“ gegeben. Wir teilen die Meinung von *déi gréng* nicht. Wir sehen in der Schaffung eines „coordinateur de quartier“-Postens keinen Mehrwert. Ich nehme nicht nur an den Bürgerversammlungen im Bahnhofsviertel teil, sondern bin dort auch viel unterwegs. Derzeit gibt es bereits eine Art „coordinateurs de quartier“, und dies auf verschiedenen Ebenen. Die Bürger und Geschäftsleute kommen zu uns, wenn es Problem gibt oder sie uns etwas mitteilen wollen. Es gibt die Teams von „À vos côtés“, die uns berichten, was die Menschen ihnen mitteilen, welches die Sorgen und Bedürfnisse der Menschen sind.

Die Probleme im Bahnhofsviertel sind vielschichtig und es wäre falsch, sie kleinzureden. Rat Wagner sagte, dass jeder Vorschläge einbringe. Dies ist gut so, weshalb ich kurz auf die Vorschläge eingehen werde. In der Sozialkommission hatte ich in der Tat voller Freude angekündigt, dass wir einen Standort gefunden hätten, wo Menschen, die auf der Straße leben, zur Toilette gehen oder eine Dusche nehmen können. Im Café Courage in Bonneweg gibt es bereits eine solche Struktur, doch eine oder mehr Strukturen werden dringlich auch an anderen Standorten gebraucht. Es war uns gelungen, einen weiteren geeigneten Standort zu finden, doch dann hat sich die Miteigentümergeinschaft quergestellt und die Schaffung dieser Struktur somit verhindert. Ich möchte dabei betonen, dass wir die Verwaltung solcher Strukturen einer sozialen Institution anvertrauen und die Menschen keine Angst zu haben brauchen, wenn eine solche Struktur in ihrer Wohngegend öffnet. Die Stadt Luxemburg stellt der Vereinigung, die sich um die Menschen kümmert, die hierherkommen, um eine

Dusche zu nehmen, einen Arzt aufzusuchen oder zur Toilette zu gehen, die notwendigen Mittel zur Verfügung, um eine gute Organisation zu gewährleisten. Solche Strukturen werden gut geplant, und es arbeiten Leute vom Fach dort. Weder im Familienministerium noch in der Stadt Luxemburg sind diesbezügliche Beschwerden an mich herangetragen worden. Es hat mich sehr traurig gestimmt, dass diese Struktur nicht zustande kommen konnte.

In der Motion werden kulturelle Einrichtungen und kulturelle Aktivitäten im Viertel gefordert. In Zusammenarbeit mit unseren Dienststellen haben wir Konzerte organisiert, die wöchentlich donnerstagsabends stattgefunden haben.

**Rätin Christa BRÖMMEL (*déi gréng*):** Diese Konzerte wurden im Sommer 2024 organisiert. Unsere Motion wurde im September 2023 eingereicht.

**Schöffin Corinne CAHEN:** Ich gebe gerne zu, dass diese Konzerte das Viertel nicht retten. Es handelt sich um einen ersten Versuch. Die Konzerte hatten mal, mehr mal weniger Zulauf. Die Initiative ist ausbaufähig, zum Beispiel durch die Bereitstellung von Bänken sowie das Aufstellen von Ständen mit Essen und Getränken. Zusammen mit unseren Dienststellen werden wir weitere Anstrengungen unternehmen, um das Viertel kulturell zu beleben.

In der Motion wird der Schöffenrat aufgefordert, das Hilfsangebot für Drogenabhängige entsprechend den spezifischen Bedürfnissen dieser Personengruppe zu dezentralisieren. Auch dem kann ich nur zustimmen, doch das soeben von mir angeführte Beispiel zeigt, dass dies nicht immer so einfach ist. Es ist zu begrüßen, dass das Gesundheitsministerium mit uns auf den Weg geht, eine neue Abrigado-Struktur zu schaffen, denn die aktuelle Containerstruktur wird den Bedürfnissen nicht mehr gerecht. Es sei darauf hingewiesen, dass es sehr wohl Strukturen auch an anderen Standorten gibt, so z.B. die Struktur der „Jugend- an Drogenhölle“. Das Gesundheitsministerium ist auf der Suche nach einem weiteren Standort, wo drogenabhängige Menschen z.B. Methadon abholen können, bevor sie zur Arbeit gehen. Es tut sich demnach viel, auch wenn wir dies nicht immer an die große Glocke hängen. In Bezug auf die Delokalisierung der Strukturen bin ich offen für jegliche Vorschläge im Hinblick auf die Schaffung von Strukturen mit Duschen und Toiletten sowie von *Nightshelters* – wobei ich allerdings erneut darauf hinweisen möchte, dass die Einrichtung solcher Strukturen leider an der mangelnden Bereitschaft z.B. einer Miteigentümergeinschaft scheitern kann.

Im Rahmen von verschiedenen VEFA-Projekten wird die Stadt Luxemburg weitere Housing-First-Wohnungen schaffen. Ich teile die Meinung, dass die genannten Strukturen nicht alle im Bahnhofsviertel angesiedelt sein sollen. Die Erfahrungen, die wir mit Housing-First-Wohnungen gemacht haben, sind positiv. Sie ermöglichen es den Betroffenen, einen ersten Schritt in Richtung Rückkehr in ein normales Leben zu machen. Es ist ein erster Schritt, um Menschen ihre Würde zurückzugeben. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass abhängige Personen weniger Alkohol bzw. Drogen konsumieren, oder sogar ganz auf den Drogenkonsum verzichten, wenn sie in einer Housing-First-Wohnung leben. Es freut mich, dass die Kollegen im Schöffenrat bereit sind, mit auf den Weg zu gehen, im Rahmen von VEFA-Projekten Housing-First-Wohnungen zu schaffen.

Vor zwei Wochen hat mein Unternehmen 100 Jahre gefeiert. Eine Frau, die einen Arbeitsplatz sucht, hat mich wissen lassen, dass sie eine Stelle in dem Einkaufszentrum haben möchte, wo sich auch eines unserer Geschäfte befindet, denn ihr Ehemann sei nicht damit einverstanden, dass sie im Bahnhofsviertel arbeite. Es ist wichtig, dass wir daran arbeiten, diesem negativen Ruf des Viertels entgegenzusteuern. Ich bin viel im Bahnhofsviertel unterwegs und mir ist bisher nichts passiert. Es kommt auch in anderen Stadtteilen vor, dass

Menschen ihr Geldbeutel gestohlen wird. Wir sollten daher aufpassen, dass wir das Bahnhofsviertel nicht schlechter reden als es ist. Es handelt sich um ein Viertel mit großem Potenzial und wir sollten alle zusammen daran arbeiten, um aus dem Bahnhofsviertel wieder eines der attraktivsten Viertel der Stadt zu machen, denn es handelt sich um ein junges, dynamisches Viertel, wo viele Menschen verschiedener Herkunft wohnen und unterwegs sind.

**Schöffe Patrick GOLDSCHMIDT:** Die Initiatoren der Motion haben darauf hingewiesen, dass sie versucht haben, möglichst viel in die Motion zu packen. Mit vielem können wir uns einverstanden erklären, doch gerade, weil so vieles hineingepackt wurde, gibt es Punkte, die wir nicht teilen. Wie überall, gibt es auch hier verschiedene Meinungen. Auf der Ebene unserer Dienststellen gibt es denn auch Punkte, welche die einen weniger, die anderen mehr begrüßen. Eine Motion allein genügt nicht, damit morgen im Bahnhofsviertel alles in bester Ordnung ist. Meine Kollegen aus dem Schöfferrat werden es nicht versäumen, auf die einzelnen Anstrengungen, die in ihrem Zuständigkeitsbereich bereits unternommen wurden, und die noch geplanten Maßnahmen einzugehen.

Bezüglich der Hygiene wurde in den verschiedenen Kommissionen dargelegt, was unser Hygienedienst bereits alles im Bahnhofsviertel und auch im Umfeld des Abridago unternimmt. Unser Hygienedienst sorgt 7 Tage in der Woche ab 5 Uhr morgens (an Wochenenden ab 6 Uhr) für Sauberkeit im Bahnhofsviertel. Unter der Woche gibt es zwischen 9 Uhr und 17 Uhr zusätzliche Einsätze, an Wochenenden zwischen 13 Uhr und 17 Uhr. An sensiblen Standorten, wo viele Drogen konsumiert werden und wo mehr Müll herumliegt, kommt ein Spezialteam zum Einsatz. Sie erhalten eine besondere Ausbildung, tragen Spezialkleidung und Spezialschuhe. Ich habe Verständnis dafür, dass der Hygienedienst mit der Forderung, rund um die Uhr vor Ort zu sein, Probleme hat. Die Stadt Luxemburg ist bemüht, im Bahnhofsviertel einen Standort zu finden – in der Oberstadt gibt es einen solchen Standort –, wo das Reinigungsteam sein Material unterbringen und von dort aus die Reinigungstour starten kann.

Der Hygienedienst ist nicht begeistert – und ich auch nicht – über die Forderung nach einer Delokalisierung von sozialen Strukturen auf dem Stadtgebiet, denn es würden dann mehr Einsatzteams des Hygienedienstes benötigt. Sollte diese Delokalisierung auf nationaler Ebene stattfinden, wäre die Situation eine andere. Der Hygienedienst kennt die verschiedenen Hotspots und weiß, wie er diese in den Griff bekommt. Er betont, dass die Probleme an der Wurzel gepackt werden müssen. Zu diesen Problemen gehört zum Beispiel, dass manche Menschen nicht mehr im Bahnhofsviertel arbeiten wollen und andere nur noch in Begleitung von „À vos côtés“-Mitarbeitern dort unterwegs sein wollen.

Wir haben es demnach mit vielschichtigen Problematiken zu tun. Die Stadt Luxemburg muss gewiss ihre Verantwortung übernehmen, kann es aber nicht allein richten. Sie hat auf die Dienste von Sicherheitsfirmen zurückgegriffen, woraufhin deren Einsatz im öffentlichen Raum juristisch in Frage gestellt wurde. Fakt ist jedoch, dass die Bürger des Bahnhofsviertels die Präsenz von Sicherheitsleuten begrüßt haben. Ich erinnere mich an Bürgerversammlungen im Bahnhofsviertel, wo auch Vertreter des Hygienedienstes anwesend waren und die Einwohner ihrer Zufriedenheit mit der Arbeit des Hygienedienstes Ausdruck verliehen haben. Damals waren nicht viele Vertreter der Fraktion, deren Motion heute vorliegt, zugegen. Es ist wichtig, die Probleme an der Wurzel zu packen und wir sind nach wie vor der Ansicht, dass der Einsatz von Sicherheitsdiensten eine Unterstützung für die Polizei darstellen kann, wissend, dass nicht Hunderte von Polizeibeamten ins Bahnhofsviertel gezaubert werden können, um dort zu patrouillieren und sie auch anderwärts gebraucht werden. In unseren Verordnungen ist eingeschrieben, was wir als Gemeinde dürfen und wo die

Verantwortung von Privateigentümern liegt. Unserem Hygienedienst ist der Einsatz auf Privatgrundstücken von Rechts wegen nicht erlaubt. Die Mitarbeiter des Hygienedienstes sind über Telefon und über E-Mail erreichbar. Sie nehmen Beschwerden entgegen und begeben sich vor Ort, wenn ihnen unsaubere öffentliche Plätze gemeldet werden.

Das Ressort „Espaces publics“ betreffend sei darauf hingewiesen, dass eine Reihe von Konzerten organisiert wurden. Unsere zuständige Dienststelle ist der Ansicht, dass es gut wäre, wenn an einem Standort wie z.B. dem Place de la Gare Veranstaltungen stattfinden könnten. Sie will mit der CFL Kontakt aufnehmen, um zu erörtern, ob hier tatsächlich ein großes Parkhaus entstehen muss, sprich es nicht möglich wäre, das Parkhaus daneben zu bauen. Für das Bahnhofsviertel wäre es gut, wenn man nicht nur auf dem Place de Paris, sondern auch dem Place de la Gare Events organisieren könnte. Ich stimme Schöffin Cahen zu, dass wir aufhören sollten, negativ über das Bahnhofsviertel zu reden, und die Augen vor den bestehenden Problemen nicht verschließen sollten.

**Schöffe Paul GALLES:** Die Schule Rue du Commerce und das Schulfoyer sind zentral im Bahnhofsviertel gelegen. Es ist verständlich, dass die Sorgen von Familien mit Kindern, die im Bahnhofsviertel wohnen, oft nuancierter ausfallen, weshalb der *Service Enseignement* häufig mit Anliegen konfrontiert wird.

Wir stehen in einem sehr engen Dialog mit dem Schulkomitee der Schule Rue du Commerce und auch mit anderen Menschen, die ihre Anliegen über andere Wege vorbringen. Es haben zahlreiche Versammlungen stattgefunden, an denen auch Bürgermeisterin Polfer und der Innenminister teilgenommen haben, um gemeinsam kohärente Lösungen auszuarbeiten. Diese Versammlungen haben Früchte getragen und es sind Maßnahmen gefolgt, z.B. die Präsenz einer Sicherheitsfirma im Bereich des Kultur- und Vereinszentrums, das in direkter Nähe zur Schule und zum Schulfoyer liegt. Die Polizeipräsenz wurde erhöht. Der Hygienedienst sieht stets genauer hin und entfernt Drogenspritzen, die im Umfeld der Schule und des Schulfoyers herumliegen.

Anlässlich der Schulreintree in Eich konnten Bürgermeisterin Polfer und ich feststellen, wie wichtig es ist, den direkten Kontakt mit den Leuten zu suchen, wie dankbar sie für ein Feedback, für ein offenes Ohr sind. Ich habe den Eindruck, dass wir in einem sehr intensiven Austausch mit den Einwohnern des Bahnhofsviertels stehen.

Auf den Schulhof Rue du Commerce bin ich bereits eingegangen.

Unter der Leitung meiner Vorgängerin im Amt wurde an der Ausarbeitung eines Schulbauprojektes gearbeitet. Rund um dieses Projekt hat sich eine starke Dynamik entwickelt, die auch das Viertel prägt. Viele Akteure waren an der Ausarbeitung des Projektes beteiligt. Zusammen mit der Bürgerstiftung „UpFoundation“ wird an der Planung einer sogenannten Bildungslandschaft gearbeitet. Ziel ist es, zu analysieren, wo die Bildung der Kinder stattfindet (formale, non formale, informale bzw. wilde Bildung) und eine Vernetzung herzustellen.

**Schöffe Laurent MOSAR:** Verschiedene Forderungen von *déi gréng* könnte ich sogar unterstützen, doch sie sind an den falschen Adressanten gerichtet. Die Zuständigkeit für den Place de la Gare, der alles andere als freundlich gestaltet ist, liegt beim Luxemburger Staat. Im Ausland gibt es viele interessante Beispiele, wie sich ein Bahnhofsviertel so gestalten lässt, dass die Menschen sich dort wohl fühlen und z.B. in einer schönen Umgebung einen Kaffee trinken können.

Rat Radoux hat bereits auf die Notwendigkeit einer verstärkten Polizeipräsenz im Bahnhofsviertel hingewiesen. Wir

können lediglich feststellen, dass der aktuelle Polizeiminister sehr viele Anstrengungen unternimmt, um die Situation zu verbessern. Doch auch er kann nur mit den Mädchen tanzen, die da sind. Ich stelle fest, dass der Polizeiminister festen Willens ist, alles nur Mögliche zu unternehmen, um die Präsenz der Polizei im Bahnhofsviertel zu erhöhen.

Vor zwei Wochen waren wir im Rahmen der *Apéritours* im Bahnhofsviertel unterwegs. Eine Frage, die immer wieder auftaucht ist und die auch von vielen Eltern gestellt wurde, war die, ob Cabarets und Sexshops im Umfeld von Schulen nicht verboten werden könnten. Es ist dies eine Forderung, die wir alle zu 100 Prozent unterstützen, doch auch hier liegt die Zuständigkeit nicht beim Schöffenrat, sondern beim Minister für Mittelstand und Wirtschaft oder bei der Justizministerin. Ich kann Ihnen versichern, dass ich in meiner Funktion als Präsident der Justizkommission der Abgeordnetenversammlung der Justizministerin das Anliegen unterbreiten werde. Die Kollegen von *déi gréng*, die zehn Jahre lang in der Regierung saßen, hätten dies damals über ihre Minister umsetzen können.

**Schöffe Maurice BAUER:** Ich danke der Fraktion *déi gréng* für ihre Motion und den verschiedenen Rednern für ihren Diskussionsbeitrag. Rat Philippart, Rat Radoux, Rat Biver und Rätin Costantini möchte ich für ihre guten Beiträge danken, die zeigen, wie wichtig es ist, dass wir in einem konstruktiven Geist arbeiten.

Das Bahnhofsviertel ist der interessanteste, belebteste und dynamischste Stadtteil auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg. Schöffin Cahen und Schöffe Goldschmidt haben bereits erwähnt, wie wichtig es ist, das Bahnhofsviertel auch positiv zu sehen. Das Bahnhofsviertel zählt 600 Geschäfte. Das Viertel vibriert und lebt. Es wird dem Label „Multiplicity“ voll und ganz gerecht.

Besonderen Anstoß habe ich an der Formulierung „*de nommer une personne qualifiée de coordination des commerces au sein de la VdL*“ genommen. Unsere *Cellule développement économique et commercial* (DEC) baut seit langen Jahren tagein, tagaus, die Kontakte mit den Gebäudeeigentümern und den Betreibern der Geschäfte auf, um gemeinsam nach Lösungen für bestehende Probleme zu suchen. Die Zusammenarbeit mit den zuständigen nationalen Autoritäten wird verstärkt (*Luxembourg Confederation*, Ministerium für Mittelstand). Die Zusammenarbeit mit der UCVL ist hervorragend. Wenn ich den Antrag lese, habe ich den Eindruck, dass Sie entweder nicht verfolgt haben, was in den letzten zehn Jahren auf Regierungsebene passiert ist, oder dass Sie die Arbeit unserer Mitarbeiter diskreditieren wollen. Die Stadt Luxemburg zählt 4.500 Mitarbeiter, die sich mit Herz und Seele im Interesse der Stadt und ihrer Bürger engagieren.

Die Stadt Luxemburg scheut keine Mühe, Pop-Up-Stores auf dem Stadtgebiet zu fördern. In der vorangehenden Mandatsperiode hat Serge Wilmes die Initiative zur Förderung von Pop-Up-Stores lanciert, um den Handel sowohl in der Oberstadt als auch im Bahnhofsviertel zu dynamisieren. Unsere DEC-Dienststelle erfährt oft als erstes, wenn Geschäftsflächen leer stehen und wir sind stets bemüht sofort mit den Eigentümern aufzunehmen, um eine provisorische oder eine längerfristige Lösung zur Nutzung als Geschäftsfläche zu finden. Ich kann daher nicht hinnehmen, dass so getan wird, als ob die Mitarbeiter unserer Dienststelle sich nicht kümmern würden. Wir arbeiten konstant daran, um über Pop-Up-Stores das Angebot weiter zu diversifizieren, neuen Ideen eine Chance zu bieten. Mehr als 35 Prozent der Pop-Up-Stores sind ein Erfolg. Wir prüfen laufend, wo wir noch Dinge verbessern und inwiefern wir das Konzept noch anpassen können.

Die Stadt Luxemburg arbeitet mit dem Partner „Up City“ zusammen, der mit einer Internet-Umfrage sowie mit

Umfragen vor Ort beauftragt wurde. Es wundert nicht, dass bei allen Befragten die Sicherheit im Bahnhofsviertel Thema war. Es wurde bereits wiederholt darauf hingewiesen, dass die Einflussnahme der Stadt Luxemburg in diesem Bereich begrenzt ist. Aus den Umfragen ist auch der Wunsch nach einer noch größeren Diversität des Angebotes hervorgegangen. Wir arbeiten daran in Zusammenarbeit mit den Geschäften und der UCVL. Die Stadt Luxemburg ist bemüht, gute Rahmenbedingungen zur weiteren Belebung des Handels im Bahnhofsviertel zu schaffen: kostenlose Parkplätze in den Parkhäusern des Bahnhofsviertels, gute Anbindungen an das Viertel (zu Fuß, mit dem Rad, mit dem Bus oder der Trambahn, mit dem Auto, mit dem Zug). Der Verkehrsschöffe leistet hier eine wichtige und hervorragende Arbeit.

Die Umfragen haben ergeben, dass die Kunden sich auch längere Öffnungszeiten wünschen. Wir versuchen Anpassungen vorzunehmen. Schöffin Cahen hat auf die Bemühungen der Stadt, das Viertel kulturell weiter zu beleben, hingewiesen. Wir werden ein Programm erarbeiten, um das kulturelle Angebot auszubauen und zu dynamisieren. Das Bahnhofsviertel ist und bleibt ein attraktives Geschäftszentrum. Kürzlich haben wir erfahren, dass ein bekannter Sportartikelhersteller sich im Bahnhofsviertel niederlassen will. Es hat auch eine Versammlung mit den Eigentümern von großen Gebäuden im Bahnhofsviertel stattgefunden. Sie alle glauben an die Zukunft des Viertels, sind davon überzeugt, dass es sich um ein interessantes und dynamisches Viertel handelt, und wollen weiter hier investieren. Es ist wichtig, das Bahnhofsviertel positiv zu sehen und ich finde, dass die Motion von *déi gréng* in Bezug auf den Handel im Bahnhofsviertel nicht positiv genug daherkommt.

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Die Kollegen der Fraktion *déi gréng* werden verstanden haben, dass die DP-CSV-Majorität die eingereichte Motion nicht mittragen wird. Obwohl vieles noch nicht so ist, wie wir es uns fürs Bahnhofsviertel wünschen würden, gilt es dennoch festzuhalten, dass es sich um eines der lebendigsten Viertel auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg handelt. Rat Wagner hat zurecht darauf hingewiesen, dass die Probleme im Bahnhofsviertel nicht erst seit gestern bestehen, und dass die Situation insbesondere in den 70er und 80er Jahren sehr schwierig war. Damals griff der sozialistische Minister Robert Krieps konsequent ein, indem er alle Prostitutionshäuser schließen ließ. Was den Bürgern im Bahnhofsviertel aber am meisten zusetzt, ist die hohe Zahl an Personen, die unter starkem Drogen- und/oder Alkoholeinfluss stehen. Viele Menschen trauen sich deshalb nicht mehr, abends noch einen Fuß vor die Tür zu setzen. Allein in der vergangenen zwei Wochen hatte ich zwei Unterredungen mit Minister Gloden, den Eltern der Schüler, die die Schule Rue du Commerce besuchen, sowie den Verantwortlichen von „Hëllef doheem“ und „Help“. Die Verantwortlichen dieser beiden großen sozialen Institutionen haben uns gesagt, dass ihre Mitarbeiter abends nicht mehr allein im Bahnhofsviertel unterwegs sein wollen – nicht nur aus Angst vor möglichen Angriffen, sondern, weil sie bereits angegriffen wurden. Die genannten Institutionen müssen sich nun anders organisieren, um die Dienstleistungen für jene Einwohner des Bahnhofsviertels, die auf ihre Hilfe angewiesen sind, noch gewährleisten zu können.

Wiederholt hat der Schöffenrat hier im Gemeinderat seinen Willen bekundet, Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen zu treffen, auch im urbanistischen Bereich. In diesem Zusammenhang gilt es auf die Maßnahmen in der Rue de Strasbourg hinzuweisen. In der Motion von *déi gréng* wird darauf hingewiesen, „*que le quartier de la Gare fait face à plusieurs problématiques menant à une dégradation de la qualité de vie dans ce quartier*“, und in diesem Zusammenhang wird als erstes darauf hingewiesen, dass in einem Großteil der Gebäude Renovierungsarbeiten durchgeführt würden. Wenn dem so ist, ist das doch ein sehr gutes Zeichen! Das Postunternehmen

tätigt dort große Investitionen, die „Cité de la sécurité sociale“ ist dort entstanden, und es stehen weitere große Projekte an. Allerdings hat sich in der Tat eine Situation verschlimmert, nämlich die Situation in Zusammenhang mit den Drogenabhängigen und den Personen, die sich „unzivilisiert“ benehmen. Es ist nicht tragbar, dass Kinder, wenn sie morgens zur Schule gehen, Menschen sehen, die halb nackt sind und sich eine Drogenspritze setzen. Zusätzlich zu einem Mitarbeiter einer Sicherheitsfirma, der bereits vor der Schule vor Ort ist, werden in Zukunft zwei weitere Personen präsent sein, wenn die Kinder zur Schule kommen und wieder nachhause gehen.

Was mussten wir uns nicht alles von Seiten der Opposition anhören, als wir vor einigen Jahren die Entscheidung getroffen hatten, auf die Dienste von Sicherheitsfirmen zurückzugreifen! Heute sind diese Sicherheitsfirmen in all unseren sozialen Institutionen präsent. Auch das Bistrot Courage fordert Sicherheitsleute an, weil andernfalls laut den Verantwortlichen niemand mehr bereit ist, dort zu arbeiten. Es verhält sich keineswegs so, dass wir nur repressiv vorgehen wollen, doch muss das Problem, das sich weiter verschärft hat, angegangen werden. Nicht nur die Polizei, sondern auch und vor allem das Justizministerium ist gefordert. In der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage, die von Herrn Mosar eingereicht wurde, haben wir erfahren, dass es allein in den Monaten Juli, August und September 2024 zu 59 Festnahmen von Dealern gekommen ist und es sich bei 50 % der festgenommenen Personen um Wiederholungstäter handelt. Unter den Festgenommenen waren Personen, die viermal im Jahr wegen Drogenhandels festgenommen wurden. Da brauche ich Ihnen nicht zu sagen, wie demotivierend dies für die Polizei ist. Drogenkonsum wird nicht mehr geahndet. Dies wurde uns von Vertretern der Staatsanwaltschaft sowohl in der Abgeordnetenversammlung als auch in Ausschüssen bestätigt und am Samstagmorgen wurde uns dies erneut bestätigt. Wenn es so weiter geht, wird sich die Situation weiter verschärfen und es wird dem Eindruck von Straflosigkeit Vorschub geleistet. Dieses Problem muss zusammen mit der Justiz angegangen werden. In den Jahren 2008 und 2009 wurde viel strenger durchgegriffen.

Die Kollegen aus dem Schöffenrat sind für ihre jeweiligen Zuständigkeitsbereiche auf die Maßnahmen eingegangen, die getroffen wurden, um der geschilderten Situation im Bahnhofsviertel entgegenzuwirken. 70 Posten bei Vereinigungen aus dem sozialen Bereich werden von der Stadt Luxemburg bezahlt, um verletzlichen Personen zu helfen – und dennoch müssen wir feststellen, dass die Mitarbeiter von „Hëllef doheem“ und „Help“ Angst haben, wenn sie abends alleine im Bahnhofsviertel unterwegs sind, um zu helfen, und viele Einwohner Angst haben, abends noch vor die Tür zu gehen.

Wenn wir uns alle einig sind, dass solche Situationen nicht mehr tragbar sind, und dass nicht nur die Polizei, sondern auch die Justiz dazu beitragen muss, dass den betroffenen Menschen wirklich geholfen werden kann, muss der nötige rechtliche Rahmen geschaffen werden. Man hat manchmal den Eindruck, dass es an unterlassener Hilfeleistung grenzt, wenn man am Boden liegende Menschen nicht zu einem Ort bringen kann, wo ihnen wirklich geholfen werden kann.

Ich kann Ihnen versichern, dass wir als Stadt alles unternehmen werden, um die von den Kollegen aus dem Schöffenrat beschriebenen Anstrengungen mit großer Dynamik weiterzuführen. Sollte sich die Situation verschärfen, werden die Menschen das Bahnhofsviertel meiden, nicht mehr dort einkaufen und die dortigen Restaurants nicht mehr besuchen. Es steht demnach viel auf dem Spiel, ansonsten die Zukunft für dieses interessante Viertel nicht so schön sein wird, wie wir es uns wünschen.

Die von *déi gréng* eingereichte Motion hat uns erneut die Gelegenheit geboten, ausführlich über die Problematik zu

diskutieren. Nichtsdestotrotz kann der Schöffenrat die Motion nicht mittragen. Es wurde zurecht auf die Schöffenratserklärung hingewiesen und auf die Tatsache, dass seither bereits viele Maßnahmen umgesetzt wurden.

*Die Motion wird mit den Gegenstimmen der DP-CSV-Majorität und bei Enthaltung von Rat Weidig (ADR) verworfen. Die Vertreter von déi gréng und LSAP haben die Motion unterstützt.*

## XII. ANPASSUNG DES REGLEMENTS ÜBER DIE FRIEDHÖFE

Die Anpassungen von Artikel 82 und 84 des Reglements über die Friedhöfe der Stadt Luxemburg werden  *einstimmig*  gutgeheißen.

## XIII. SOZIALAMT: AKTUALISIERTES ORGANIGRAMM

Der Beschluss des Verwaltungsrats des Sozialamts betr. das aktualisierte Organigramm wird  *einstimmig*  positiv begutachtet.

## XIV. SOZIALAMT: SCHAFFUNG EINES POSTENS

Der Beschluss des Verwaltungsrats des Sozialamts zur Schaffung eines „assistant social“-Postens wird  *einstimmig*  positiv begutachtet.

## XV. GERICHTSANGELEGENHEITEN

**Rätin Christa BRÖMMEL (déi gréng):** Die Zeitung „Le Quotidien“ hat über Gelder, welche Personen oder Unternehmen Gemeinden schulden, geschrieben. Wäre es möglich, eine Auflistung zu erhalten, in der die Beträge, die der Stadt noch geschuldet sind, angeführt sind?

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Dieser Betrag wird im Budget angeführt. Der Gemeindeeinnahmehaftet persönlich für das Eintreiben der geschuldeten Gelder. Hat der Gemeindeeinnahmehaftet alles unternommen, um die geschuldeten Gelder einzutreiben, und es ist ihm trotz allem nicht gelungen, die geschuldeten Gelder einzutreiben, muss der Gemeinderat sich damit einverstanden erklären, dass Klage vor Gericht gegen die Schuldner geführt werden kann.

**Rätin Christa BRÖMMEL (déi gréng):** Die nächste Frage wäre dann die, zu erfahren, wie hoch die Erfolgsquote bzw. die Nicht-Erfolgsquote bei gerichtlichen Geltendmachungen ist.

**Rat Claude RADOUX (DP):** Dieser Prozentsatz wird im Rahmen der Budgetdiskussionen in der Finanzkommission bekanntgegeben.

**XVI. SCHAFFUNG / STREICHUNG VON POSTEN**

Der Gemeinderat ist aufgerufen, der Schaffung von Posten beim Autobusdienst (6 Posten), beim *Service Architecte-Maintenance* (5 Posten) und beim *Service Sports* (6 Posten) sowie der Streichung von Posten beim *Service Architecte-Maintenance* (4 Posten) und beim *Service Sports* (3 Posten) zuzustimmen.

**Rätin Christa BRÖMMEL (déi gréng):** Ich war erstaunt zu lesen, dass beim *Service Architecte-Maintenance* ein Posten geschaffen wird mit dem Ziel, eine „Reduzierung der Abwesenheitsrate“ zu erwirken. Dies wirft die Frage nach den Gründen für das Abwesenheitsproblem in genannter Dienststelle auf. Werden solche Posten auch bei andere Dienststellen geschaffen?

**Bürgermeisterin Lydie POLFER:** Dem Schöffenrat liegt eine präzise Aufstellung der Abwesenheitsquoten aufgeschlüsselt nach Dienststellen vor. Diese Quoten variieren. In Dienststellen, in denen die Abwesenheitsquote sehr hoch ist, wird genau geprüft, ob es sich um Abwesenheiten mit oder ohne Krankenschein handelt, ob es sich um Abwesenheiten handelt, die auffällig oft fast immer montags oder freitags stattfinden. Mitarbeiter, die durch häufiges Fehlen, das einem gewissen

Schema folgt, auffallen und wo dies die Vermutung eines Missbrauchs zulässt, werden zu einem Gespräch geladen, und wir können dann nur hoffen, dass diese Personen zur Einsicht gelangen.

*Der Gemeinderat erteilt einstimmig seine Zustimmung zur Schaffung bzw. Streichung der erwähnten Posten.*

**In nichtöffentlicher Sitzung****XVII. BERATENDE KOMMISSIONEN: ERSETZUNG VON MITGLIEDERN****XVIII. SOZIALAMT: PERSONALANGELEGENHEITEN****XIX. PERSONALANGELEGENHEITEN DER STADT LUXEMBURG**